

Auftraggeber: Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Werbung: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
Anzeigenabteilung Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 Ffr., Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 100,00 Din., Luxemburg 75,00 Lfr.
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 1,50 Nkr., Österreich 12,00 Sch., Portugal 150 Esc.
Schweiz 5,50 Sfr., Schweden 1,20 Skr., Spanien 125 Ptas., Kanada 1,20 Can.

POLITIK

Tumult im Landtag: In der Debatte des Hessischen Landtags über die Selbstauflösung als Voraussetzung für die Wahlen am 25. September ist es wegen der Grünen zum Eklat gekommen. Die Sitzung wurde unterbrochen, als die Grünen die Beledigung von General Williams bei einem Empfang im Landtag zu rechtfertigen suchten.

Strafantrag: Der Präsident des Hessischen Landtags, Lenge, hat Strafantrag gegen den Grünen-Abgeordneten Schwalbe-Roth gestellt. Dieser hatte bei einem Empfang US-General Williams mit roter Farbe oder Blut begossen.

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Juli um 75 118 auf 2,2 Millionen gestiegen (Quote: 8,9 gegen 8,7 Prozent im Juni und 7,2 Prozent im Juli 1982). Die Negativ-Entwicklung hat sich allerdings verlangsamt.

Craxi beruft Kabinett: Zum ersten Mal steht ein Sozialist an der Spitze der italienischen Regierung. Ministerpräsident Craxi legte seine Kabinettsliste mit 30 Ministern vor.

Sowjetunion zurückhaltend: Mit großer Zurückhaltung hat sich der Sowjetdiplomate Fokin in Managua zur Hilfe Moskaus für Nicaragua geäußert. Im Falle eines bewaffneten Konflikts werde "politische" Hilfe gegeben werden. In Washington bringen dagegen die Senatoren Kennedy und Hart Anträge gegen US-Manöver ein.

Gegen Planwirtschaft: Eine gemeinsame Studie des sowjetischen Planungsausschusses kommt zu dem Schluss, daß die Zeiten der zentralen Planwirtschaft in der Sowjetunion vorbei seien. Das berichtet die

"Washington Post" aus Moskau. Eine Reform würde allerdings "gesellschaftliche Konflikte" bringen.

McFarlane bei Beginn: Nach seinem Gespräch mit Regierungschef Begin hat sich der amerikanische Sonderbotschafter für Nahost optimistisch über eine Libanon-Regelung ausgesprochen.

Botschaft nach Jerusalem: El Salvador wird seine Botschaft in Israel wieder nach Jerusalem zurückverlegen; sie war 1980 wegen der Einbeziehung des Ostteils der Stadt in die israelische Hauptstadt nach Tel Aviv verlegt worden.

Revision gegen Encom-Urteil: Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wird Revision gegen den Freispruch der fünf Demonstranten einlegen, die das US-Hauptquartier in Stuttgart blockiert hatten.

Thatcher operiert: Nach ihrer Augenoperation regiert Premierministerin Thatcher zur Zeit vom Krankenbett aus.

Ausreise für junge Jenaer: Etwa 16 junge Bürger der Stadt Jena haben in jüngster Zeit Ausreisegenehmigungen der "DDR" erhalten. Sie gehörten nicht dem "Jenaer Friedenskreis" an.

Gerüchte um Shultz: Nach Informationen des NBC-Fernsehsenders in den USA will Außenminister Shultz nach der Präsidentschaftswahl 1984 - eventuell sogar früher - aus dem Amt scheiden.

Heute: US-Sonderbotschafter McFarlane setzt Nahost-Mission fort. - Der SPD-Politiker Wischniewski beginnt Reise durch arabische Länder und Israel.

ZITAT DES TAGES



Das Interview Präsident Reagans muß in seiner Klarheit und Eindeutigkeit diejenigen beschämen, die sich zu dem unentschuldlichen und unwürdigen Verhalten gegenüber General Williams hinreißen ließen.

Außenminister Genscher in einem Telegramm an seinen US-Kollegen Shultz zum Reagans-Interview in der "Bild"-Zeitung. FOTO: BRECHER/SCHULZ

WIRTSCHAFT

Freisprung: PanAm senkt die Preise auf der Atlantik-Route als Antwort auf Verbilligungen der British Airways bis zu 34 Prozent.

Abschiebung: Wer einen Ausländer illegal beschäftigt, haftet für die Abschiebekosten (Verwaltungsgericht Koblenz, Az. 2 K 289/82).

Dresdner Bank: Höhere Dividende als 1982 erwartet; Teilbeibehaltung im ersten Halbjahr 1983 von 570 Millionen DM um 35 Prozent über Vorjahresniveau.

Taschencomputer: Casio (Tokio) erlebt Börsenauflistung mit "ultradünner" Rechner (8,6 mal 5,4 Zentimeter, 0,8 Millimeter dick).

Mercedes: "Un unsere Treue zu Berlin zu unterstreichen", stellt Mercedes-Benz von Kultur

America die US-Version des Mercedes 190 den 414 amerikanischen Mercedes-Händlern in Berlin vor.

Siemens: Zum 30. Juli, drei Monate vor Geschäftsjahresende, Aufträge für 35 Milliarden DM, 13 Prozent über Vorjahresniveau; insgesamt 58 Milliarden DM Aufträge, 16 Prozent mehr Gewinn (538 Millionen DM).

Sparen: Sparkassen verzeichnen Einlagenrückgang von 2,2 Milliarden im ersten Halbjahr; ein bisher einmaliger Vorgang. Sparquote von 13,5 Prozent erwartet (Vorjahr 14,4 Prozent).

Börse: Weiter erhöht zeigten sich die deutschen Aktienkurse. WELT-Aktienindex 144,5 (144,1). Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. Dollar-Mittelkurs 2,6590 (2,6613) Mark. Goldpreis je Feinunze 414,00 (411,00) Dollar.

KULTUR

"Financial Times": Das britische Wirtschaftsblatt, seit 31. Mai durch einen Streik lahmgelegt, wird am Montag wieder erscheinen. Die Wochenhübe der vorerwähnten Drucker, die den Streik erzwingen hatten, wurden auf 517 Pfund (etwa 1288 DM) erhöht.

SPORT

Fußball: Die beiden Fernsehstationen und der Deutsche Fußball-Bund streiten noch immer über die Höhe der Übertragungsgebühren. Der Verband fordert acht Millionen Mark. ARD und ZDF hatten in der letzten Saison 7,22 Millionen gezahlt.

Motorsport: Das rein deutsche Formel-1-Team von ATS droht zu platzen. Vor dem Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring (Sonntag) verhandelte der Teamchef hinter dem Rücken seines Fahrers Winkelhock mit anderen Piloten.

AUS ALLER WELT

Null-Promille: Österreich erwägt die schrittweise Herabsetzung auf ein totales Alkoholverbot am Steuer, teile Innenminister Biecha mit.

Wetter: Stark bewölkt und Regen. Von Norden her auflockend. Im Osten Temperaturen nur bis 16 Grad, im Westen bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ohnmacht der Erkenntnis - Kommentar von Herbert Kemp S. 2

RWL: Halbherzige Wende begrenzt die Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft S. 9

Leichtathletik: Der Geist von Helsinki oder Die Kunst der Leichtathletik S. 3

Fernsehen: Die Programme der deutschsprachigen Kurzwellensender in Afrika S. 14

Saarland: Die FDP, ihre Chancen und der Wirtschaftsminister Edwin Hugel S. 4

Japan: Überblick über den Stand der "Angura"-Szene, dem Underground-Theater S. 15

Osteuropa-Politik: Moskaus innenpolitische Lage und die Wende nach 1981 S. 5

Gute Taten eines Millionärs: Wenn der Philanthrop zum Abendbrot kommt S. 16

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Reise-WELT: Cap Cod in Massachusetts - Anachronismus in einer hektischen Welt S. VI

Tumult in der Sitzung zur Auflösung des Hessen-Landtags

Neuwahl am 25. September / CDU und SPD einig / Grüne Gegenstimmen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die Auflösung des Hessischen Landtags hat sich gestern nachmittags zeitlich durch die Debatte über den tätlichen Angriff des Grünen-Abgeordneten Schwalbe-Roth auf den amerikanischen General Williams vom Vortag verzögert. Die Fraktionen der SPD und CDU hatten für die Sondersitzung des Landtags die Auflösung angesetzt, die Grünen bezeichneten das Parlament hingegen als "handlungsunfähig". Die Neuwahlen werden am 25. September stattfinden.

Dem Auflösungsbeschluss war eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) vorausgegangen, der wegen fehlender parlamentarischer Mehrheit nach den Landtagswahlen vom 26. September 1982 bereits im Dezember vergangenen Jahres zurückgetreten war und seitdem nur noch geschäftsführend amtiert. Börner, der sich mit seiner Erklärung über eine Empfehlung des Ältestenrates hinwegsetzte, auf eine Regierungserklärung zu verzichten, nutzte die Gelegenheit zu einer Bilanz dieser kürzesten Legislaturperiode in der Geschichte des Landtags. Er betonte, sein Kabinett habe das Land nicht nur weiterhin ordnungsgemäß verwaltet, sondern auch seine weitere Entwicklung nach Kräften gefördert. Als Beispiele nannte er die gemeinsamen mit den Grünen verabschiedeten Gesetze - das Vorschaltgesetz und das Bürgerschaftsgesetz.

Wolfgang Schäfers (CDU) erklärte, die Grünen hätten die Regierung zum Scheitern gebracht. Als Beispiele nannte er die gemeinsamen mit den Grünen verabschiedeten Gesetze - das Vorschaltgesetz und das Bürgerschaftsgesetz.

Weitere Beiträge auf den Seiten 2 und 3

mit ihren Effekten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus und der Dorferneuerung und der Unterstützung mittelständischer Betriebe. Börner erinnerte an die zahlreichen Bundesratsinitiativen seiner Regierung vom Vorratsstandesgesetz bis zum Schwefelabgabegesetz.

Angesichts der "schwarz-grünen Koalition der Neinsager" sei der

Landtag nun allerdings nicht mehr "fähig zur Lösung der lebenswichtigsten Fragen des Landes". Neuwahlen seien "unvermeidlich" geworden. Demgegenüber erklärte der Fraktionsvorsitzende der CDU, Gottfried Milde, die Börner-Regierung habe ihre Pflicht, zu einer gewählten Regierung zu kommen, durch monatelanges Taktieren groblich verletzt. Sie habe entgegen ihren Wamaussagen die Zusammenarbeit mit den Grünen gesucht und damit "eindeutigen Betrug am Wähler" begangen. Mit ihrem "Hauswirtschafts"-Kabinett habe sie eine Zusammenarbeit mit der größten Partei im Landtag, der CDU, unmöglich gemacht. Damit sei dem Land "Schaden zugefügt" worden. Die Selbstauflösung des Landtags sei längst überfällig.

Für die Grünen meinte deren Abgeordneter, Frank Schwalbe-Roth, das Parlament war und ist handlungsfähig. Die SPD habe es allerdings "nicht geschafft zu regieren". Sie habe mit "Sofortvollzügen" ihre alte Politik sichern und fortsetzen wollen.

Arbeitslosenzahl stieg um 3,5 Prozent

2 202 200 Beschäftigungslose / 188 000 Jugendliche unter zwanzig ohne Stelle

GISELA REINERS, Bonn
Erwartungsgemäß ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli wieder gestiegen, und zwar um rund 75 000 auf 2 202 200. Sie lag um 3,5 Prozent höher als im Vormonat und um 25,3 Prozent höher als im Juli 1982.

Die Arbeitslosenquote nahm von 8,7 auf 8,9 Prozent zu (Vorjahr: 7,2 Prozent). Wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Josef Stügel, sagte, steigt die Erwerbslosigkeit zwar immer noch, aber nicht mehr so schnell. Die Kurve beginne, sich abzuflachen. Das sei noch keine Wende am Arbeitsmarkt, bereitere aber zu sehr vorsichtigem Optimismus.

Die Zahl der Beschäftigungssuchenden stieg im Juli stets wegen der Betriebsferien, zu deren Beginn häufig Kurzarbeit und Arbeitsverhältnisse beendet werden; ebenso laufen die Ausbildungsverträge der jungen Leute aus, die dann noch keinen Anschlussjob gefunden haben. Saisonbereinigt zeigen die Zahlen jedoch ein Abflachen des Zuwachses. Ohne jahres-

zeitliche Einflüsse zeigt sich, daß von März auf April die Arbeitslosenzahl noch um 34 000 gestiegen ist, von Mai auf Juni nur noch um 26 000 und von Juni auf Juli gerade noch um 5000. Stügel verwies darauf, daß der tiefste Punkt der Beschäftigungssuchenden nicht erreicht sei und daß im nächsten Jahr mit noch höheren Zahlen an Erwerbslosen zu rechnen sei.

Wegen der Betriebsferien ist auch die Zahl der Kurzarbeiter ge-

SEITE 4: Studie über Arbeitszeit

sunken, um rund 60 000 auf 434 700. Das ist gegenüber Juli eine Abnahme um 12,2 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen betrug am Ende des Berichtsmontats Juli 82 500, das waren 3,6 Prozent weniger als im Vormonat. Dahinter verbirgt sich aber ein Zugang im Verlauf des Juli von rund 130 700 offenen Stellen - fast 14 000 oder 11,8 Prozent mehr als im Vormonat. Die Vermittlungen nahmen in diesem Monat um 15,5 Prozent zu auf insgesamt rund 163 000. Daran ist ab-

zulesen, daß der Markt im Juli in Bewegung war.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren stieg um rund 30 000 auf 198 000; ihre Quote liegt jetzt bei 9,4 Prozent. Rund zehn Prozent aller Arbeitnehmers, die sich im Juli Beschäftigungslos gemeldet haben, waren Jugendliche, die gerade ihre Ausbildung beendet hatten.

Die höchste Arbeitslosigkeit gab es im Juli im ostfriesischen Emden, wo rund ein Fünftel aller Erwerbsfähigen keine Arbeit hat. In Dortmund und Duisburg lag die Quote bei 15,4, in Gelsenkirchen bei 14,5 Prozent. Die Zahl derjenigen, die vom Arbeitsamt Unterstützung erhielten, stieg um 6,7 Prozent auf insgesamt 1 395 500. Auch hier nimmt der Anstieg allmählich ab.

Das Drängen der Arbeitsverwaltung, die Betriebe sollten auf mehr Kurzarbeit ausweichen statt zu entlassen, ist über Erwarten erfolgreich gewesen. Die Ausgaben für Kurzarbeitergeld stiegen entsprechend.

Craxi regiert mit fünf Parteien

Kabinettsbildung abgeschlossen / Drei ehemalige Premiers als Minister

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Der sozialistische Parteisekretär Bettino Craxi hat gestern die Regierungsbildung abgeschlossen und sein Kabinettskabinett der linken Mitte präsentiert. Dem neuen italienischen Regierungschef steht als Stellvertreter der ehemalige christdemokratische Ministerpräsident Forlani zur Seite. Dem Kabinett gehören darüber hinaus 15 christdemokratische, fünf sozialistische, drei republikanische und sozialdemokratische sowie ein liberaler Minister an. In ihm sind neben Craxi zwei weitere amtierende Parteisekretäre vertreten: der Republikaner Spadolini als Verteidigungsminister und der Sozialdemokrat Longo als Haushaltsminister. Neuer Außenminister ist der Christdemokrat Andreotti - wie Forlani und Spadolini ehemaliger Ministerpräsident.

Die Zusammenstellung der Ministerliste hatte Craxi wegen einer harten persönlichen Auseinandersetzung in der DC bis zuletzt große Schwierigkeiten bereitet. Sie resultierten daraus, daß Exministerpräsident Andreotti - unterstützt von DC-Parteisekretär De Mita - das seit Jahren von Emilio Colombo erfolgreich geleitete Außenministerium für sich beanspruchte. Colombo sollte mit dem Süditalien-Ministerium entschädigt werden, lehnte jedoch diese "Degradierung" ab.

Forlani, zu dessen innerparteilicher Strömung der gemäßigte Mitte Colombo gehört, machte bis zuletzt seinen Eintritt in die Regierung als stellvertretender Ministerpräsident von einer befriedigenden Lösung dieses Personalproblems abhängig. Angeblich ließ er sich erst in letzter Minute durch Staatspräsident Pertini dann doch noch bewegen, die ihm angebotene Stellung als Vizepremier anzunehmen.

SEITE 2: Alternanz auf italienisch

Colombo ist aus der Regierung ausgeschlossen. Die wichtigsten Ministerien im neuen Kabinett wurden mit Christdemokraten und Republikanern besetzt: Außen, Innen, Justiz und Schatzministerium durch Andreotti, Scalfaro, Martinazzoli und Goria (alle DC), Verteidigungs- und Finanzministerium durch die Republikaner Spadolini und Visentini. Die Sozialisten erhielten neben dem Posten des Ministerpräsidenten nur noch die Ressorts für Transport, Arbeit und Außenhandel sowie zwei Minister ohne Portefeuille (für Tourismus und für EG-Beziehungen) zugesprochen. Der bisherige sozialistische Verteidigungsminister Lagorio wurde Tourismusminister. Der bisherige christdemokratische Ministerpräsident Fanfani, dem Craxi das Innenministerium angeboten hatte, lehnte den Eintritt in die neue Regierung ab - angeblich, weil darin der Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Leiters der christdemokratischen Ministerriege nicht für ihn, sondern für seinen einstigen Protegé Forlani reserviert war.

Das neue Kabinett, das auch gestern nachmittag verabschiedet wurde, will sich in der kommenden Woche dem Parlament zur Vertrauensabstimmung stellen. Die Grundzüge der dabei von Craxi abzugebenden Regierungserklärung waren von den fünf Regierungsparteien schon bei den Koalitionsverhandlungen der letzten Tage festgelegt und von den Parteivorständen gebilligt worden.

Die neue Regierung verfügt in beiden Häusern des Parlaments über eine sichere Mehrheit - in der Abgeordnetenkammer über 366 von 630 Mandaten, im Senat über 182 von 315 Sitzen. Ihrer vollen Investitur durch das Parlament, mit der Ende nächster Woche gerechnet wird, steht somit keinerlei Hindernis mehr im Wege.

Das Kabinett Craxi ist die 48. italienische Regierung seit dem Sturz des Faschismus im Jahre 1943. Die 44. seit Kriegsende und die erste, die von einem Politiker der sozialistischen Partei geleitet wird.

Moskau demonstriert Zurückhaltung

Washington: Mittelamerika-Konflikt soll nicht aufgeheizt werden

TH. KIELINGER, Washington
In vorsichtiger, gänzlich unpolitischer Form hat ein höherer Beamter des sowjetischen Außenministeriums vor der Presse in Nicaragua die amerikanischen militärischen Operationen in Zentralamerika kritisiert. Juri Fokin sagte nach Abschluß eines zweitägigen Besuchs in Managua lediglich, das Aufkreuzen der amerikanischen Flottenverbände sei "eine klare Machtdemonstration, um Nicaragua in bestimmte Richtungen zu zwingen, in ein bestimmtes Verhalten, das den USA genehm ist".

Der sowjetische Diplomat ließ gleichzeitig durchblicken, daß Moskau im Falle kriegerischer Entwicklungen auf dem mittelamerikanischen Isthmus nicht mit Waffenhilfe für Nicaragua eingreifen werden. Aber: "Wir werden Nicaragua politisch in jeder Art und Weise unterstützen."

Ähnlich zurückhaltend äußerte sich Fokin, als er nach dem Zwischenfall zwischen einem Nicaraguanausteamer und einem amerikanischen Handelsmarine und einem amerikanischen Zerstörer befragt wurde. Die Amerikaner hatten von dem sowjetischen Frachter Auskunft nach seiner Ladung und dem Bestimmungsort verlangt. Die Russen gaben an, keine Waffen.

SEITE 2: Wie der Glanz verflöcht

sondern nur kommerzielle Güter geladen zu haben.

Der sowjetische Diplomat wollte diesen Zwischenfall nicht als "Provokation" gewertet sehen. Er wisse einfach nicht die Hintergründe und gehe davon aus, daß es sich um einen Informationsaustausch gehandelt habe, wie er zwischen Schiffen verschiedener Nationen

bei Begegnung auf hoher See üblich sei.

In Washington nahmen Regierungskreise dieses Auftretens des Kreml-Beamten mit großem Interesse zur Kenntnis. Man schloß aus diesen und anderen Indizien der letzten Tage, daß Moskau nicht daran gelegen sei, den Konflikt in Nicaragua ungebührlich aufzuheizen. Die Reagan-Regierung ihrerseits hat seit Wochen an die Kreml-Führung signalisiert, daß die geplanten US-Manöver zum Teil gemeinsam mit Truppen aus Honduras, nicht irgendwelchen kriegerischen Vorbereitungen gelten. Beide Regierungen halten in dieser Thematik engen diplomatischen Kontakt. Das alles geschieht vor dem Hintergrund größerer Kooperationsbereitschaft zwischen Washington und Moskau - unter anderem wurde ein neues Getreideab-

Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Der Wahltag

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

In Wiesbaden hat der Landtag das Signal für jenen Tag gegeben, der von nun an die deutsche Innenpolitik beherrschen wird: 25. September, Wahltag in Hessen und Bremen. Die gespannte Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf Hessen. Dort gilt es, jenen Zustand zu beenden, der Börner administriert, nicht jedoch wirklich regiert, weil es im Landesparlament keine regierungsfähige Mehrheit gibt.

Börner hat die längst gebotene Neuwahl auf den Herbst verschoben, weil er spekulierte, nach Helmut Kohls glänzendem Wahlsieg vom 6. März werde sich innerhalb eines halben Jahres schon hinlänglich Wählermüdigkeit anstauen, der sich bei der Hessenwahl mit Voten für die Bonner Oppositionspartei, die SPD, Luft machen könnte. Börner mag erwartet haben, daß unpopuläre Bonner Beschlüsse zur Konsolidierung der Staatfinanzen Quellen des Unmuts sein würden. Wie Meinungs-umfragen beweisen, geht diese Rechnung nicht auf. Gleichwohl hat Börner nicht völlig fehlkalkuliert. Wohl auch zu seiner Überraschung zeigt die Mannschaft Kohl - wie schon Ende 1982, nach vollzogenem Regierungswechsel in Bonn - unverhofft eine Durchhängepartie, von Alfred Dregger mit Anspielung auf Schwächeperioden des Kanzlers Schmidt als

"Sommertheater" apostrophiert.

Es ist kein Zufall, daß der Ordnungsruf an alle, die es angeht, Kohl, Strauß, Genscher, Lambsdorff eingeschlossen, von Dregger kommt. Er spricht nicht nur mit der Autorität des Fraktionschefs der Kanzlerpartei, sondern auch mit der Erfahrung des Mannes, der die CDU im "roten Hessen" 1974 zur stärksten Landtagspartei gemacht, der sie an die Schwelle zur absoluten Mehrheit herangeführt hat. Walter Wallmann, obwohl eher ein Mann der Zusammenarbeit mit der FDP, muß jetzt nach dieser Chance greifen. Denn das Spannende an der Hessenwahl ist ja, daß sich CDU wie SPD ausrechnen, "stärkste Fraktion" zu werden, während FDP und Grüne keineswegs sicher sein können, dem Fallbeil der Fünf-Prozent-Klausel zu entkommen.

Kohl hat Anlaß, den 25. September scharf ins Auge zu fassen. Der Kanzler muß in Bonn die Zügel straff annehmen. Denn am ehesten kann er durch Geschlossenheit seiner Regierung und seiner Koalition verhindern, daß sein Bonner Partner, die FDP, in Hessen die Führung des Landtags bleibt, und daß den Grünen der verzweifelte Versuch gelingt, ihren Wahlkampf mit den Emotionen der neuen "Ohne-mich"-Bewegung des Raketenprotestes zu munitionieren.

Kreml-Studie fordert „radikale Reformen“

SAD, London
Dezentralisierung und andere radikale Reformen der sowjetischen Volkswirtschaft sind der einzige Weg zu einer „vollen und effektiven Nutzung der intellektuellen und Arbeitskraftressourcen der Gesellschaft“. Das stellt, wie die "Washington Post" aus Moskau berichtet, eine Studie fest, die im Auftrag des Kreml erstellt worden ist.

Das in nur 70 Exemplaren existierende Dokument sei im April in einem Seminar von Angehörigen des Planungsausschusses Gosplan, Wirtschaftsfachleuten der Partei und Experten der Akademie der Wissenschaften erörtert worden, schrieb die "Washington Post".

Die sowjetische Wirtschaft hat der Studie zufolge „längst das Stadium hinter sich gelassen, in dem es möglich war, sie wirksam von einem einzigen Zentrum aus zu regulieren“. Einige ideologische Grundprinzipien, die bisher in der sowjetischen Wirtschaft galten, seien überholt oder irrelevant.

Gleichzeitig warnen die Verfasser jedoch, daß eine Analyse der vergangenen Jahrzehnte gezeigt habe, daß es eine Reform wahrscheinlich nicht „ohne gesellschaftliche Konflikte“ geben könne. Eines der Hauptthemen sei die gewaltige Staatsbürokratie, der schätzungsweise fünf Millionen Parteimitglieder angehören.

Über ein anderes Übel der sowjetischen Wirtschaft, das Parasitentum, beklagte sich gestern die Parteilzeitung "Prawda". Ihm stünden die Behörden so gut wie hilflos gegenüber. Allein in der westsibirischen Stadt Omsk entspreche die Zahl der von der Polizei registrierten "Parasiten" der Belegschaft eines mittleren Industriebetriebes.

Auf jeden Fall würde bei einer NATO-Nachrüstung für jeden neuen atomaren Sprengkopf mindestens ein vorhandener abgezogen. Zusätzlich sollte entsprechend laufender NATO-Beratungen, schon 1980 eine größere Zahl von US-Atomsprengköpfen beseitigt werden.

Genscher bekräftigt „Waffenmix“

STEFAN HEYDECK, Bonn
Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat noch einmal das Festhalten am sogenannten Waffenmix, also der Nachrüstung mit Pershing 2 und Cruise-Missiles für den Fall bekräftigt, daß es bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) zwischen Washington und Moskau nicht zu einem Ergebnis kommen sollte. Er forderte die Bonner Koalition auf, "in diesem so empfindlichen Bereich" keine Auseinandersetzungen auszulösen. Je geschlossener sie aufträte, desto geringer würden die sich aus dem außen- und sicherheitspolitischen "Abdriften" der SPD ergebenden Nachteile für die Bundesrepublik sein.

In einem Fünf-Seiten-Brief an die FDP-Führungsgremien und Mandatsträger macht Genscher deutlich, daß auch bei einer denkbaren Teilnachrüstung auf keines der beiden Waffensysteme verzichtet werde. Damit sollen offensichtliche Mißverständnisse ausgeräumt werden, die durch seinen Hinweis entstanden waren, daß der "Waffenmix" ein Kompromißvorschlag in Genf nicht vergessen werden solle. Es liege jetzt, "allein in der Hand der Sowjetunion", schrieb Genscher jetzt, "wieviele landgestützte Mittelstreckenwaffen es Ende des Jahres in Europa geben werde."

Auf jeden Fall würde bei einer NATO-Nachrüstung für jeden neuen atomaren Sprengkopf mindestens ein vorhandener abgezogen. Zusätzlich sollte entsprechend laufender NATO-Beratungen, schon 1980 eine größere Zahl von US-Atomsprengköpfen beseitigt werden.

Anzeige

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ohnmacht der Erkenntnis

Von Herbert Kremp

Die sowjetische Wirtschaft hat „längst das Stadium hinter sich gelassen, in dem es möglich war, sie wirksam von einem einzigen Zentrum aus zu regulieren“. Zu diesem Resümee kommt eine Lageanalyse, die der Planungsausschuß Gosplan sowie Experten des Zentralkomitees und der sowjetischen Akademie der Wissenschaften erarbeiteten. Die Analyse enthält Selbstverständlichkeiten. Ihre Wiedergabe aus der Feder des renommierten Moskauer-Korrespondenten der „Washington Post“, Doder, dürfte daher authentisch sein. Der Geheimcharakter der Analyse erklärt sich aus der Ohnmacht der Erkenntnis.

Das sowjetische System hat die Linie überschritten, jenseits derer Wissen nicht mehr Macht bedeutet. Die Leistungsschwäche beruht, wie die Studie ausweist, auf dem lähmenden Einfluß der Planungsbürokratie, die zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges angewachsen ist. An ihr scheitert jede bessere Einsicht. Sie gleicht dem Dinosaurier, der sich nur noch wälzt. Die Reformer, so es sie im Wortsinn überhaupt gibt, müssen scheitern, weil sie eine Existenzgefahr für Millionen Posteninhaber darstellen. Die Selbstüberwindung eines solchen Systems kann nicht gelingen. Es bricht nicht zusammen, aber es verfallt. Breschnew konnte Reformen noch durch Goodwill-Kredite des Westens umgehen. Für die Nachfolger wird dieser Pfad unbegebar.

Alle kommunistischen Staaten leiden unter der erstarrten Machtstruktur. Auch die Chinesen versuchten 1978 zu dezentralisieren. Inzwischen scheinen sie wieder in die Zentralisierung der ökonomischen Entscheidungen zurückzufallen (sie sagen es allerdings offen). Das Juni-Heft der Zeitschrift „Osteuropa“ (Johnny Erling: Fünf Jahre chinesische Wirtschaftsreform) zitiert das ironische Wortspiel des Ökonomen Sun Yefang: „Zuerst wurde zentralisiert, das führte zur Erdröselung; Erdröselung führte zum Protest; Protest führte zur Dezentralisierung; Dezentralisierung führte ins Chaos; Chaos führte zur Zentralisierung...“

Tod für Landverkauf

Von Peter M. Ranke

Den Anspruch auf Westjordanien erhält König Hussein trotz aller PLO-Avancen durch ein „Ministerium für die besetzten Gebiete“ und die Weiterzahlung von Gehältern und Pensionen an die alten jordanischen Beamten in diesen 1967 verlorenen Gebieten aufrecht.

Seit kurzem ist der jordanischen Regierung in Amman noch etwas zur Untermauerung ihres Herrschaftsanspruchs eingefallen: Sie läßt Palästinenser, die Land an Israel verkaufen oder sich den „Dorf-Ligen“ auf dem Lande anschließen, zum Tode verurteilen. Bisher sind 25 Todesurteile wegen meist heimlichen Landverkaufs ergangen. In Abwesenheit, weil die Palästinenser im besetzten Gebiet für die jordanische Justiz nicht erreichbar sind.

Aber in der Praxis sind diese Urteile nicht nur zur Abschreckung bestimmt, sondern auch Aufforderung zum Mord. Die Verurteilten können sich nicht mehr nach Jordanien wagen, obwohl sie offiziell Bürger des Staates sind. Und sie sind täglich Terroraktionen der PLO ausgesetzt, weil sie angeblich die Ansiedlung von Israelis fördern. Dabei haben sie nur von ihrem Eigentumsrecht Gebrauch gemacht, oft veranlaßt durch westliche Berichte zugunsten der PLO.

Denn die Palästinenser in Westjordanien wissen genau, daß sie ihr Land verlieren, wenn dort die PLO zur Herrschaft käme. Angebliche Kollaboration, eine Landreform oder die Ansiedlung von Flüchtlingen wären die „Gründe“ der PLO. Wer also die PLO unterstützt wie viele westliche Politiker, treibt die Palästinenser zum Landverkauf. Den aber will König Hussein durch die Todesurteile verhindern.

Weder die PLO noch der König, der Westjordanien formal unter Kriegsrrecht hält, empfehlen sich demnach als künftige Herrscher über die Palästinenser in den besetzten Gebieten.

Schmier-Theater

Von Enno v. Loewenstern

Spätestens jetzt weiß jeder, was „Gewaltfreiheit“ sein kann: Man schleicht sich an einen Menschen heran, besprüht ihn und heult ihm Schimpfworte ins Ohr.

Spätestens jetzt weiß jeder, warum „Gewaltfreiheit“ eigens „trainiert“ werden muß. Und warum ein frommer Christenfunktionär wie der Synodale und Bundesverfassungsrichter Helmut Simon eigens dem Kirchentag in Hannover versicherte, daß er „mit Hochachtung beobachtet, mit welchem Ernst und welcher Phantasie Gewaltfreiheit trainiert“ werde. Ein Zuspruch, der wiederum einen Stuttgarter Amtsrichter inspiriert haben mag, hochachtungsvoll einen Kasernenblockierer freizusprechen, pour encourager les autres.

Die Geschichte der Parlamente ist beklagenswert reich an Beispielen für antidemokratische „Gewaltfreiheit“. Aber niemals, auch nicht bei der NSDAP und der KPD, ist es vorgekommen, daß eine Parlamentsfraktion demokratisch gewählter Abgeordneter beschloß, einen der Ihren vorzuschicken, daß er bei einem Empfang des Parlaments den Ehrengast attackiere. Die „Gewaltfreiheiten“ sind zur Zeit sehr darauf bedacht, sich gegen „Diffamierungen“ seitens der zunehmend aufgebrachten Bürger zu verwahren: „Gewalt – nein, danke“, beteuert etwa eine Hamburger Illustrierte. Der Zwischenfall von Wiesbaden freilich ist abscheulicher als selbst manche Steiner-Orgien.

Er ist natürlich „nur symbolisch“ gemeint – natürlich. Und die Beschreibung stimmt. Er ist symbolisch für einen Bevölkerungsanteil, der allerdings winzig ist; unsere amerikanischen Freunde wissen das glücklicherweise. Kann sich jemand vorstellen, daß einer dieser Helden jemals einen sowjetischen Offizier auch nur zu kritisieren wagte? Aber es ist eine traurige Tatsache, daß solche Figuren im fünfzigsten Jahr der „Machtergreifung“ und im achtunddreißigsten Jahr der Lehre daraus in den Parlamenten vertreten sind, die ihre geistigen Vorreiter als Quasellbuden zu bezeichnen pflegten.



Notnagel

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Alternanz auf italienisch

Von Friedrich Meichsner

Zum ersten Mal in der Geschichte Italiens steht ein Sozialist an der Spitze einer Regierung. Bettino Craxi wurde gestern vom ersten sozialistischen Staatspräsidenten des Landes, Sandro Pertini, als Ministerpräsident vereidigt. Der kommunistische Gewerkschaftsführer Lama sprach von einem „historischen Faktum“ – zu Recht. Freilich: Das Faktum ist keinesfalls ein als historisch einzustufender Machtwechsel in Italien. Denn der erste sozialistische Regierungschef präsidiert einem Kabinett, in dem alle Schlüsselpositionen – mit Ausnahme seiner eigenen – von Christdemokraten und Republikanern, also von erklärten Nichtsozialisten, besetzt sind.

Den Sozialismus wird Craxi mit dieser Mannschaft bestimmt nicht verwirklichen können. Das ist auch in diesem Augenblick nicht sein Ziel. Sein Ehrgeiz geht vielmehr dahin, die italienische Dauerkrise in den Griff zu bekommen, als pragmatischer Krisenmanager zu reüssieren und sich auf diese Weise eine günstigere Ausgangsposition für künftige Machtwortschritte zu schaffen. Ob ihm das gelingen wird, steht dahin.

Daß sich der 49jährige neue Ministerpräsident als Vollblutpolitiker mit zündenden Ideen und großem Durchsetzungsvermögen präsentiert, erkennen selbst seine Gegner an. Anders wäre er niemals dort angekommen, wo er heute steht. Als Repräsentant einer Partei, die bei den letzten Wahlen nur 11,4 Prozent Stimmenanteil errang, führt er eine Koalition, deren stärkster Partner – die Democrazia Cristiana – ein Drittel der Wählerschaft vertritt. Vom Außenseiter in seiner eigenen Partei, in der er sich lediglich auf eine „Corrente“-Hausmacht von zehn Prozent der Mitglieder stützen konnte, hat er sich in sieben Jahren über den Posten des Parteisekretärs bis zum Regierungschef hochgearbeitet.

Hinter dieser unbestreitbaren Leistung steht nicht nur persönlicher Ehrgeiz, sondern auch eine strategisch angelegte

politische Konzeption. Craxi verfolgt sie ebenso zielstrebig und gelegentlich fast brutal wie mit pragmatischer Flexibilität.

Sie geht von der Überlegung aus, daß die italienische Demokratie seit ihrer Wiedergeburt nach dem Krieg an einem Geburtsfehler krankt: Es fehlt ihr die Kraft zur demokratischen Alternative. Das seit fast vier Jahrzehnten von den Christdemokraten beherrschte Regierungslager ist praktisch nicht abwählbar, solange in der Opposition und damit im Lager der potentiellen Alternative eine kommunistische Partei dominiert, die in den Augen der Volksmehrheit grundsätzlich nicht regierungsfähig ist. Möglich würde eine demokratische Alternanz nach Überzeugung Craxi nur dann, wenn sich das Kräfteverhältnis innerhalb der Linken umkehrte, das heißt, wenn es gelänge, den 3:1-Vorsprung der KP gegenüber den Sozialisten in eine sozialistische Vormachtstellung zu verwandeln. Das Frankreich Mitte-rades ist dabei das erklärte Vorbild.

Craxi ist sich im klaren darüber, daß dieses Ziel kurzfristig nicht erreichbar ist. Die Linksalternative ist für ihn deshalb kein aktuelles Thema. Aber alles, was er tut, ist darauf ausgerichtet, sie langfristig vorzubereiten. „Autonomie und Alternanz“ sind dabei seine Waffen. Unter dem Motto „Autonomie“ hat er seine so-

zialistische Partei von maximalistischen Alpträumen und Minderwertigkeitskomplexen gegenüber der KP befreit. Er hat Marx in die Rumpelkammer der Geschichte abgestellt und die Kommunisten mit einem aggressiven Humanismus, der auf die liberale Tradition des Landes zurückgreift, ideologisch in die Verteidigung gedrängt. Unter der Devise „Alternanz“ hat er das Satellitenverhältnis zur DC aufgekündigt. Denn diese Devise stellt die Christdemokraten vor die Wahl, im Koalitionslager der Linken Mitte, entweder die volle Gleichberechtigung des sozialistisch-linkistischen Partners – auch in der Führung – zu akzeptieren, oder aber die Unregierbarkeit des Landes hinzunehmen.

Als erster hatte der Republikaner Spadolini von diesem Alternanzprinzip profitiert. Seine Partei konnte daraufhin in den letzten Wahlen ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Jetzt hat das Prinzip seinen Erfinder selbst an die Macht gebracht. Eine sichere Grundlage ist es gewiss nicht, denn die Alternanz in der Führung zwischen Christdemokraten und Sozialisten-Laizisten könnte sehr leicht auch zu einem sich immer schneller drehenden Karussell und damit zu einem zusätzlichen Krisenproblem für das krisengeschüttelte Land werden. Aber Craxi hat bei seinem stellen politischen Aufstieg mehr als einmal bewiesen, daß er sich auch in ausgesetzter Lage zu halten und sogar weiterzuklettern versteht. Zugute kommen könnte ihm jetzt nicht zuletzt die Tatsache, daß die Christdemokraten nach ihrer Wahlniederlage eine gewisse Regenerationszeit benötigen.

Ob dem Faktum der Vereidigung des ersten sozialistischen Ministerpräsidenten in Italien über das Optische hinaus auch sachlich „historische“ Bedeutung zukommt oder ob es nicht doch nur eine weitere flüchtige Episode in der italienischen Krisengeschichte darstellt, bleibt auf jeden Fall eine Frage, auf die erst die Zukunft eine Antwort geben kann.



Wenn es nur kein Karussell wird: Craxi

IM GESPRÄCH General Williams

Nicht „die“ Deutschen

Von Rüdiger Moniac

Die gute Absicht führte zu fahlen Folgen. Wärend, daß die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Soldaten mit ihren Angehörigen sich manchmal einer Ablehnung, ja Feindseligkeit gegenübersehen, wollte das Präsidium des Hessischen Landtags eine Geste freundschaftlicher Nachbarschaft setzen. Deshalb lud es die Kommandeure der in Hessen stationierten US-Verbände mit ihren Ehefrauen zu einem Empfang nach Wiesbaden. Ein „Grüner“ indes brach die unter Demokraten üblichen Gepflogenheiten. Mit dem Ruf „Blut für die blutige Armee“ übergab er die Uniform des Generals bei dessen Rückkehr.

Der Generalleutnant, Kommandierender General des V. US-Korps, dessen Stab in Frankfurt im früheren IG-Farben-Haus sitzt, zeigte jene Disziplin, die im zivilen Bereich zunehmend als Elitenmerkmal verschrien wird. Paul S. Williams führte seine Dankadresse an die hessischen Parlamentarier in Ruhe zu Ende. Sogar wenig später, als ihn ein Fernsehreporter um eine Äußerung bat, wehrte er gelassen ab.

Der Vorfall zeigte, wie souverän sich die hohen Militärs unserer amerikanischen Verbündeten in der hausgemachten Hitze der deutschen „Friedensdiskussion“ zu bewegen wissen. Ebenso beispielhaft demonstrierte das der US-General Kroesen, auf den Terroristen seinerzeit in Heidelberg einen Mordanschlag unternahm. Kroesen unterschied zwischen dem Haß einer Minderheit und der Freundschaft der Mehrheit der Deutschen. Und so tut es Williams.

Seit dem Juli 1981 hat der Generalleutnant den Frankfurter Posten inne. Seine militärische Laufbahn führte den damals knapp 53jährigen Panzeroffizier zum erstmal-



Disziplin gegenüber einem Sudler: Paul Williams

für längere Zeit nach Deutschland, obwohl er vorher als Stellvertreter des Kommandierenden Generals des III. US-Korps (in Fort Hood in Texas beheimatet) schon seit Jahren in der Bundesrepublik zu wendete. Denn dieser amerikanische Heeresoberbefehlshaber ist die strategische Reserve, mit der die USA im Krisenfall in Europa eingreifen, um die NATO-Verteidigung zu stärken.

Die den General näher kennen, sagen, Williams gehöre zu den US-Militärs, die sich bereitwillig dem europäischen und vor allem dem deutschen Denken in Fragen der Friedenssicherung mit militärischen Mitteln geöffnet hätten. Haig, der frühere europäische NATO-Oberbefehlshaber, war ihr großes Vorbild. Auch ihn hätte eine terroristische Bombe fast zerrissen. Dies weiß auch General Williams. Dennoch ging er gestern nach dem Zwischenfall in seinen Stab und nahm „die“ Deutschen vor ihrer „gewaltfreien“ Minderheit in Schutz.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG

Der Mann von Antifaschismus macht das Regenerationsbild.

Es gibt kein Gesetz, das nicht Löcher preisgibt, die von Gerissen oder Böswilligen ohne Skrupel ausgenutzt werden. So beispielsweise von jenen, die zu einem Vorstellungsgespräch bewußt alkoholisiert erscheinen, um nur ja einen abstoßenden Eindruck zu hinterlassen, oder aber es wird sogleich augenzwinkernd erklärt, man wolle gar nicht arbeiten und sei nur gezwungen, um die Unterhaltung nicht zu verlieren. Man braucht, um diese Tricks festzustellen, nicht erst nach Frankfurt zu gehen. Diese Beispiele liefert die Praxis an jedem x-beliebigen Arbeitsort. Das wissen die Sachbearbeiter, das wissen aber auch die Gesetzgeber. Doch gerade sie, die Maßgeblichen, ziehen feige die Fäden an, wenn es gilt, Verschärfungen zu verfügen, um den bundesweiten Mißbrauch mit der Arbeitslosigkeit einzudämmen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Stutt. Nachrichten-Fredrich hat das Recht, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen.

Ermüdet werden sich vor allem die Gruppen fühlen, die unter gewaltlosem Widerstand auch Blockadeaktionen verstehen und dabei den Straßensituation der Nötigung großzügig übersehen oder leugnen. Doch von einem Freibrief für jedwede Art von „Widerstand“ kann keine Rede sein. Tatsächlich bewertet das Stuttgarter Urteil die lediglich Einzelfälle, deren besondere Umstände in keiner Weise auf künftige Vorgänge übertragbar sind.

Fuldaer Zeitung

Die Aufregung um den neuen Personalwahlkommissionen des Bundestages.

Sie sprechen zwar vom neuen Personalwahlkommissionen, meinen aber die Regierung und den Staat, weil ihnen die ganze Richtung nicht paßt. Nichts mehr kann unternommen werden, schon spricht eine „Initiative“ aus dem Boden. Dagegen sein ist heutzutage anscheinend das wichtigste Prinzip einiger Bürger.

Allgemeine Zeitung

Zum Gespräch Vogel-Schmidt heißt es in dem Berliner Brief.

Droht der SPD interner Streit um die Raketengänge? Das Treffen des Fraktionsvorsitzenden Vogel mit dem früheren Bundeskanzler Schmidt soll frühzeitig den Zündstoff aus einer in der SPD noch gar nicht so recht begonnenen Debatte nehmen. Falsch ist es sicherlich nicht, wenn die Parteiführung versucht, in diesem heiklen Frage mit einer Stimme zu sprechen. Die Zusammenkunft kann als Indiz dafür genommen werden, daß die SPD nicht so geschlossen hinter dem neuen Kurs steht, wie einige ihrer Sprecher immer wieder glauben machen wollen.

ALLGEMEINE

Das Blatt überlegt, ob man Angriff auf den US-General.

Man kann danach fragen, was im Kopf des grünen Abgeordneten Schwalbe-Hoth vorgearbeitet ist, wenn man es auslassen. Denn jede denkbare Antwort ist unzulänglich und außerdem unwirksam. Der Einfall, einen amerikanischen Offizier im Hessischen Landtag mit Blut zu beschmierem, war eben dies: schmerzhaft, nichts sonst.

WESTFALEN-BLATT

Zum Vorfall im Hessischen Landtag fragt die Westfälische Zeitung.

Ein solcher Vorfall ist in der Geschichte der Länderparlamente einmalig. Er weckt allenfalls Erinnerungen an den rüden Umgang von Nationalsozialisten mit den politischen Gegnern im damaligen Reichstag. Sollte Hessens Ministerpräsident Holger Börner doch recht gehabt haben, als er Teile der Grünen in genau diese Ecke stellte?

Wie der Glanz eines Außenministers allmählich verlöscht

Shultz, „Judge“ Clark und die Dominanz des Weißen Hauses / Von Thomas Kielinger

Warum wird George Shultz so häufig gebierft? lautet derzeit eine geflügelte Frage in Washington. Die Antwort: weil er so gut zuhören kann. George Shultz – das Opfer von Witzeleien? Das hätte vor einem Jahr, als der neue Außenminister sein Amt antrat, niemand vorherzusagen gewagt.

Doch Tatsache ist: Ein Air des Bedauerns, auch der leisen Enttäuschung hängt um den schweren, Bonhomie ausstrahlenden Mann. Dieser klassische „Insider“, abhold allen Schaulustigen, wie sie sein Vorgänger Alexander Haig bisweilen liebte, bekommt von den Mediengurus die Quittung für seinen unauffälligen Stil. Es heißt, an seinen Werken sei in der Tat nichts Auffallendes.

Das Urteil ist so unrichtig wie zurecht. Denn auffallend an der amerikanischen Außenpolitik in diesen Tagen ist in der Tat nicht das State Department, sondern die Kon-

kurrenz im Weißen Haus – William Clark, der Sicherheitsberater des Präsidenten, Clark vor zwei Jahren noch weltweit verachtet wegen Ignoranz in außenpolitischen Dingen, hat sich Stück für Stück das Territorium der Entscheidungen im Bereich des Auswärtigen erobert. Im gleichen Maße verblaßte der Stern von Außenminister Shultz.

Es war Clark, der im Januar Abrüstungschef Rostow den Laufpaß gab und den jungen Außenseiter Kenneth Adelman als Neubesetzung vorschlug. Es war Clark, der im Mai den Mittelamerika-Spezialisten des State Department, Thomas O. Enders, ausbootete und ihn durch einen Kandidaten seiner Präferenz – Langhorne Motley – ersetzen ließ.

Clark, nicht Shultz, erwarb kürzlich den Vorsitz über ein neues Koordinierungsregiment für alle Abrüstungsfragen. Und Clark inspirierte die drei wichtigsten präsidentiel-

len Entscheidungen des letzten Monats: die Berufung von Kissinger zum Vorsitzenden der Zentralamerika-Sonderkommission; die Ernennung von Robert McFarlane – bisher Clarks Stellvertreter – zum neuen Nahost-Unterhändler; und schließlich die Anberaumung der umfangreichen US-Manöver in und um Mittelamerika.

Wie Reagan, mit dem er seit sieben Jahren eng vertraut ist, wurde und wird „Judge“ Clark zeitweilig unterschätzt. Auf der Universität ein Versager, bewährte er in zähen Privatvorberungen die Fährde zur Anwaltszulassung in Kalifornien. Die Bekanntheit mit Reagan besiegelte dann seine Laufbahn: 1967 Stabschef in Ronald Reagans erster Gouverneursperiode, dann Appellationsrichter, schließlich von seinem Freund und politischen Gesinnungsgenossen zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes von Kalifornien ernannt.

Zäh, organisatorisch brillant, geschickt im Ausnutzen von Zuarbeitern, diskret, loyal, katholisch – alles lobliche, freilich nicht herausragende Eigenschaften, die immer erst in der Nähe zum Magnetpol Ronald Reagan ihre Wirkung entfalten.

Wieder läßt sich beobachten, wie das außenpolitische Machtzentrum sich vom Außenministerium ins Weiße Haus zurückverlagert. Dabei war Shultz berufen worden, um die ständigen Reibereien zwischen den beiden natürlichen Konkurrenten, State Department und Sicherheitsrat, zu beseitigen und sich als kompetente Nummer eins der Außenpolitik zu profilieren.

Aber auch Shultz war ein Novize in dem ihm übertragenen Fach. Und ellenbogenhafter Aktivismus ist ohnehin nicht seine Art. Seine Erfolge verdanken sich der leisen Über-

dungskunst innerhalb der Administration: Er brachte den Präsidenten vom Pipeline-Embargo ab, ließ die Beschränkungen für den Technologie-Export an Peking lockern und ist dabei, Reagan zu empfehlen, den Sowjets wieder Öl- und Gas-Technologie zu liefern. Alles das kühnte seine Beziehungen zum Pentagon beträchtlich ab.

In dem Moment aber, wo wie in Nahost und in Zentralamerika – Bewegung, das heißt politische Energie, entfaltet und aktuell nach außen umgesetzt werden muß, scheint die Kraft des Außenministers zu verbleiben. Da nehmen Ungezügeltere, Männer der Deixis, die quasi reichsmittelbar im Spektrum der Macht platziert sind, das Heft in die Hand. Das ist die Stunde von „Judge“ Clark – ein Zeichen, daß George Shultz wohl nie mehr lange in seinem Amt verweilen wird.



Und was geschieht, wenn die Schrauben klemmen?

Gegen Ende des Jahrzehnts erwartet Bonn eine "Rekrutenlücke". Vor diesem Hintergrund wird geprüft, ob Frauen Zugang zur Bundeswehr haben sollen. Frauen als Soldaten? Ein Reizthema.

Von RÜDIGER MONIAC

Als in den letzten Tagen die CSU-Bundestagsabgeordnete Ursula Krone-Appuhn in den ohnehin aufgeheizten Bonner Sommer hineintrifft, die Frauen müssten Soldat werden dürfen und dann auch an einer harten militärischen Grundausbildung teilnehmen, gab ihre SPD-Kollegin Herta Daubler-Gmelin zurück: "Auf keinen Fall." Frauen im Militär seien einfach undenkbar.

Wird das Thema so hitzig diskutiert, scheuen die Politiker, sich mit ihm wirklich ernsthaft zu befassen. Hans Apel, der frühere Verteidigungsminister, verfuhr so und ließ Kommissionen das Problem untersuchen. Manfred Wörner, der neue Amtsinhaber, läßt zwar nicht mehr Kommissionen arbeiten. Doch, wie es scheint, ist es auch ihm recht, wenn die Juristen in der Regierung noch lange brauchen, um die Frage zu klären, welchen Raum die Vorschriften des Grundgesetzes für den militärischen Dienst von Frauen in der Truppe lassen.

Siebt der Debatte über die Notstandsgesetze vor 15 Jahren enthält die Verfassung den Artikel 2 a. Sein Absatz 4 schränkt den Einsatz von Frauen sehr stark ein. Er sagt: "Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen zum vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten 65. Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten."

Dieser Artikel setzt den Rechtsrahmen für alle Bonner Überlegungen zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Danach steht fest, daß:

- Frauen nur als Freiwillige Soldat werden können
- die Wehrpflicht für Frauen sich verbietet und



Mit den Krühen einer Frau: eine Angehörige der US-Armee bei der Arbeit. FOTO: KLAUS MEYER

• sie dort in der Truppe Dienst tun dürfen, wo sie nicht mit der Waffe kämpfen müssen.

Theoretisch ist natürlich auch die Änderung des Grundgesetzes möglich, also auch die Einführung der Wehrpflicht für Frauen. Dazu wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages nötig. Daran jedoch denkt kein Politiker, ebenso keine Politikerin ernsthaft. Um so mehr mutet es manchem in Bonn wie eine "Geisterschlacht" an, wenn sich linke Gruppen und Mitglieder der sogenannten Friedensbewegung über selbst aufgestellte "Pappkameraden" empören können und stürzen, daß angeblich jemand für Frauen die Dienstpflicht beim Militär verlangt habe. Mitnichten tat das jemand.

So neu sind Frauengesichter bei der Bundeswehr freilich nicht. Seit 1975 arbeiten Ärztinnen als Sanitätsoffiziere bei der Truppe, heute insgesamt 85. Bislang höchster Dienstgrad ist ein weiblicher Oberarzt. Aber diese weiblichen Offiziere sind eben nicht bei der kämpfenden Truppe eingesetzt.

Was denken Frauen selbst über einen Dienst in der Bundeswehr? Infas hat die Frage im Frühjahr 1982 gestellt und herausgefunden, daß 71 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen ihn befürworten; 21 Prozent würden sich auch freiwillig zur Truppe melden. Diese Zahl zeigt, daß unter den direkt betroffenen jungen Frauen auch das Militär als mögliches Feld beruflicher Betätigung mit Interesse beobachtet wird. Damit werden in der Bundesrepublik Entwicklungen sichtbar,

bar, die in anderen Ländern längst zur Öffnung der Streitkräfte für Frauen geführt haben.

In westlichen Demokratien haben sich die Frauen den Zugang vor allem mit dem Ruf nach Gleichheit von Mann und Frau erkämpft. In den USA kam den Frauen ein für ihre Absichten günstiger Umstand zu Hilfe. Die Streitkräfte, in der Niederlage von Vietnam demütigt und danach auch vom Zustrom junger Männer mit der Aufgabe der Wehrpflicht abgeschnitten, mußten neue Wege gehen, um genügend Freiwillige zu finden. Frauen helfen, die Lücken zu füllen, ebenso wie Schwarze und andere Gruppen der amerikanischen Gesellschaft, die den sozialen Aufstieg über das Militär zu schaffen hofften. Heute sind knapp 200 000 US-Soldaten Frauen, neun Prozent der Streitkräfte.

Im Kommunismus hat die Existenz von Frauen in den Armeen andere Wurzeln. Diese Tradition geht auf die Revolutionskämpfe zurück, in denen auch Frauen "ihren Mann standen". Zur Gleichstellung mit den Männern gehörte heute für Frauen in den sozialistischen Gesellschaften auch der weitgehend erfüllte Anspruch auf freiwilligen Zutritt zur Armee.

Wenngleich nicht die Ursache, wohl aber das auslösende Moment für die öffentliche Auseinandersetzung über die Öffnung der Bundeswehr für Frauen war vor mehreren Jahren schon die Erkenntnis, daß zum Ende dieser Dekade unseren Streitkräften als Folge des "Pillenknicks" nicht mehr genügend männliche Rekruten zur Verfügung stehen. Die Tatsache, als Lückenbüßer angesehen zu werden, wurmt viele Frauen verständlicherweise. Auch dieses Mißbehagen schürt manchen politischen Widerstand gegen die bislang noch wenig klaren Pläne des Verteidigungsministeriums.

Unter Apel fand die sogenannte Langzeitkommission heraus, daß zur Minderung der Rekrutenlücke neben einer Verlängerung des Grundwehrdienstes und anderer Maßnahmen auch in Frage komme, rund 30 000 Dienststellen in der Truppe für freiwillige weibliche Soldaten zu öffnen. Sie wurden ausgesucht unter dem Gebot, daß Frauen aufgrund der Verfassungsvorschrift nicht "Dienst mit der Waffe" tun dürfen. Genauere Analysen haben die Zahl inzwischen schrumpfen lassen. Da Frauen wegen ihres freiwilligen Militärdienstes nicht wie männliche Wehrpflichtige in die Mobilmachung einkalkuliert sind, rechnet das Ministerium auf der Hardtbohn nach jüngsten Erkenntnissen allenfalls damit, daß in die Bundeswehr weniger als 15 000 weibliche Soldaten einzustellen wären.

Angesichts dieser im Vergleich zum Gesamtumfang der Streitkräfte von knapp 500 000 Soldaten ge-

ringen Zahl wird in Expertenkreisen bereits die Frage erörtert, ob dafür überhaupt der Aufwand lohne. Kasernenanlagen, Truppenorganisation, Vorschriften und ähnliches auf den Dienst beider Geschlechter in der deutschen Armee umzustellen. Ganz zu schweigen davon, daß mit dem Einzug der Frauen in die Kasernen ein beinahe revolutionärer Umbruch in der Männer-Mentalität zu erwarten wäre. Ihr traditionelles Rollenverständnis und ihr sozialpsychologisches Verhalten müßten sich grundlegend wandeln. Das zeigen die Erfahrungen nicht nur in den US-Streitkräften. Oder was geschieht in einer ganz praktischen Situation, wenn der weibliche Fahrer eines Militärlastwagens nicht die Kraft aufbringt, die Radschrauben an einem platten Reifen zu lösen?

Solche Fragen stellen die Pläne im Verteidigungsministerium nicht deshalb, weil sie sich vom "Männlichkeitswahn" leiten ließen. Im Gegenteil, es sind nicht ohne Überlegungen rational planender Generalstabsoffiziere, denen es ausschließlich um die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr geht. Sie fragen, welche technischen Einrichtungen, welche Werkzeuge, welche sonstigen Anlagen müßten so verändert werden oder zweifach vorhanden sein, damit sie auch von Frauen benutzt und bedient werden können. Sie fragen, wieviel es kostet, die Unterkünfte mit sanitären Anlagen so auszustatten oder neue Unterkünfte zu bauen, damit weibliche Soldaten getrennt von den Männern angemessen untergebracht sind.

Und schließlich bewegt die Pläne die Frage, wie zu verhindern ist, daß der Bundeswehr ähnliche Schwierigkeiten drohen, die vor allem die US-Streitkräfte mit der Aufrechterhaltung der Disziplin in gemischt-geschlechtlichen Einheiten haben. Weibliche Vorgesetzte haben es nicht leicht, sich gegen männliche Untergebene durchzusetzen. Promiskuität belastet nicht selten das Klima in US-Kasernen. Es kommt zu Vergewaltigungen, trotz strengster Ahndung. Ein Fünftel der weiblichen Soldaten sind ständig dienstunfähig. Der Grund: Schwangerschaft.

Die amerikanischen Soldatinnen kämpfen darum, auch in Kampfverbänden voll integriert zu werden. Bislang sind sie nur in jeder dritten von rund 300 Funktionen zugelassen. Hiernach erlaubt das Recht nur, sie im waffenlosen Dienst einzusetzen. Doch was das heißt, darüber brüten die Juristen im Innen- und Justizministerium. Kann es zum Beispiel waffenloser Dienst sein, eine Teileneinheit in einem Transportbataillon als Leutnant zu führen? Militärs sagen, es wäre unrealistisch zu glauben, dabei käme eine Frau ohne Maschinengewehr aus. Die Probleme stecken wie so oft in den Details.



Im Sanitätsdienst keine Sensation mehr: Kamerad Oberfeldärztin. FOTO: WERK

Der Geist von Helsinki oder Die Kunst der Gastlichkeit

Die 4,7 Millionen Finnen haben kein sehr reiches Land. Doch es gelingt ihnen immer wieder, mit großen internationalen Veranstaltungen, politischen oder sportlichen, hervorzutreten. Nächste Woche sind es die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften. Was ist das Erfolgsrezept?

Von REINER GATERMANN

Es ist 31 Jahre her, daß der "Geist von Helsinki" erstmals bei einem Weltsport-Ereignis auftauchte. Die Olympischen Spiele 1952 gingen in die Geschichte ein als die bescheidenen, sympathischen und familiären Spiele, als die Spiele, in denen es wirklich nur um den Sport ging. Als es nun daran ging, die Austragung der ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften zu vergeben, da versicherten die Finnen dem Internationalen Leichtathletik-Verband (IAAF), etwas von jenem Geist, der 1975 freudlich durch die KSZE-Konferenz über einen politischen Klang hat, über dieser Premiere schweben zu lassen.

Helsinki, an der Peripherie Europas, etwas abgelegen von den Zentren der Welt, bekam den Zuschlag für ein Sportereignis, das mit 161 teilnehmenden Mannschaften mehr Nationen anzieht als etwa die Olympischen Spiele von 1972 in München.

Man fragt sich, wie dieses Land ohne Ölquellen oder sonstige extreme Reichtümer ein solches Engagement wirtschaftlich verkraftet, ohne seine Bürger finanziell zu überfordern. Denn Tatsache ist, daß derartige Riesentreffen schon etlichen Städten und Ländern die Kassen leergefegt und zu einem bösen Erwachen geführt haben. Faktum ist aber auch, daß das Organisationskomitee in Helsinki mit einem Budget von umgerechnet nur knapp 14 Millionen Mark auskommt, von denen zudem noch etwa drei Millionen Mark auf Unterbringung und Verpflegung der Mannschaften entfallen.

Der Umsatz der Meisterschaften wird schätzungsweise bei 40 Millionen liegen. Darüber hinaus sind weder die Stadt Helsinki noch der Finanzminister des Landes um eine Kreditbürgschaft oder Ausfallgarantie gebeten worden. Diese schenken dem finnischen Organisationskomitee nichts: So muß es unter anderem an die Stadt eine recht beachtliche Stadionmiete zahlen, während die anderen Aufgaben erfüllt werden, ohne dafür Lohn oder Entlohnungen, die die reinen Unkosten übersteigen, zu erhalten. Angesichts dieser Bereitschaft und Begeisterung ist Carl-

Helsinki bietet als Austragungsort sein über 30 Jahre altes Olympia-Stadion an, das bisher von einer kleinen Zusatztribüne auf ein Fassungsvermögen von rund 50 000 Personen gebracht wird und das seine Tartanbahn schon jetzt bekam statt 1984, was zunächst geplant war. Nur sechs Kilometer vom Schauplatz der Wettkämpfe entfernt werden die Athleten wohnen, in dem herrlich von der Stadt gelegenen Otaniemi. Für sie räumen die Studenten der Technischen Hochschule ihre Zimmer, sie überlassen ihnen auch ihr architektonisch sehr eigenwilliges Studentenhaus.

Die angehenden Techniker zeigen sich hier immer von ihrer großzügigen Seite, so beherbergten sie Anfang der 70er Jahre in Dipoli die 35 europäischen und nordamerikanischen Regierungsdlegationen, die dort die 1975 in Helsinki abendete Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorbereiteten. Die Sportler bewegen sich also auf geschichtsträchtigem Boden. Ihnen stehen hier etliche Trainingsplätze und Hallen zur Verfügung. Schließlich werden Funktionäre und Zuschauer schnell den Weg ins Stadion finden, keines der größeren Hotels ist mehr als fünf Kilometer vom Zentrum des Geschehens entfernt. Helsinki mit seinen rund 500 000 Einwohnern ist nun mal eine leicht überschaubare Stadt.

Schuttart war unser schärfster Rivale, es hätte als Gastgeber sicherlich einen imposanteren Rahmen bieten können als wir", meint Carl-Olaf Homén, derzeit nur Neubesitzer einer großen Versicherungsgesellschaft, "hauptsächlich" steht der ehemalige Langstreckenläufer an der Spitze des Organisationskomitees. Seine unermüdliche Begeisterung des IAAF und seine Überzeugungskraft dürften letztlich ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß in der Endausscheidung Stuttgart auf der Strecke blieb. Der "Geist von Helsinki" hatte die Schwaben besiegt. Getragen wird er von dem Engagement der Menschen.

Bis vor ein paar Wochen saßen in dem Büro des Organisationskomitees nicht mehr als 15 fest angestellte Personen, jetzt sind es 24. Riitta-Liisa Arni, Chefin des Pressezentrams, ist sogar aus der malayischen Hauptstadt Manila dem Ruf nach Helsinki gefolgt. Entscheidend für das Gelingen in diesem finanziell bescheidenen Rahmen ist jedoch der Einsatz von ungefähr 1600 Finnen, die während der großen Tage ihre Aufgaben erfüllen werden, ohne dafür Lohn oder Entlohnungen, die die reinen Unkosten übersteigen, zu erhalten. Angesichts dieser Bereitschaft und Begeisterung ist Carl-

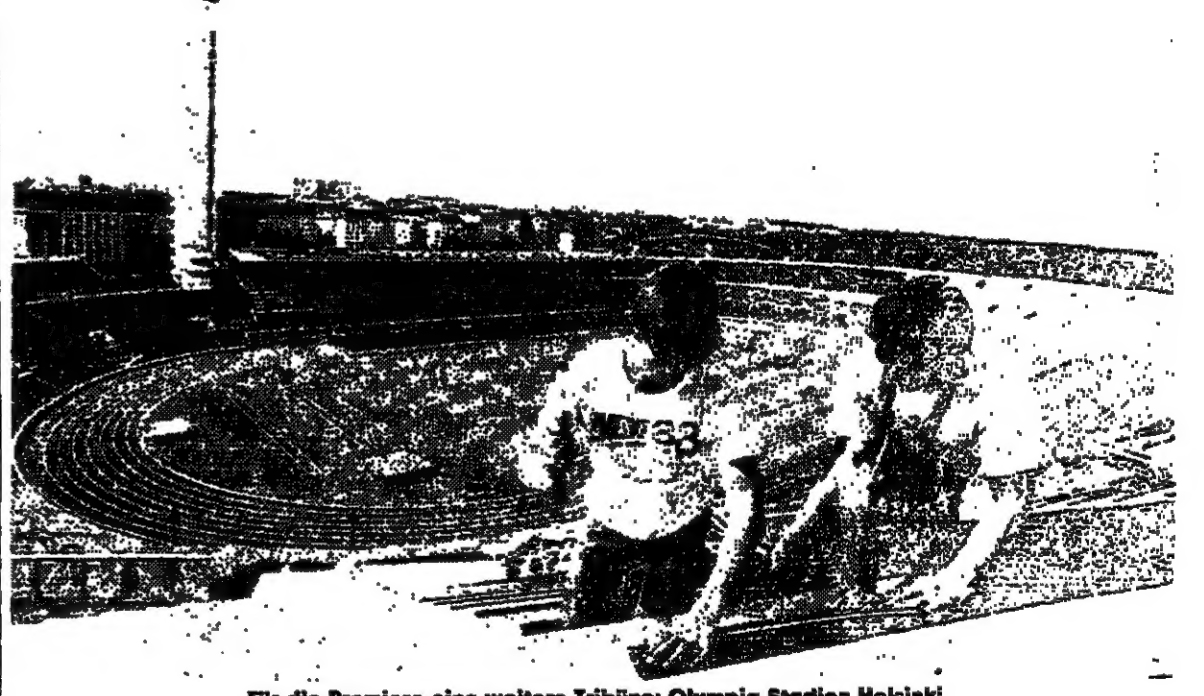
Olaf Homén überzeugt: "Die Weltmeisterschaften sind wie die Olympischen Spiele 1952 eine Angelegenheit der gesamten Nation."

Diese Nation ist in den Sport verarrt, seine Besten werden wie Helden verehrt und machen nicht selten bei den Parlamentswahlen den Berufspolitikern ernsthafte Konkurrenz. Läufer wie Hannes Kolehmainen, der vor 70 Jahren bei den Olympischen Spielen in Stockholm als erster Finne einen bedeutenden internationalen Langstreckenlauf gewann, der legendäre Paavo Nurmi (neun Goldmedaillen), Taisto Mäki, der erste Mensch, der 10 000 Meter unter 30 Minuten lief (1939), und die jüngere Generation mit Juha Vääntinen und Lasse Viren haben zudem nicht unbedeutende Kapitel in der internationalen Leichtathletik-Geschichte geschrieben.

Die Finnen begnügen sich jedoch nicht nur mit dem aktiven Sport, sie sind gleichmaßen begeisterte Veranstalter, wofür es keine einfache Erklärung gibt. Darin drücken sie ihre Gastfreundschaft aus, die Freude und Dankbarkeit, daß man zu ihnen kommen will. Dies geschieht nicht in einem aufwendigen Rahmen, der ihre Finanzen überstrapaziert, sondern durch Natürlichkeit und durch Aufnahme in ihren Kreis, in ihre Lebensweise. Allein in diesem Jahr war Helsinki bereits Austragungsort der Weltmeisterschaften im Eiskunstlauf, Eisschnelllauf und Kanu.

Keine dieser Veranstaltungen erreichte verständlicherweise das Ausmaß der Leichtathletik-Meisterschaften. Sie stellen bereits eine neue Weltbestleistung dar, bevor sie am Sonntag von Präsident Mauno Koivisto, der kaum auf sein wöchentliches Volleyballspiel verzichtet, eröffnet werden. 161 Vorkämpfer werden dann im Olympia-Stadion ihre Flagge zeigen, damit wird die bisher höchste Teilnehmerzahl an einer Sportveranstaltung, 121 in München 1972, erheblich überboten.

Inwieweit die Bereitschaft der IAAF dazu beigetragen hat, jeder Nation die Teilnahme von zwei Athleten und einem Funktionär zu finanzieren, ist nicht ganz klar. In Helsinki wartet man die Rekordzahl eher dahingehend, daß weltweit unter den Leichtathleten der starke Wunsch besteht, auch außerhalb der Olympischen Spiele ihre Besten zu ermitteln. Die Finnen blieben sich selbst im Zeichen der ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaft treu: Neben den beiden offiziellen Marathonläufen, die Talkämpfe beginnen mit dem der Frauen und enden mit dem der Männer, veranstalten sie zwischen- und auch noch einen dritten: für die "echten Amateure".



Für die Premiere eine weitere Tribüne: Olympia-Stadion Helsinki. FOTO: AP

Neue Heyne-Taschenbücher

GWEN BRISTOW
Melodie der Leidenschaft
Jetzt erstmals im Taschenbuch: Der neue Weiterfolg der Autorin von "Keltische Sinfonie". Gwen Bristows mitreißendes Epos aus der Pionierzeit Kaliforniens. (Heyne 6241/DM 8,80)

Hans Hellmut KIRST
Ausverkauf der Helden
Roman
Während Ende 1944 überall die Fronten zusammenbrechen, wird in einem entlegenen Lager in den Alpen noch eine Elitetruppe ausgebildet... Ein echter Kirs! (Heyne 6251/DM 8,80)

HINRICH MATTHIESEN
Die Barcelona Affäre
ROMAN
Katja erfährt, daß der Mann, den sie liebt, von ihren Eltern gekauft worden ist... Eine Geschichte tragischer Irrtümer, Hinrich Matthiesens neuer Roman original im Heyne-Taschenbuch. (6230/DM 6,80)

PETER STRAUB
Schattenland
Ein glänzend inszeniertes Spiel in Raum und Zeit: "Shadowland" (Schattenland), der große Fantasy-Roman des amerikanischen Bestsellerautors Peter Straub jetzt als Heyne-Taschenbuch. (Heyne SF 3999/DM 9,80)

Robert Reid
MARIE CURIE
Erfolgsgeschichte
Sie erhielt den Nobelpreis für Physik und Chemie: Marie Curie - Erfolg und Tragik einer der bedeutendsten Wissenschaftlerinnen. (Heyne Biographien 106/9,80)

HEYNE REISEBUCHER
Urlaubsziel: Schwarzwald
Das neueste "Heyne Reisebuch" bringt in 36 Beiträgen Bekanntes und auch Unbekanntes über den Schwarzwald mit seinen reizvollen Ortschaften, seinen Kulturdenkmälern und seinen grandiosen Wäldern. (34/9,80)

Der Original 100jährige Kalender
Calendrier pour l'année 1983
Auf vielen Gebieten der PSI-Forschung dürften die Russen dem Westen weit überlegen sein... Der gegenwärtige Stand der PSI-Forschung in Rußland. (Heyne 7226/DM 6,80)

HEYNE BÜCHER
Psychologie in RUßLAND
Auf vielen Gebieten der PSI-Forschung dürften die Russen dem Westen weit überlegen sein... Der gegenwärtige Stand der PSI-Forschung in Rußland. (Heyne 7226/DM 6,80)

SPD-Politiker distanzieren sich von Kritik

Der frühere Berliner SPD-Vorsitzende während der Amtszeit des Regierenden Bürgermeisters Dietrich Stobbe, Gerd Löffler, hat sich von antiamerikanischen Passagen eines Thesenpapiers in der Berliner SPD distanziert.

Der SPD-Politiker, der wegen Krankheit nicht an den Sitzungen des Pachausschusses, der das Papier billigte, teilnahm, sagte, er stimme denjenigen Thesen nicht zu, die den Eindruck erwecken, „als ob der Abbruch der Entspannungspolitik der beiden Weltmächte einseitig den USA zur Last gelegt werden kann“. Er bedauere vor allem, daß Moskau Verantwortung für die Zunahme weltpolitischer Spannungen, auch durch die Hochrüstungspolitik im Bereich der auf Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen, nur unzureichend gewertet wird. Er hoffe, daß die Klausur des SPD-Landesvorstands am 20./21. August im Harz „einige, und zwar wesentliche Akzente anders setzt“.

Inzwischen wurde bekannt, daß die weitgehend von früheren Bundesdenkmal und heutigen SPD-Bundesabgeordneten Gerhard Heilmann inspierte Ausarbeitung von Egon Bahr zumindest „durchgesehen“ worden ist. In der seit langem geplanten Klausur wird mit weiteren kritischen Einwänden von rechten Vorstandsmitgliedern gerechnet.

Wolfgang reist in die „DDR“

Für eine Verbesserung und Verstärkung der politischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ hat sich der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundesfraktion, Torsten Wolgramm, am 1. September zu offiziellen Gesprächen in die „DDR“ reist, weil entsprechende Vorschläge dem Ministerium für Umwelt, Schutz und Naturschutz der Volkskammer machen.

In einem WELT-Gespräch meinte der FDP-Politiker, Vertreter der beiden Parteien sollten sich auf höchster Ebene zwischen Bonn und Ost-Berlin treffen. Vielmehr sollten sich die Behörden in grenznahen Kreisen auf Verwaltungsebene in unregelmäßigen Abständen treffen, um sich über praktische Fragen wie die Hochwasserbekämpfung oder Straßen- und Verkehrsprobleme auszutauschen.

Kurzzeitstudium „nicht ausgereift“

Als nicht „ausgereift“ hat einer der Vorsitzenden des Bundes Freiheit der Wissenschaft, Professor Hatto Schmitt, Pläne über ein zwei- bis dreijähriges Kurzzeitstudium bezeichnet, wie sie von den Kultusministern und dem Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz wieder in die Diskussion gebracht werden. Keiner derjenigen, die für ein Kurzzeitstudium werben, könne sagen, welche Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitsmarkt aufgrund einer derartigen Ausbildung annehmen könnte. Er warnte davor, daß ein Kurzzeitstudium mit einer frühen Abschlußprüfung nach einer stark verschuldeten ersten Studienphase die Entfaltungsmöglichkeiten hochbegabter Schüler zunichte mache.

Kritik am Ausweis aus Hamburg

Der Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Locht, hat sich entschieden gegen die Einführung des neuen Personalausweises gewandt. In einem Interview des Norddeutschen Rundfunks (NDR) verwies Locht darauf, daß sich bereits 1977, als im Zuge der Terroristenfahndung die Idee eines neuen Ausweises erstmals erwogen wurde, die meisten gesuchten Terroristen mit ausländischen Ausweisen ausgestattet hätten. Es sei zudem nicht verhältnismäßig, daß der Staat 30 Millionen Bürger mit einem neuen Ausweisystem überzieht, nur weil er 30 Terroristen sucht, sagte Locht.

Rektor setzte alten AstA wieder ein

An der Bonner Universität hat gestern der Mitte Juli von links-orientierten Studentenvertretern abgewählte alte Allgemeine Studenten-Ausschuß (ASTA) auf Anordnung des Rektors wieder die Amtsgeschäfte übernommen. Rektor Hans-Jacob Krümmel hatte gegen die Wahl des neuen linken ASTA, die durch ein konstruktives Mißtrauensvotum im Studentenparlament bewirkt wurde, einen mit formalen Mängeln begründeten Einspruch erhoben. Die vom Rektor angeordnete sofortige Wiedereinsetzung des alten ASTA begründete Krümmel damit, daß der neue ASTA erhebliche Mittel für allgemeine politische Zwecke im Haushalt der Studentenschaft vorgesehen habe. Komme der alte ASTA erst mit Abschluß des Rechtsstreits wieder ins Amt, bestünde die Gefahr, „daß die Haushaltsmittel bereits weitgehend aufgezehrt sind“.

FDP, ihre Chancen und der Wirtschaftsminister

Von GYSBERT DETHLOFF

Zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl stehen die Saar-Liberalen vor einem Dilemma: Ihre Populäritätskurve ist in den Keller gerutscht. Kompetenz räumen die Wähler ihnen dank der Ministerin Rosemarie Scheuren nur auf dem Gebiet Gesundheit und Sozialen ein. Eine zugkräftige Spitzenmannschaft zur Festigung eines Wählerreservoirs ist nicht in Sicht. Und auf dem werbewirksamen Gebiet der Wirtschaft verfügt die FDP zwar mit dem Mittelständler Edwin Hügel über den Minister, doch die Arbeit leistet Ministerpräsident Werner Zeyer und sein Finanzminister Gerhard Zeyer (beide CDU). Denn in der Stahlkrise um Arbeitssaat und in den sich abzeichnenden Schwierigkeiten

Landesbericht Saarland

von Saarberg übt Hügel Abstinenz, wenn er nicht schwerwiegende Fehler macht.

Nach der saarländischen Verfassung kann Regierungschef Zeyer einen Minister nur mit Zustimmung des Landtags berufen oder entlassen. Wollte er die Ablösung Hügels durchsetzen, braucht Zeyer also die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion (23 plus 4). Die 34 SPD-Abgeordneten dürften kein Interesse daran haben, der Koalition die Regierung des Landes zu übergeben, da sie sich in der Wahlkampfzeit nicht in der Wahlkampfzeit zu vergrößern. Eine geschlossene Mehrheit für die Ablösung Hügels gibt es derzeit jedoch in den Koalitionsfraktionen wohl nicht, denn der Wirtschaftsminister verfügt in seiner Fraktion über treue Freunde aus alten Zeiten.

Die gegebene Situation gereicht der Ministerin Scheuren, die sich in den Hügelschen Abwärtssog gerissen sieht, so wenig zur Freude wie dem FDP-Landesvorsitzenden Werner Klump, der sich einen anderen Nachfolger gewünscht hätte, als er das Wirtschaftsministerium verließ. Auch Partei-Vize Walther Henn, der wohl ein guter Wirtschaftsminister wäre, mag seinen Vorstandssitz in der Vereinigten Saar-Elektrizitätswerken AG nicht aufgeben.

Erst vor einem Jahr hatte Hügel sein Landtagsmandat aufgegeben, damit ein weiterer Parteifreund in den Landtagsolymp aufsteigen konnte. Jetzt verläutet, er solle wieder kandidieren. Und da er sich „vortrefflich auf Kugeln versteht“, so einer seiner Parteifreunde, könnte er die Kandidatur wieder erreichen. Würde das seiner Partei den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde erleichtern? Das Schweigen der oppositionellen SPD zu Hügels Ministerleistungen bedeckt nicht etwa Zustimmung, wie Hügel möglicherweise vermutet, sondern Ablehnung des günstigsten Zeitpunkts, um seine Schwächen bloßzustellen.

Die Schwäche des Wirtschaftsministers ist aber gleichbedeutend mit einer politischen Schwäche der Koalition. Fällt die FDP, wie schon einmal, aus dem saarländischen Landtag heraus, könnte die SPD mit Oskar Lafontaine an der Spitze die Regierung entweder allein oder mit Hilfe der Grünen übernehmen. Es wird Aufgabe der CDU sein, im Wahlkampf entweder die absolute Mehrheit anzustreben oder dem kleinen Koalitionspartner über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen. Zeyer hatte in der Vergangenheit stets einer Koalitionsregierung den Vorrang vor einer Alleinregierung gegeben. Da zu gehörte aber ein besseres Personalangebot der FDP. Sie wird sich überlegen müssen, ob sie ihren Widerstand gegen Überlegungen von Klump und Henn fortsetzen kann. Die Bestimmungen über die Trennung von Amt und Mandat zu lockern, und sie wird sich überlegen müssen, ob sie nicht beispielsweise das Wirtschaftsministerium gegen das Innenministerium austauschen sollte. Für das Ressort Wirtschaft hat die FDP Saar keinen geeigneten Mann. Die CDU könnte mit dem jetzigen Finanzminister Gerhard Zeyer, mit Handwerkskammerpräsident Winfried Frank und mit dem CDU-Fraktionschef und Vorsitzenden der „Stahlfraktion“ des saarländischen Landtags, Werner Scherer, gleich drei tüchtige Bewerber anbieten.

Die Staatsanwaltschaft in der Hansestadt hatte es abgelehnt, die Namen der Beschuldigten bekanntzugeben, und sich auf die Mitteilung beschränkt, die Anklage richte sich gegen die „für die Artikel Verantwortlichen“ in der Redaktion des „Spiegel“ und der Illustrierten „Stern“. Es geht dabei, wie berichtet, insbesondere um die Veröffentlichung von Protokollen über die Vernehmung mehrerer Politiker. „Spiegel“-Verlagsleiter Michael Nesselhauf lehnte gegenüber der WELT weitere Erklärungen zu diesem Komplex ab. Zu den beschuldigten „Stern“-Mitarbeitern gehören die Redakteure Heiner Bremer, Karl-Günter Barth und Werner Heilmann.

Der frühere „Stern“-Reporter Gerd Heilmann hat sich der Vernehmung, die ihm am Dienstag durch einen Beschluß des Haftrichters Olof Masch gewährt worden war, nur für 24 Stunden entzogen.

Otto Wolff – gleich geschätzt in Ost und West



Otto Wolff von Amerongen wird morgen 65 Jahre

HEINZ HECK, Bonn

Nur wenigen Unternehmern ist es vergönnt, über Jahrzehnte Spitzenpositionen in der Wirtschaft zu bekleiden und zugleich an der Nahtstelle von Politik und Wirtschaft zu wirken. Für Otto Wolff von Amerongen, der morgen 65 Jahre alt wird, gilt das national wie international. Der auch im „Pensionsalter“ immer noch sympathisch und leger wirkende Superkapitalist hat das Kunststück fertiggebracht, als erster Deutscher in die amerikanische Hochburg des Kapitalismus, Board des Multi-Exxon, einzutreten, zugleich aber bei den feindlichen kommunistischen Brüdern in Moskau und Peking gleichermaßen geschätzt zu sein.

Diese Weltweite ist sicher schon im Elternhaus angelegt. Denn er ist der Sohn des internationalen bekannten Eisenindustriellen Otto Wolff, der nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich im Osthandel tätig war. Nach dem Tod des Vaters 1940 übernahm Wolff schon mit 22 Jahren die Leitung des Familienunternehmens, das er in ein schätzbares Unternehmen mit dem Namen Otto Wolff AG umwandelte. Als Vorstandsvorsitzender des Unternehmens reichen seine Aktivitäten inzwischen weit über den Stahlhandel des väterlichen Erbes hinaus hin zum Maschinenbau.

Studie über Arbeitszeitverkürzung

Nürnberger Institut: Beschäftigungsprogramme bauen Arbeitslosigkeit ab

GISELA REINERS, Bonn

Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme helfen, die Arbeitslosigkeit abzubauen, sie zu bremsen oder nicht entstehen zu lassen. Das ist der Befund einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, die auf einem Presseseminar der Bundesanstalt für Arbeit in Marburg vorgestellt wurde.

In einem Vortrag von Jürgen Kuhl vom IAB wird festgestellt, daß die Beschäftigungseinbrüche in den 60er und 70er Jahren „im großen und ganzen erfolgreich“ durch expansive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik bekämpft worden seien. Seit Mitte der 70er Jahre hätten, so Kuhl, größere und kleinere Beschäftigungsprogramme den Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst. Ihren weiteren Ausbau unterbrochen und gedämpft bis 1980 insgesamt eine Senkung der Arbeitslosigkeit um eine Viertelmillion bewirkt. Seit 1974 habe das den Staat rund 90 Milliarden in Form von zusätzlichen Ausgaben und Steuererleichterungen gekostet.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit habe sich ebenfalls bremsend aus-

gewirkt, obwohl seit 1974/75 der langfristige Trend – minus ein Prozent pro Jahr – halbiert worden sei. Das habe den Arbeitsmarkt von 1973 bis 1980 insgesamt noch einmal um eine halbe Million entlastet.

Doch trotz dieser Erfolge sei seit etwa 1981 dieses Konzept aufgegeben worden. Der abrupte Kurswechsel habe sicher dazu beigetragen, so Kuhl, daß in den vergangenen drei Jahren alle Beschäftigungsgewinne der späten 70er Jahre verlorengegangen seien und sich zusammen mit dem Anstieg des Arbeitskräftepotentials durch geburtenstarke Jahrgänge und Ausländerzuwachs (Familiennachzug und das Heranwachsen der zweiten Generation) die Arbeitslosigkeit verdreifacht habe.

Die jetzige Krise am Arbeitsmarkt sei von der Bundesanstalt für Arbeit schon 1978 vorausgesagt worden mit der Empfehlung, die mittel- und längerfristigen Perspektiven bei der politischen Konzeptionierung zu berücksichtigen. Doch sei dies nicht geschehen, so daß man heute von der „bestprognostizierten Krise“ sprechen könne.

Auf derselben Veranstaltung

wollte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stügel, diese Thesen nicht als Empfehlung für Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzung verstanden wissen. Dazu sei die Verwaltung nicht berechtigt. Doch wolle man Grundlagen für politische Entscheidungen liefern. Während des Seminars lehnte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Fritz Himelreich, Arbeitszeitverkürzungen als zu kostenbelastend für die Wirtschaft ab, denn bei den Arbeitnehmern verstärke sich der Trend, nicht auf Lohn für mehr Freizeit zu verzichten.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit heute beträchtlich höher liegt, wenn nicht 1972 die flexible Altersgrenze eingeführt worden wäre. Weiter betonte er, daß auch in den vergangenen Jahren, selbst bei guter Wirtschaftslage, Arbeitszeitverkürzungen bei Tarifverhandlungen immer in Lohnprozente umgerechnet worden seien, also nicht weniger Arbeitszeit zusätzlich zur regulären Entgeltsteigerung ausgehandelt worden sei.

VW-Chef kritisiert Abgasgesetz

Weitere Verbrauchsreduzierung und Absenkung der Emission „günstigste Lösung“

AP/DW, Düsseldorf/Bonn

Der Vorstandsvorsitzende der Volkswagenwerk AG, Carl H. Hahn, hält das geplante Gesetz über die Einführung von bleifreiem Benzin für verfehlt. In einem Interview der „Wirtschaftswoche“ plädierte Hahn statt dessen dafür, über eine weitere Verbrauchsreduzierung eine Verringerung der Abgase zu erzielen.

In der Einhaltung des Termins Januar 1986 für die vom Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) vorgeschlagene Abgasgesetzgebung stehe sich, so Hahn, vor dem technischen Fortschritt kein Problem. Allerdings sieht er die notwendigen zusätzlichen Kapazitäten als bis dahin nicht erstellbar an, „obwohl wir heute der größte europäische Hersteller von Fahrzeugen mit Abgaskatalysatoren sind. Schließlich liefern wir in großen Stückzahlen in die Vereinigten Staaten und nach Japan“. Sollte aber die Gesetzgebung Realität werden, „müßten wir bis dahin eine Umzange an

Kapital investieren, um letztlich in Deutschland den Kraftstoffverbrauch und die Abgasmenge zu erhöhen und dabei relativ geringe Einzelwerte zu verringern“.

Der Einbau von Katalysatoren reduziere zwar die Ablagerung von Stickstoffverbindungen, aber dem stehe nach Ansicht Hahns wegen des Mehrverbrauchs und des Mehrausstoßes der Automobile eine höhere Emission von Kohlenstoff entgegen. Das könne man gar nicht verhindern. Hahn schätzte dabei die Größenordnung auf das Fache der Menge, die bei den Stickstoffverbindungen reduziert werden könnten. Der Abbau von CO₂ in der Natur aber erfolge nur begrenzt. „Wenn wir morgen die Abgawerte aller heute auf den Straßen befindlichen Fahrzeuge kontrollieren würden, dann hätten wir bereits übermorgen bessere Werte zu denkbare günstigeren Preisen“, sagt Hahn, der dafür plädiert, daß der bisherige Weg weitergegangen werde. Er sei sowohl

„umwelt- wie konsumentenfreundlich“. In der Kombination von nicht unerheblichen Verbrauchsreduzierungen und relativen Absenkungen der Emission sieht der Vorstandsvorsitzende die volkswirtschaftlich günstigste Lösung.

Pessimistisch äußert Hahn sich auch über die Folgen, die ein Termin Januar 1986 für die deutsche Automobilindustrie mit sich bringen würde. In den USA habe man die Erfahrung gemacht, daß sich die Kunden noch schnell vor der Verschärfung der Gesetzgebung mit guten, sparsamen und leistungsstarken Autos eingedeckt haben, „was für die amerikanische Autoindustrie in den Folgejahren furchtbare Konsequenzen hatte“. Weiter erinnert Hahn daran, daß auch heute, bereits mehr als zehn Jahre nach der Einführung von bleifreiem Kraftstoff und der mit Katalysatoren ausgestatteten Fahrzeuge, die Hälfte aller in den USA verkauften Kraftstoffe immer noch bleihaltig sei.

Privat-Unterricht auf dem Rasen

Eltern wehren sich gegen die „diktatorischen Entscheidungen“ der Bremer Schulbehörde

W. WESSENDORF, Bremen

Es riecht. Dennoch pakteten draußen 17 Schulkinder unter brennender Sonne Schirmen zum Schutz gegen den Regen. Englisch, Deutsch, Rechnen und Französisch. Die Jungen und Mädchen saßen auf mitgebrachten Klappstühlen vor dem geschlossenen Rasen vor der Bremer Gymnasiums in Huchelriede und hörten auf ihren Privatlehrer Achim Schlotfeldt. Doch die Schultüte tauchte. Die 12- bis 13-jährigen proben mit ihren Eltern den Aufstand. Sie haben den Lehrer angestarrt.

Eine Woche lang wollen sie dafür demonstrieren, was eben in dem Gymnasium unterrichtet wird, vor dessen Türen sie sitzen. Zwar dürfen sie die Toiletten der Schule benutzen, aber nicht ihre Bänke drücken. So will es der Bremer Senator für Bildung, Horst von Hassel (SPD). Er ließ zum neuen Schuljahr nur eine 7. Klasse in Huchelriede mit 27 Schülern in diesem Schulbezirk angemeldet, 80 hatten sich für das „durchgängige“ Gymnasium Huchelriede entschieden. Zwei betroffene Väter, Hans-Georg Bleyl und Peter Tullius, zur WELT: „Wir wehren uns gegen diese diktatorische Entscheidung.“

Die schriftliche Begründung des Urteils steht noch aus. Die Eltern wollen aber für ihre Kinder weiter erbiten Widerstand gegen die schrittweise Einführung des horizontalen Schulsystems leisten. Sie haben schon die Ausschöpfung des Rechtsweges signalisiert, um die Schulpolitik des SPD-Senators zu torpedieren. Nach dem Bremer Schulgesetz sollen alle Volksgymnasien abgebaut und in Stufenschulen umgewandelt werden. Inzwischen gibt es nur noch sechs Gymnasien in der Hansestadt.

Die betroffenen Väter und Mütter

Wie weit ist es in Bremen schon gekommen, daß Eltern und Schüler zu solchen Maßnahmen greifen müssen, um ihr Recht auf freie Schulwahl zu erreichen, das in allen anderen Bundesländern eine Selbstverständlichkeit ist? protestieren inzwischen CDU-Oppositionsführer Bernd Neumann in einem Brief an den Präsidenten des SPD-Senats, Bürgermeister Hans Koschnick.

Das Verwaltungsgericht hatte wenige Tage vor Schulbeginn am 1. August die Klage von 22 Eltern abgewiesen. Nach Rechtsauffassung der 1. Kammer haben sie keinen Anspruch darauf, daß ihre Sprößlinge einem bestimmten Gymnasium zugewiesen werden. Die Ausbildung in einem Schulzentrum mit gymnasialer Abteilung sei qualitativ durchaus gleichwertig.

Die schriftliche Begründung des Urteils steht noch aus. Die Eltern wollen aber für ihre Kinder weiter erbiten Widerstand gegen die schrittweise Einführung des horizontalen Schulsystems leisten. Sie haben schon die Ausschöpfung des Rechtsweges signalisiert, um die Schulpolitik des SPD-Senators zu torpedieren. Nach dem Bremer Schulgesetz sollen alle Volksgymnasien abgebaut und in Stufenschulen umgewandelt werden. Inzwischen gibt es nur noch sechs Gymnasien in der Hansestadt.

Die betroffenen Väter und Mütter

ter meinen, daß die Landesregierung Etikettenschwindel betreibt: Denn die gymnasialen Zweige der Schulzentren bieten inhaltlich eine andere Ausbildung als herkömmliche Gymnasien. So möchten die Eltern insbesondere ihre Kinder von „Gymnasiallehrern mit akademischer Ausbildung“ unterrichtet haben. Ihr Rechtsvertreter, Klaus aufen, wies auf die „erheblichen Leistungsunterschiede“ der Schulen hin, die durchgängig ein Gymnasium besuchen und denjenigen, die zunächst in ein Schulzentrum gehen und dann in der 11. Klasse auf ein Gymnasium wechseln.

Nachweislich seien ohne Schulwechsel nach Klasse 10 die Abiturergebnisse um fast eine Note besser. Diese Tatsache gewinne für den Numerus clausus entscheidende Bedeutung. Die Lehrer überblickten den Bildungsweg von Anfang bis Ende und hätten wie jüngere Schüler bleiben zusammen, um voneinander lernen zu können.

Der Senator für Bildung griff zum Schulbeginn statt zur Zuckerbrotzeit auf die Peitsche: Er ordnete die „sofortige Vollziehung“ seines Diktats an. „Es liegt im öffentlichen Interesse, aber auch in Ihrem eigenen, daß Ihr Kind in der Zeit bis zur Rechtskraft des Urteils der Bundesregierung ausgesetzt nachgesetzlichen Schulpflicht nachkommt und zwar an einer bestimmten Schule“, hieß es in den „blauen Briefen“ an die Eltern.

Die betroffenen Väter und Mütter

Waldbesitzer: Halbherzige Beschlüsse

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Alle Beschlüsse der Bundesregierung, die der Luftreinhaltung dienen und dem Waldsterben Einhalt gebieten sollen, sind nach Ansicht der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände e.V.“ als „höchstens halbherzig“ zu bezeichnen und hätten einen Zeithorizont, der dem dramatischen Geschehen im Walde nicht entspreche.

In Bonn forderten Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, die 170 000 Mitglieder hat und damit etwa 80 Prozent des gesamten Privatwaldes in der Bundesrepublik Deutschland abdeckt, eine Verdoppelung der bisher vorgesehenen Schadstoffbelastung und Programme, die innerhalb von höchstens zehn Jahren auch freigelegte Flächen der Luftreinhaltung erwarten lassen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Philipp Freiherr von Boeselager, stellte fest, daß beim Waldbesitz die Volksseele kocht. Weder die Großfeuerungsanlagenverordnung, noch die vom Bundeskabinett beschlossene Entgiftung der Kraftfahrzeugabgase seien für die Waldbesitzer ein Grund zum Jubel angesichts „einer ökologischen Katastrophe von bisher unbekannten Dimensionen“. Die Luftreinhaltepolitik müsse daher mit ordnungspolitischen Mitteln, administrativen Maßnahmen, steuerlichen oder wirtschaftlichen Anreizen unverzüglich intensiviert werden. Kurzfristige Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft rechtfertigten kein Kurztreten in der Luftreinhaltepolitik.

Mit besonderem Grimm wandten sich die Sprecher der Waldbesitzer gegen das „gute Geschäft mit dem sterbenden Wald“, das sich Teile der chemischen Industrie erhofften. Die Diskussion um das Waldsterben werde von daher auf Nebenkriegsebene geführt, wie die Waldungung verlagert, die zum Beispiel die Badische Anilin- und Sodafabrik (BASF) für dringende, als eine weitgehende Entschärfung der Rauchgase. Gezielte Düngungsmaßnahmen könnten von Fall zu Fall als flankierende Maßnahme zur Verzögerung des Waldsterbens eingesetzt werden, jedoch gebe es keine Experten noch keine verlässliche Aussage über Sinn oder Unsinn solcher Aktionen. Düngung, die auch Nachteile für das Grundwasser mit sich bringen könne, werde schon deswegen nicht empfohlen, weil ihre Kosten mit rund 800 Mark für jeden Hektar Wald zu veranschlagen seien. Die Finanzierung also den Erlös aus einem vollen Jahresertrag ausmache. Philipp von Boeselager griff einen dieser Düngemittel-Anbieter an, indem er sagte: „Das gleiche Industrieunternehmen gehört zu denjenigen Schadstoff-Ermiten, die mit ihren sogenannten Anlagen in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung großzügig pardoniert worden sind. Genauso, wie es auch bei den Unternehmen ist, die auch bei dem Ministerpräsidenten seines Landes bedanken“.

Stiftungen für den Wald möchten die Waldbesitzerverbände nur dann akzeptieren, wenn ihre Mittel ausschließlich für Aufklärungsarbeit bestimmt sind. Aufforderungen und waldbauliche Maßnahmen mit Mitteln aus solchen Stiftungen zu finanzieren sei schon deswegen falsch, weil nur davon abgelenkt würde, der akuten Bedrohung des Waldes rasch und wirksam entgegenzutreten.

Eine Beteiligung an der Verfassungsschutzkommission, die Luftverschmutzung, ein Verstoß von dem im rheinischen Neunkirchen Seelscheid ansässigen Juristenhepau Burkhard und Bettina Krems, empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände e.V. ihren Mitgliedern nicht. Die hier gerügten Grundrechtsverletzungen beträfen, hieß es in Bonn, den Schutz der Gesundheit und des Grundstückseigentums, nicht aber des Waldeigentums.

Stiftungen für den Wald möchten die Waldbesitzerverbände nur dann akzeptieren, wenn ihre Mittel ausschließlich für Aufklärungsarbeit bestimmt sind. Aufforderungen und waldbauliche Maßnahmen mit Mitteln aus solchen Stiftungen zu finanzieren sei schon deswegen falsch, weil nur davon abgelenkt würde, der akuten Bedrohung des Waldes rasch und wirksam entgegenzutreten.

Eine Beteiligung an der Verfassungsschutzkommission, die Luftverschmutzung, ein Verstoß von dem im rheinischen Neunkirchen Seelscheid ansässigen Juristenhepau Burkhard und Bettina Krems, empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände e.V. ihren Mitgliedern nicht. Die hier gerügten Grundrechtsverletzungen beträfen, hieß es in Bonn, den Schutz der Gesundheit und des Grundstückseigentums, nicht aber des Waldeigentums.

Blockade vor US-Kaserne: Teilnehmer freigesprochen

Stuttgarter Richter sieht keine „Nötigung“

AP, Stuttgart

Mit der Begründung, nicht jedes Sitzen auf der Straße durch das Verkehrsbehinderung zustande kommen, erfüllte den Nötigungstatbestand, sprach Richter Reiner Wolf vom Stuttgarter Amtsgericht einen 38-jährigen Diplom-Psychologen vom Vorwurf der vollendeten Nötigung frei. Bei diesem ersten Prozeß gegen einen Teilnehmer an der Blockade der Beseitigung der amerikanischen Streitkräfte in Europa, zu der die Friedensinitiative am 12. Dezember 1982 aufgerufen hatten und an der rund 250 Demonstranten teilnahmen, ging es um das Blockieren der Zufahrt zum Kasernengelände der Patch-Barracks durch einen Sitzstreik.

In der Urteilsbegründung sagte der Richter, das Ziel des Sitzstreiks sei von allgemeinem staatsbürgerlichen Interesse gewesen. Vom Thema Frieden und Nachrüstung sei nicht nur der einzelne, sondern ein ganzes Volk betroffen. Es sei legitim, sich dazu zu äußern und „effizient zu demonstrieren“. Die Gefährdung eines atomaren Erstschlages oder von Nuklearkatastrophen seien nicht von der Hand zu weisen.

Der Richter entsagte mit seinem Urteil einem Antrag des Verteidigers, der die Blockade als

„spektakuläre Aktion“ bezeichnete, bei der es den Demonstranten nicht darum gegangen sei, Gewalt anzuwenden oder Verkehrsteilnehmer zu behindern. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer den Vorwurf der vollendeten Nötigung aufrechterhalten und ein Vorliegen von Gewalt behauptet.

Der auf Antrag der Staatsanwaltschaft in den Zeugenstand gerufene Abschnitter der Polizei vor dem Kasernengelände gab an, daß alle aus der Kaserne fahrenden Wagen von der amerikanischen Militärpolizei bereits am Kasernator gepöppelt worden seien. Der Einsatzeleiter der deutschen Polizei bestätigte, daß es den veranstaltenden Friedensinitiativen ein Anliegen gewesen sei, bereits im Vorfeld der Aktionen Kontakt mit der Polizei aufzunehmen. Er sagte: „Neben dienstlichen Beziehungen sind auch persönliche Beziehungen entstanden, die ich nicht missen möchte.“

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart will Rechtsmittel gegen den Freispruch einlegen. Das bestätigte gestern die Behörde auf Anfrage. Das baden-württembergische Innenministerium hält es für wahrscheinlich, daß das Urteil in der nächsten Instanz nicht aufrechterhalten wird.

WELT

Moskaus innere Starre läßt eine Wende nicht zu

Aber mehr „Problembewußtsein“ gegenüber Osteuropa

CARL G. STRÖHM, Triest
Mit einer gewissen Skepsis, aber nicht ohne Interesse, haben gewöhnlich gut informierte politische Kreise Osteuropas die Meldung der britischen Sonntagszeitung „Observer“ aufgenommen, wonach der Krenl eine Art Umorientierung seiner Osteuropa-Politik plane und in diesem Zusammenhang auch die deutsche Frage von Moskau in einem neuen Licht gesehen werde. Der „Observer“-Bericht stütze sich dabei auf ungarische Quellen im Zusammenhang mit dem jüngsten Moskauer-Besuch des ungarischen Parteichefs Janos Kadar.

Diese osteuropäischen Gesprächspartner bezweifeln zwar nicht, daß der sowjetische Parteichef Juri Andropow im Gegensatz zu seinem Vorgänger Breschnew ein entwickeltes „Problembewußtsein“ für die brennenden und ungelösten Fragen habe, mit denen sich Moskau gerade in Osteuropa immer stärker konfrontiert sehe. Andropow sehe und wisse, daß sich Osteuropa in einer tiefen Wirtschaftskrise befinde. Die bisherige sowjetische Politik, das grobe und „ungeschickte“ Auftreten der Exponenten des großen sowjetischen Bruders bei den kleinen osteuropäischen Staaten habe zu an sich vermeidbaren antisowjetischen Stimmungen und Komplexen bis tief in die Reihen der regierenden Kommunisten geführt.

Andropow verbehalte als seinerzeitiger Botschafter in Budapest und als Verantwortlicher für die Kontakte zu den osteuropäischen Parteien durchaus die Besonderheiten und geschichtlich gewachsenen Realitäten dieses Raumes - im Gegensatz zu sehr vielen Sowjetrussen, die davon keine Ahnung hätten. Mit ihm gebe es in Moskau einen Kreis von Funktionären, die eine Verbesserung des Systems wünschten und daher auch dem „ungarischen Modell“ mit Interesse und Sympathie begegneten.

Machtposition in Osteuropa soll ausgebaut werden

Andererseits aber könne gerade bei Andropow keine Rede von einem grundlegenden Wandel oder einer Umkehr sein. Der Krenl-Chef wolle die sowjetische Machtposition in Osteuropa keineswegs verringern, sondern sie durch moderne Methoden festigen und ausbauen. Er wisse - im Gegensatz zu manchen anderen führenden Sowjetfunktionären -, daß man auf Bajonetten oder Panzern allein nicht sitzen könne. Die Erneuerung des bisherigen Ministerpräsidenten der baltischen Sowjetrepublik, Aksenow, zum Botschafter in Warschau zeige überdies, daß sich Andropow der Zusammenhänge zwischen dem „na-

tionalen Problem“ Osteuropa und der Nationalitätenfrage im eigenen Lande bewußt sei (in diesem Falle: des Zusammenhanges zwischen der polnischen und der weißrussisch-ukrainischen Problematik). Ob aber Andropow die Kraft finde, sein Konzept gegenüber der starren sowjetischen Partei- und Militärbürokratie durchzusetzen, wird von diesen osteuropäischen Gesprächspartnern zumindest bezweifelt.

Zur Zeit die schwerste Krise seit der Entstalinisierung

Kein Zweifel besteht allerdings daran, daß das sowjetische Herrschaftssystem in den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR zur Zeit seine schwerste Krise seit den Jahren der Entstalinisierung und der Konvolutionen von 1956 durchmacht. Die Sowjetunion habe diesen Ländern keine Perspektive mehr zu bieten - weder ideologisch, noch machtpolitisch, noch wirtschaftlich. Die Drohung mit der Stationierung neuer Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen habe die politischen Führungskräfte und die Bevölkerung dieser Länder - betroffen sind die DDR, die CSSR, Ungarn, eventuell auch Rumänien - aufgeschreckt und verunsichert. Dies bringe, so heißt es, den Sowjets nicht mehr Sicherheit, dafür aber zusätzliche politische Unsicherheit für die kleineren kommunistischen Staaten.

„Osten werde auf lange Sicht eine „offene Wunde“ für die Sowjets bleiben. Andropow wolle Osteuropa in gewissem Sinne „magyarisieren“, indem er das ungarische Modell - das als einziges bisher politisch und ökonomisch halbwegs erfolgreich war - auch den anderen Volksdemokratien empfehle.

Das alles sehe aber bisher nicht nach einer grundlegenden „Wende“ aus. Manchmal, so die osteuropäischen Gesprächspartner, habe man den Eindruck, daß es im Krenl-Kreis gebe, Andropow in den Arm zu nehmen oder sich „seine Beine hängen“, sobald er einen Schritt nach vorne gehen wolle.

Daß die Sowjets in der deutschen Frage irgendeinen großen Schritt planen könnten, scheint demnach unvorstellbar - vor allem, solange die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht geklärt seien. Fazit des osteuropäischen Beobachters: „Wir sehen zwar, daß sich unter der Decke des realen Sozialismus etwas bewegt - aber wer es ist und in welche Richtung das alles geht, können wir einschätzen nur vermuten. Die Sowjetunion ist überdies ein sehr schwerfälliges Gebilde und schon deshalb für kurzfristige Kurswechsel nicht geeignet.“

Wahlen in Nigeria. Shagari setzt auf Sieg

Von B. RÜTTEN

Alhaji Aliyu Shehu Shagari tadelt milde die versammelten Würdenträger, die ihn am Flughafen erwarteten. Er sei als Wahlkämpfer und nicht als Präsident gekommen. Deshalb hätten sie ihm keinen solchen Empfang bereiten sollen. Die staatstragende Presse Nigerias kolportierte die Begebenheit, um sich einmütig in der Schlussfolgerung zu treffen: „Shehu ist die Verkörperung der Sanftmut und Bescheidenheit“.

Mit Sanftmut und Bescheidenheit hat der nigerianische Präsident sein Gegenüber gelegentlich in Verlegenheit gebracht. So ehrte er den für seine scharfe Zunge und brillanten intellektuellen Oppositionspolitiker Awolowo mit dem höchsten Orden des Landes und mit einem Staatsbankett. Den früheren Biafra-Führer Ojukwu amnestierte er. Zum Dank trat dieser in die Regierungspartei ein.

Vor vier Jahren ist Nigeria nach 13jähriger Militärdiktatur zur Demokratie zurückgekehrt. Morgen finden Präsidentenwahlen statt, denen Gouverneure, Senats- und Repräsentantenhauswahlen folgen sollen. Präsident Shagari, der die Wahlen 1979 mit knapp 34 Prozent gewann, hat nach Ansicht politischer Beobachter gute Aussichten, die Abstim-

mung auch jetzt für sich zu entscheiden. Seine Partei, die National Party of Nigeria, gibt sich jedenfalls optimistisch. Von den Herausforderern Shagaris haben nur Obafemi Awolowo von der Unity Party of Nigeria und Nnamdi Azikiwe von der Nigerian People's Party eine Chance, Shagari in eine zweite Runde zu zwingen.

Im Wahlkampf stritten die Politiker kaum mit Programmen oder

stellte sich schmerzhaft heraus, daß es Shagari trotz der Warnungen seines Gegners Awolowo verstanden hatte, die Wirtschaft des Landes aus der Abhängigkeit von den Erdöleinnahmen zu befreien.

Vor dem Hintergrund anhaltender Landflucht nimmt der Zwang zu, mehr Lebensmittel zu importieren. Da Devisen aber knapp sind, kommt es zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung. Die ständig anschwellenden städtischen Massen, die in der Hoffnung auf ein paar Brosamen vom „nationalen Kuchen“ lange Zeit Korruption und Nepotismus im Kleinen mitzuspüren versucht haben, laufen nun Gefahr, leichte Beute radikaler Linksideologen zu werden, die zu Recht die katastrophale Miswirtschaft und die ungleiche Verteilung des Volksvermögens anprangern.

Mit nähereckenden Wahlterminen häufen sich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Regierung und der Oppositionsparteien. Politische Killer, deren unheilvolles Wirken 1966 zum Sturz der ersten Republik und zur Übernahme der Herrschaft durch das Militär geführt hatte, treiben wieder ihr Unwesen. Hunderte von Nigerianern sind ihnen seit Beginn des Wahlkampfes zum Opfer gefallen.

Angeht es der allgemeinen Ver-

rohung der Sitten und der immer noch steigenden Kriminalität hatte Shagari schon 1982 ein „Komitee zur ethischen Neuorientierung“ eingesetzt, das die Ursachen des Sittenverfalls erforschen und Vorschläge zur moralischen Wiederaufbauarbeiten soll. Dabei ist für jeden Betrachter klar, daß die Regierung selbst in ihrem Bestreben, sich als selbsternannte afrikanische Führungsmacht zu profilieren, ein Beispiel für Großmännlichkeit und Impioniergehalt gesetzt hat. Sie verpulverte Ölmilliarden für sinnlose Prestigeobjekte, stattete ihre Botschafter im Ausland mit Mercedes 500 SEL aus, und sie duldet Korruption in den eigenen Reihen.

Als die Wirtschaft schließlich hoffnungslos zertrübt war, scheute sich die Regierung nicht, die Schuld an den ghanaischen Gastarbeitern zu geben und die traditionelle afrikanische Humanität mit Füßen zu treten: Millionen wurden unter entwürdigenden Umständen des Landes verwiesen.

So steht zu befürchten, daß die Regierung auch bei den Wahlen die Kontrolle des Machtapparates für ihre Zwecke ausnützt. Schon 1979 war es zu Wahlfälschungen gekommen. In den Hochburgen der Oppositionsparteien gab es am Wahltag plötzlich keine Wahlzettel mehr.

Washington schickt Berater nach Tschad

DW, N'Djamena

Zur Unterstützung der von Reuben benbrüggen Regierung des tschadischen Präsidenten Hissène Habré haben die USA mehrere Militärberater in die Hauptstadt N'Djamena geschickt. Außerdem wurden zwei amerikanische Frühwarnflugzeuge vom Typ Awacs nach Ägypten beordert, von wo aus sie vermutlich die Bewegungen der libyschen Luftwaffe überwachen sollen. Der Flugzeugträger „Coral Sea“, der zur Teilnahme an Manövern in der Karibik eingeteilt ist, soll für weitere zwei bis drei Tage im Mittelmeer bleiben.

Wie aus Kreisen des Verteidigungsministeriums in Washington verlautete, sollen die amerikanischen Militärberater französische Militärs im Umgang mit den von Washington gelieferten Flugabwehraketen „Redeye“ und „Stinger“ unterweisen. Diese wiederum sollen dann tschadische Regimentskommandanten in der relativ einfachen zu handhabenden Raketen ausbilden. Wie es hieß, werden die Amerikaner schon in einigen Tagen wieder Tschad verlassen.

Die zwei in Ägypten gelandeten Frühwarnflugzeuge gehören zu einem größeren Awacs-Kontingents, das an den amerikanischen-ägyptischen Manövern „Bright Star“ später im August teilnehmen soll. Die Maschinen sollen wegen der wachsenden Beunruhigung der US-Regierung über das Eingreifen der libyschen Luftwaffe in den Bürgerkrieg schon vorzeitig entsandt worden. Am Montag war es im Luftraum über der Großen Syrte zu einem Zwischenfall zwischen zwei amerikanischen F-14-Jagdflugzeugen des Flugzeugträgers „Eisenhower“ und zwei libyschen MiG-23 gekommen.

Das neue Produktivitätsabkommen schließt eine höhere Rotationsgeschwindigkeit ein, so daß die Tagesauflage erhöht werden könnte. Außerdem geht es um die Einführung neuer Drucktechnologien, vor allem im Bereich des Farbdrucks.

Ein Sprecher der Zeitung sagte, keine Seite könne von einem Sieg sprechen, da die Zeitung zehn Millionen Pfund eingebüßt habe und die Mitarbeiter Bezüge in Höhe von 1,2 Millionen Pfund entgangen seien. Noch vor zwei Tagen hatte der Verwaltungsratsvorsitzende der „Financial Times“, Alan Hare, gewarnt, daß mit Entlassungen bei den insgesamt 1400 Mitarbeitern begonnen werden müsse, falls es bis zum Ende der Woche zu keiner Einigung komme.

Schon vorher waren von der Geschäftsleitung immer wieder Überlegungen angestellt worden, wie das Blatt trotz des Ausstands der streikenden NGA-Mitglieder gedruckt werden könnte. So trug man an die Sogot '83 mit der Überlegung heran, die NGA auszuschalten. Doch dies führte nur Drohung der NGA-Spitze, die gesamte Fleet Street zu schließen.

Streik bei „Financial Times“ beendet

WILHELM FURLER, London

Nach einer mehr als zweimonatigen Zwangspause wird die britische Zeitung „Financial Times“ am Montag wieder zu haben sein. Am 31. Mai war das Blatt zum letzten Mal erschienen, bevor ein Ausstand von 24 Druckmaschinen die Produktion lahmgelegt hatte.

Seither hat die nicht nur in Wirtschaftskreisen bitterlich vermisste „Financial Times“, deren tägliche Auflage vor Streikbeginn bei gut 200 000 Exemplaren lag und die in Frankfurt weitere 45 000 Exemplare drucken ließ, einen Einnahmeverlust von schätzungsweise mehr als 40 Millionen Mark hinnehmen müssen. Wie lange es dauern wird, bis die alte Leserschaft wieder vollständig zurückgewonnen sein wird, ist eine andere Frage.

Der Ausstand bei dem rosafarbenen Informations- und Meinungsbildner, dessen Werbeslogan „No. 1“ so konsequent sich so ironisch bewährte, bestätigte wieder einmal zwei Dinge: die erheblichen Nachteile des britischen Wirtschaftssystems mit seiner Vielzahl von Einzelgewerkschaften sowie die Wild-West-Manieren, die in Londons Fleet Street vorherrschen.

Ursprünglich waren nur 24 Druckmaschinen-Aufseher in den Streik getreten, darunter übrigens lediglich acht Ganzzeit-Beschäftigte. Diese Maschinen-Aufseher gehörten einer anderen Gewerkschaft, der National Graphical Association

(NGA), zu als die eigentlichen Druckmaschinen-Arbeiter, die in der Drucker-Gewerkschaft Sogot '82 zusammengeschlossen sind.

Schon seit Jahren versucht das Management der „Financial Times“, für alle an den Druck- und Rotationsmaschinen beschäftigten Mitarbeiter einen einheitlichen Tarifvertrag auszuhandeln. Die grundsätzliche von beiden Gewerkschaften zugesagte Bereitschaft dazu ist zwar von Sogot '82 eingehalten worden, mit der sich die Gewerkschaften auf ein neues Lohn- und Produktivitätsabkommen geeinigt hat. Doch die 24 NGA-Mitglieder weigerten sich plötzlich wieder, ebenfalls das Abkommen zu unterzeichnen. Sie bestanden darauf, daß das traditionelle Lohngefälle zwischen beiden Gruppen zu ihren Gunsten beibehalten werden müßte.

Entsprechend forderten sie einen Lohnzuschlag von 18 Pfund auf 322 Pfund pro Woche oder 32 Arbeitsstunden. Das wären umgerechnet 1390 Mark. Das Grossteil dabei ist, daß der größte Teil gerade der relativ hochbezahlten Streikenden durch zusätzliche Arbeit bei anderen Fleet-Street-Zeitungen das Gesamtlohnkommen nicht unerheblich erhöht, angeblich um mindestens weitere 120 Pfund pro Woche.

Das Management der „Financial Times“ bezichtigte sie, ähnliche Streikaktionen schon früher auch bei anderen Zeitungen vom Zaun

gebrochen zu haben, weil diese „Unruheherde“ durch einen Ausstand kaum Einbußen in ihrem Lebensstandard hinnehmen hätten. Auch die von beiden Seiten herangezogene unabhängige Schlichtungskommission hatte empfohlen, die Streikenden sollten ihre Arbeit wieder aufnehmen, ohne daß ihnen mehr als vor dem Ausstand bezahlt würde.

Die Führung der NGA-Gewerkschaft und ihre in den Sympathiestreik getretenen 70 Mitglieder bei der „Financial Times“ setzten sich auch über diese Empfehlung hinweg, die sogar vom Generalrat des Gewerkschaftsverbandes TUC befürwortet wurde. Noch am Mittwoch hatte die TUC-Spitze gedroht, die NGA aus der Gewerkschaftsorganisation auszuschließen, falls sie sich weiterhin weigere, die formale Empfehlung zu akzeptieren. Diese vom TUC-Generalsekretär Len Murray ausgesprochene Drohung ist jetzt nach der zwischen den NGA-Funktionären und dem „Financial Times“-Management ausgehandelten Einigungsformel zurückgezogen worden.

Denach erhalten die 18 Druckmaschinen-Aufseher unverzüglich sieben Pfund pro Woche zusätzlich zu ihren bisherigen Bezügen und weitere sechs Pfund pro Woche, falls sie sich innerhalb der nächsten 14 Tage auf das vom Manage-

ment angestrebte gemeinsame Produktivitätsabkommen für alle in der Rotation beschäftigten Mitarbeiter einigen. Dies ist der Geschäftsführung angeblich bereits zugesagt worden.

Das neue Produktivitätsabkommen schließt eine höhere Rotationsgeschwindigkeit ein, so daß die Tagesauflage erhöht werden könnte. Außerdem geht es um die Einführung neuer Drucktechnologien, vor allem im Bereich des Farbdrucks.

Ein Sprecher der Zeitung sagte, keine Seite könne von einem Sieg sprechen, da die Zeitung zehn Millionen Pfund eingebüßt habe und die Mitarbeiter Bezüge in Höhe von 1,2 Millionen Pfund entgangen seien. Noch vor zwei Tagen hatte der Verwaltungsratsvorsitzende der „Financial Times“, Alan Hare, gewarnt, daß mit Entlassungen bei den insgesamt 1400 Mitarbeitern begonnen werden müsse, falls es bis zum Ende der Woche zu keiner Einigung komme.

Schon vorher waren von der Geschäftsleitung immer wieder Überlegungen angestellt worden, wie das Blatt trotz des Ausstands der streikenden NGA-Mitglieder gedruckt werden könnte. So trug man an die Sogot '83 mit der Überlegung heran, die NGA auszuschalten. Doch dies führte nur Drohung der NGA-Spitze, die gesamte Fleet Street zu schließen.

SEL 1982: Wegbereiter für neue Technologien

Die modernen Technologien, die sich schnell verändern und im internationalen Wettbewerb immer offener werdenden Märkte, vor allem aber die wachsenden Anspruchshorizonte unserer Kunden lassen nur die Unternehmen überleben, die eigene Leistungen und eigenes Know-how bieten können, das sich im weltweiten Vergleich messen läßt.

Mit außerordentlich hohem Aufwand an Forschung und Entwicklung und sorgfältiger strategischer Planung konzentrieren wir uns darauf, SEL zu einem Unternehmen zu machen, das mit eigener Leistung diesen Wettbewerb im internationalen Maßstab bestehen kann.“ Dr. Helmut Lohr, Vorstandsvorsitzender der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), auf der Jahreshauptversammlung am 1. Juli 1983.

Mit der Errichtung einer Glasfaservernetzung wurde ein Meilenstein zur Erprobung optoelek-

tronischer Nachrichtensysteme gesetzt.

Als Wegbereiter für neue Technologien fungierte SEL auch im Bereich Private Kommunikationssysteme und in der Unterhaltungselektronik. Beim Feldversuch „Bildschirmtext im Postgiro“ bewährten sich unsere öffentlichen Bildschirmtext-Terminals. SEL stellte als erstes Unternehmen der Welt ein serienreifes Farbfernsehgerät mit digitaler Signalverarbeitung vor. Insgesamt wurden 429 Mio DM für Forschung und Entwicklung aufgewendet, das sind über 10 % vom Gesamtumsatz oder pro Arbeitstag 1,7 Mio DM.

Umsatz erstmals über 4 Mrd DM

Der Gesamtumsatz der SEL-Gruppe stieg um 8,7 % auf 4.153 Mrd DM. Davon entfielen 3.103 Mrd DM auf das um 7,7 % gewachsene Inlandsgeschäft und 1.050 Mrd DM auf den Export, der mit 11,7 % überdurchschnittlich zunahm. Dadurch erhöhte sich der Exportanteil am Gesamtumsatz von 24,6 % auf 25,3 %.

„System 12“ in erfolgreichem Präsentationsbetrieb

Die Deutsche Bundespost wird in den nächsten Jahren die digitale Fernsprechtechnik in ihrem Netz einführen. SEL hat hierfür „System 12“ entwickelt, von dem wir bereits heute sagen können, daß es als universelles Vermittlungssystem der Zukunft für die integrierte Übertragung von Sprache, Text, Daten und Festbild weltweit an der Spitze der Technologie steht. Es wird der Kern vieler weiterer, erfolgversprechender Produktentwicklungen sein und uns mit Sicherheit in die nächsten Jahrzehnte begleiten.

Die erste Bewährungsprobe hat „System 12“ bestanden. Zwei Fernvermittlungstellen des „System 12“ wurden über einen Zeitraum von zwölf Monaten erfolgreich im Netz der Deutschen Bundespost betrieben.

Kostenstruktur nachhaltig verbessert

SEL hat die bisher getrennt voneinander arbeitenden Bereiche der öffentlichen und privaten Nachrichtentechnik organisatorisch zusammengefaßt. Diese Straffung in der Unternehmensgruppe Nachrichtentechnik trägt der fortschreitenden Angleichung der Technologien Rechnung und führt zu einer engeren Verzahnung in Forschung und Entwicklung sowie in der Fertigung verwandter Produkte. Dadurch wird die Kostenstruktur nachhaltig verbessert.

Besserer Ertrag - Gewinnverwendung

Die anhaltende Konjunkturschwäche im In- und Ausland führte zu abnehmender Kapazitätsauslastung in einigen unserer Werke und engte den Spielraum für Ertragsverbesserungen ein. Dennoch konnte der Jahresüberschuß mit 27,9 Mio DM gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Unter Einbeziehung eines Gewinnvorrats von 1,2 Mio DM errechnet sich ein Bilanzgewinn von 29,1 Mio DM. Abgestimmte Aktionäre erhalten die garantierte Dividende von 21 %, die Mehrheitsaktionäre International Standard Electric Corporation 5 %.

Was wir geleistet haben

Zum Jahresabschluß 1982 der Standard Elektrik Lorenz AG



Multichip-IC Schaltungen für Anwendungen in der Raumfahrt.

Auslandsgeschäft trägt Umsatzzunahme im laufenden Jahr

Der Umsatz der SEL-Gruppe stieg im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4,9 % auf 1.763 Mrd DM. Daran war das Auslandsgeschäft mit einem Zuwachs von 25,4 % auf 523 Mio DM erneut überproportional beteiligt. Zu diesem kräftigen Exportanstieg haben alle drei Unter-

nehmensgruppen - Nachrichtentechnik, Audio Video Elektronik und Bauelemente - beigetragen.

Zusammenfassend erklärte Dr. Lohr: „SEL nimmt heute eine anerkannte und geschätzte Position bei der Entwicklung und Anwendung von Spitzentechnologien in der Nachrichtentechnik ein. Wir werden auf diesem Weg weiter vorangehen und unsere Position als führendes Unternehmen der Kommunikationstechnik ausbauen.“

Standard Elektrik Lorenz AG
Helmut-Hirth-Straße 42
7000 Stuttgart 40 (Zuffenhausen)



Auszug aus dem Jahresabschluß 1982 der SEL AG (in Mio DM)

Aktiva	1982	1981	1982	1981
Sachanlagen	432	418	Umsatzerlöse	3.645 3.344
Finanzanlagen	166	162	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-57 +108
Vorräte	815	959	Gesamtleistung	3.588 3.452
Umlaufvermögen	500	469	Stoffaufwand, bezogene Waren	1.434 1.395
Gesamtvermögen	1.913	2.008	Rohrertrag	2.154 2.057
Passiva			Übrige Erträge	168 151
Eigenkapital	626	617		2.322 2.208
Langfristiges Fremdkapital	337	358		
Andere Rückstellungen	179	128	Personalaufwand Abschreibungen auf Sachanlagen	1.598 1.526
Mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	771	905	Steuern	112 100
Gesamtkapital	1.913	2.008	Übrige Aufwendungen	45 49

Der Geschäftsbericht mit dem ungekürzten Jahresabschluß kann bei den Kreditinstituten oder direkt bei der Standard Elektrik Lorenz AG, Postfach 400749, 7000 Stuttgart 40, angefordert werden.

Der vollständige Jahresabschluß, der vom Abschlußprüfer mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde, sowie der Beschluß der Hauptversammlung vom 1. Juli 1983 über die Gewinnverwendung werden im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Lohse zieht in Vancouver Zwischenbilanz

epd/dpa, Vancouver. Eine positive Zwischenbilanz über den bisherigen Verlauf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver hat der Ratssitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Bischof Eduard Lohse (Hannover), gezogen.

Lohse, der die westdeutsche Delegation leitete, hob in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst hervor, es gebe jetzt im Welt-Rat einen breiten Grundkonsens darüber, daß Glauben und Handeln sichtbar aufeinander bezogen sein müßten. Die wachsende Einsicht, daß die Einheit der Kirche höchste Priorität für den Rat haben müsse, sei mit dem Bewußtsein verbunden, daß die Einheit nicht nur für die Kirchen selbst wichtig sei, sondern Voraussetzung für ihr politisches Handeln zur Lösung der drängenden Weltprobleme vor allem in Fragen der Abrüstung und des Einsatzes für Gerechtigkeit.

Der internationale bekannte Evangelische Waldorf Scott, ein führendes Mitglied der Presbyterianischen Kirche in den USA, bekräftigte demgegenüber auf einer Pressekonferenz in Vancouver, daß der ÖRK an die weltweiten Probleme der Verletzung der Menschenrechte auf „unausgewogene Weise herangeht“. Er wies darauf hin, daß Menschenrechtsverletzungen in mangelhaften Ländern nicht in der gleichen öffentlichen Weise auf den Protest des ÖRK stießen wie die Menschenrechtsverletzungen in den westlichen Ländern.

Zwei deutsche Theologen sind für Führungspositionen im Weltkirchenrat nominiert worden: der Vorsitzende des Evangelischen Kirchenbundes der DDR, der sächsische Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), der einer der Präsidenten des Weltrates werden soll und Professor Günther Gassmann (Genf), der die Nachfolge des Amerikaners William Lazareth in der Leitung der theologischen Abteilung „Glaube und Zeugnis“ voraussichtlich übernehmen wird.

Massenprozeß gegen Terroristen beendet

SAD/AP, Belfast. Im längsten, teuersten und umstrittensten Terroristenprozeß in der nordirischen Justizgeschichte werden voraussichtlich heute in Belfast die Strafen verkündet. Von den ursprünglich 38 angeklagten Männern und Frauen sind 35 schuldig gesprochen worden. Die 130 Anklagepunkte reichen von Mitgliedschaft in einer Terrororganisation über Beihilfe zum Verbrechen und Geiselnahme bis zum Mord.

Wegen der Gefahr von Racheanschlägen hatten ständig zwei Scharfschützen und 80 bewaffnete Polizisten im Gerichtssaal gewacht. 50 weitere waren vor dem Gebäude postiert. Richter Basil Kelly trug eine kugelsichere Weste.

Die Justizbehörden waren der 38 Männer und Frauen habhaft geworden, nachdem das im November 1981 verhaftete IRA-Mitglied Christopher Black seine Kampfgeliebte sowie britische Einzelkämpfer über die Aktivitäten der IRA verraten hatte. Black wurde Straffreiheit gewährt, und er und seine Familie konnten mit Hilfe der Justizbehörden im Ausland untertauchen.

Wie gefährdet Polizeiformanten sind, zeigte sich jetzt wieder am Beispiel des festgenommenen Untergrundorganisation Irish National Liberation Army (INLA). Harry Kirkpatrick, dem von der INLA vorgeworfen wird, belastende Aussagen gegen 16 seiner ehemaligen Mitkämpfer gemacht zu haben.

Kommandos der Separatistenorganisation verschleppten Kirkpatrick Eltern und seine Schwester in der Republik Irland. In einem Gestern in Belfast veröffentlichten Kommuniqué drohten sie mit der Ermordung ihrer Geiseln, falls Kirkpatrick seine Aussagen nicht widerrufen.

Sowjetische Gebirgsjäger

gko, München. Die höchst ungünstigen Ergebnisse der sowjetischen Kriegsführung in Afghanistan haben die Sowjets zu dem Entschluß geführt, eine intensive Gebirgskampfausbildung in der Infanterie durchzuführen und bei Teilen ihrer Landstreitkräfte Gebirgsjägerregimenten aufzustellen. Spezialisten ausgebildet werden für die Einheiten im Kaukasus im Aufbau. Das ist Ergebnis aus der Sowjetunion zu entnehmen.

Eine informelle Bestätigung dieser Informationen ist ein Artikel der sowjetischen Parteizeitung „Pravda“ zu entnehmen, in dem von „Gebirgsinfanterie“ die Rede war. Weiter hieß es: „Wir müssen in der Lage sein, unsere Grenzen wirkungsvoll mit Erfahrung und in jeder Art von Gelände zu verteidigen.“

Ein Schwerpunkt bei der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften scheinen dabei die Erfahrungen der Gebirgsjägertruppe der deutschen Bundeswehr zu sein. Das ist einer Analyse der sowjetischen Militärzeitschrift „Wojsnii Westnik“ (Kriegskurier) zu entnehmen. Nachdem seit Anfang des Jahres immer mehr Beiträge in dem vor allem für Offiziere bestimmten Blatt erschienen waren, die sich mit der Kampfführung im Gebirge befassen, enthielt die Mai-Ausgabe nicht weniger als elf Beiträge zu diesem Thema einschließlich eines dreiseitigen Leitartikels.

Jugend: Wenig Politik-Interesse

Infratest-Umfrage verzeichnet mit dem Alter wachsende Anteilnahme / Bild der „DDR“

BERNT CONRAD, Bonn. Das politische Interesse der 14 bis 21 Jahre alten Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland ist deutlich geringer als das der Erwachsenen. Dies geht aus einer im Auftrag des Bundesministeriums für innere deutsche Beziehungen durchgeführten repräsentativen Umfrage der Infratest-Medienforschung GmbH hervor (s.a. WELT vom 4.8.1983). Danach interessiert sich 44 Prozent der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren, aber nur 20 Prozent der jungen Menschen „stark oder sehr stark“ für die aktuellen Ereignisse aus der Politik und dem öffentlichen Leben.

Mit zunehmendem Alter steigt die politische Anteilnahme der Jugendlichen. Das sieht man daran, daß von den 14- bis 15jährigen nur zwölf Prozent, von den 20- bis 21jährigen aber immerhin 28 Prozent politisches Interesse zeigten. Das innere deutsche Ministerium bezeichnet dies als einen „Reifungsprozeß im Gesamtzusammenhang der Persönlichkeitsbildung junger Menschen“. Generell gilt, daß sich männliche Jugendliche wesentlich stärker mit Politik beschäftigen als weibliche. So interessieren sich von den Jungen zwischen 14 und 21 Jahren 28 Prozent, von den Mädchen aber 40 Prozent „überhaupt nicht“ für Politik.

Interessante Einblicke

Bemerkenswertweise schnitten die beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD bei der Jugend-Umfrage, die schon vor zwei Jahren angestellt worden ist, gleich gut ab. Für beide Parteien entschieden sich je 26 Prozent der Jugendlichen, während die FDP auf neun Prozent, die Grünen und Alternativen auf 16 Prozent kamen. 21 Prozent machten keine Angaben.

Auffallend ist, daß die Sympathien für die Grünen nach einem Ansteigen bei den 16- bis 19jährigen in der Altersstufe zwischen 20 und 21 Jahren einen Tiefstand von 13 Prozent erreichten. Hingegen konnte die CDU/CSU bei den 20- bis 21jährigen mit 28 Prozent die meisten Sympathien erzielen. Als relativ hoch erwies sich die Bereit-

schaft der Jugendlichen, „jemanden einmal Mitglied einer politischen Partei zu werden“. Dazu bekannten sich 27 Prozent der Befragten – das sind mehr als jene 20 Prozent, die starkes politisches Interesse äußerten. Allerdings waren nur vier Prozent der Jugendlichen schon Mitglied einer Partei. 42 Prozent hingegen gehörten einem Turn- oder Sportverein an.

Interessante Einblicke in die persönliche Einstellung der jungen Menschen gewähren die Antworten auf die Frage, welche Eigenschaften eher für die Bevölkerung in der „DDR“ oder für die Bevölkerung in der Bundesrepublik zutreffen. Zwar glaubte die Mehrzahl der Befragten in den meisten Bereichen keine wesentlichen Unterschiede feststellen zu können. Unverkennbar aber zeichnen sich die Menschen in der „DDR“ nach überwiegender Einschätzung durch besondere Disziplin und Bescheidenheit aus.

Demgegenüber werden Selbstbewußtsein und Konsumorientiertheit als wichtige Merkmale für die Bewohner der Bundesrepublik herausgestellt. Aber auch eine „positive Grundhaltung gegenüber dem eigenen Staat“ sehen die Jugendlichen primär im Westen als gegeben an. „Insgesamt gesehen, trägt das Charakterbild der DDR-Bewohner in der Vorstellung der befragten Jugendlichen menschlich wertvolle, man möchte sagen eher konservativ wirkende Züge“, kommentiert das innere deutsche Ministerium.

Daß die Jugendlichen die Verhältnisse in der „DDR“ aber durchaus realistisch einschätzen und daß sie zwischen den Menschen und dem Regime zu unterscheiden wissen, beweisen die Antworten auf die Frage nach einem Vergleich der Lebensbedingungen in den beiden Staaten in Deutschland. Unter 21 vorgegebenen Auswahlmöglichkeiten haben die Befragten nur in zwei Kategorien („Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander“ und „Sicherheit des Arbeitsplatzes“) der „DDR“ den Vorrang vor den Gegebenheiten in der Bundesrepublik eingeräumt.

Mit sehr großem Vorsprung führt die Bundesrepublik in den Augen der jungen Menschen vor-

allem in den Bereichen „allgemeines Lebensgefühl“, „Löhne und Gehälter im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten“, „individuelle Entfaltungsmöglichkeiten“, „Rechtssicherheit“, „Möglichkeit, politische Entscheidungen zu beeinflussen“, „Versorgung mit Waren“ und „freie Meinungsäußerung, freie Kritik“.

Auch die Wohnbedingungen, die Freizeitgestaltung, die medizinische Versorgung, die soziale Alterssicherung und die Arbeitsbedingungen sind in den Augen der Befragten in der Bundesrepublik weit besser als in der „DDR“. Das bedeutet, das Bild, das sich die Jugendlichen von der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen Teil Deutschlands machen, ist ausgezeichnet. Das gilt sogar für sensible Fragen wie Umweltschutz und die gerechte Verteilung der Einkommen.

Skepsis überwog

Bei allen Fragen, die sich auf die „DDR“ und das gesamte deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl bezogen, zeigten jene Jugendlichen, die schon einmal in der „DDR“ gewesen waren, ein erheblich stärkeres Engagement. Tatsächlich aber mußten 72 Prozent der Befragten zugeben, daß sie weder die „DDR“ noch Ost-Berlin kannten. Von den Jugendlichen „DDR“-Reisenden hingegen äußerten 86 Prozent, daß sie einen Besuch in Mitteleuropa „nicht als eine Pflichtübung“ betrachten. Für 63 Prozent war eine „DDR“-Reise in erster Linie nicht Erholung und Urlaub in ganz normalem Sinne.

Bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ überwog unter den Jugendlichen die Skepsis. 57 Prozent der Befragten meinten, das Verhältnis werde so bleiben wie jetzt. 23 Prozent erwarteten eine Verschlechterung und 19 Prozent eine Verbesserung.

Bei der Frage nach größeren Städten in der „DDR“ konnte die Hälfte der Jugendlichen drei bis fünf Orte benennen. Elf Prozent hatten Danzig für eine Stadt in der „DDR“.

Front-Staaten engen Pressefreiheit ein

In Südafrika akkreditierte Journalisten dürfen nicht einreisen / Zimbabwe drängt

M. GERMANI, Johannesburg. Der Beschluß der Front-Staaten (Zimbabwe, Mosambik, Angola, Sambia, Botswana und Tansania), keinem in Südafrika akkreditierten Auslandskorrespondenten mehr die Einreise in eines der sechs Länder zu gestatten, ist die bisher schärfste Maßnahme gegen die Pressefreiheit in ganz Afrika. Bereits im vergangenen Jahr war die Bewegungsfreiheit von Journalisten in Zimbabwe stark eingeschränkt worden; sie durften sich nur noch in der Hauptstadt Harare und dort in einem Umkreis von 40 Kilometern frei bewegen.

Auch die Arbeit südafrikanischer Nachrichtenagenturen soll eingeschränkt und die jeweiligen Botschaften nur von einem Korrespondenten besetzt werden. Diesen Beschluß faßten die Informationsminister der sechs Länder auf einer Konferenz in Kadoma (Zimbabwe) mit der Begründung, daß in Südafrika „nationalistische Korrespondenten ein verzerrtes Bild der wirklichen Lage in Zimbabwe wiedergäben und die dortige Situation nur mit „von Südafrika rassistisch beeinflusstem Blick“ ansähen.“

Ziel dieses Arbeitsverbotes ist ganz offensichtlich, die westliche Presse zu zwingen, Nachrichtenbüros in einem der Front-Staaten zu eröffnen. Die Möglichkeiten, Journalisten zu beeinflussen, wären somit einfacher. Die meisten ausländischen Journalisten sind wegen besserer Flugverbindungen und der leichteren Einreise entweder in Johannesburg oder Pretoria tätig. Dazu kommt, daß das Leben in dem von Weißen regierten Südafrika angenehmer ist: Im Gegensatz zu den schwarzen afrikanischen Ländern gibt es keine Lebensmittelpenurie; importierte Güter sind überall erhältlich.

Eine Delegation der „Auslandskorrespondenten-Vereinigung im südlichen Afrika“ führte inzwischen in Harare Gespräche mit dem Direktor des Informationsministeriums, Justin Nyoka. Nach ihrer Rückkehr sagte ihr Sprecher, der Kadoma-Beschluß sei vor allem auf Drängen Zimbabwes gefaßt worden. Doch habe man Grund zu der Annahme, daß nicht alle Front-Staaten ihn so strikt wie Zimbabwe anwenden würden. Namentlich erwähnte er Botswana und

Mosambik. Erstes „Opfer“ der neuen Maßnahmen wurde ein BBC-Fernsehteam; es wurde aus Zimbabwe ausgewiesen. Ein anderes BBC-Team hatte im März zum ersten Mal weltweit über die Greuelen an der Zivilbevölkerung in Matabeleland berichtet, die die „Prätorianer Garde“ von Premierminister Robert Mugabe begangen hatte.

Ein anderes britisches Fernsehteam berichtete über neuerliche Morde an dem Volk der Matabele. Man sah verbrannte Dörfer und Massengräber. Der katholische Papst Wilson legte dem Verteidigungsminister Zimbabwes Sydney Sekeramayi, die eidesstattlichen Erklärungen und von Angewandten über Massenmorde vor. Darauf erwiderte dieser: „Warum berichten sie das nicht ihrem zuständigen parlamentarischen Vertreter, Joshua Nkomo?“ Nkomo war zu Beginn des Jahres nach London geflohen, aus Furcht, von Mugabes Truppen ermordet zu werden. Im Parlament von Harare wurde jetzt nach einer stürmischen Debatte ein Antrag auf Ausschluss Nkomos abgelehnt.

In Kanada wird für Sibirien geprobt

Proteste gegen Testflüge der Cruise Missiles / Trudeau fühlt sich den USA verpflichtet

A. v. KRUSENSTERN, Ottawa. Wenn alles so abläuft, wie die kanadische und die amerikanische Regierung es sich vorstellen, wird irgendwann im kommenden Januar ein Miniatur-Düsenflugzeug (Länge: 6,30 Meter, Spannweite: 3,80 Meter) im Tiefflug über den zugefrorenen „Fluß des Friedens“ im Norden Kanadas hinwegdonnern. Es beginnt die Erprobung der Cruise-Missile, ein Marschflugkörper (Cruise-Missile) in einer Landschaft, die dem Norden der Sowjetunion sehr ähnelt.

Diese Ähnlichkeit ist wichtig, auch der Grund, warum der Norden Kanadas für die Erprobung der Cruise-Missile ausgewählt wurde. Dies gilt besonders für den Winter, wenn die Tundra mit Schnee bedeckt und einödnig ist und somit als schwieriges Gelände gilt.

Im Kriegsfall soll diese technisch hochkomplexe Flugwaffe amerikanische Atomsprengeköpfe unter dem sowjetischen Radarhorizont zu Punktzielen tief in der Sowjetunion befördern. Im Computer des Flugkörpers ist eine elektronische „Landkarte“ gespeichert, nach der das Cruise-Missile in geringer Höhe über der Erdoberfläche einem vorprogrammierten Kurs folgt. Die Geländecharakteristika – Höhen, Täler, Flüsse – werden von einem Radar-Steuersystem ständig abgetastet und mit der elektronischen Karte verglichen. Bei Abweichungen nimmt das System automatische Kurs-Korrekturen vor.

Als US-Präsident Reagan im Dezember 1981 den kanadischen Premierminister Pierre Elliott Trudeau bat, die Erprobung amerikanischer „Waffensysteme“ im Norden Kanadas zu gestatten, erhob sich in der kanadischen Öffentlichkeit ein Sturm der Entrüstung, ob-

wohl Reagan den Ausdruck „Cruise-Missile“ sorgfältig vermieden hatte. „Wenn ein junges Mädchen abends ein Märchen ausführt, kommt sie sehr bald dahinter, was wirklich vorhat“, meinte ein Diplomat in Ottawa. In Vancouver protestierten 85 000 Menschen gegen das amerikanische Anstreben, und in den Großstädten im Osten zogen Zehntausende protestierend durch die Straßen.

Der sonst keineswegs rüstungsfreundliche Trudeau gab dem amerikanischen Ersuchen statt. Wenn Kanada weiterhin der NATO angehören wolle, sagte er, habe es keine andere Möglichkeit und wenn das atomwaffenfreie Kanada weiterhin unter dem amerikanischen nuklearen Schirm leben wolle, müsse es die Erprobung dieser Waffen hinnehmen. Bis auf einige Ausnahmen akzeptierte Trudeau diesen Beschluß. Die konservative Partei hatte sich von vornherein positiv dafür ausgesprochen, nur die sozialdemokratische orientierte Neue Demokratische Partei stemmte sich gegen die Entscheidung zugunsten der USA; aber ihr politischer Einfluß ist gering.

Eine Gallup-Umfrage ergab, daß 50 bis 52 Prozent der Kanadier die geplanten Versuche ablehnten, während 37 bis 40 Prozent sie befürworteten. Aber die Regierung glaubt, daß die Mehrheit der Bürger sie schließlich hinnehmen wird.

Jährlich sollen zwischen Januar und März etwa sechs Testflüge über der kanadischen Tundra stattfinden. Die Flugkörper, die dabei natürlich keine Atomsprengeköpfe an Bord haben, werden über dem Mackenzie-Delta an der Nordwestküste Kanadas von amerikani-

schen B-52-Bombern ausgetrennt. Unmittelbar danach springt das Strahltriebwerk der Flugkörper an, und die bis dahin eingefahrenen Tragflächen spreizen sich automatisch ab.

Unmittelbar über dem Erdboden und mit einer Geschwindigkeit von 1100 Kilometer pro Stunde beginnt dann der Flug in südöstlicher Richtung. Der Kurs führt über den Nordosten von British Columbia nach Alberta, wo der Flugkörper den „Fluß des Friedens“ kreuzt und schließlich an der Grenze zwischen Alberta und Saskatchewan auf einem 180 mal 65 Kilometer großen Schießplatz der kanadischen Armee und Luftwaffe sein Ziel erreicht.

Über dem Ziel setzt das Triebwerk aus, und das Cruise-Missile schwebt an einem Fallschirm zu Boden. Während des Fluges folgt ihr eine Boeing 707, die als elektronische Kommandozentrale ausgebaut ist, und von der aus der Flugkörper drahtlos gesteuert werden kann, falls dessen automatische Steuerung ausfällt oder Fehler macht.

Es handelt sich dabei keineswegs um die ersten Testflüge mit den Cruise-Missile. Bisher fanden mehr als hundert Probeversuche statt. Dabei wurden die Flugkörper von Flugzeugen, Schiffen und U-Booten im Pazifik gestartet. Sie erreichten Ziele in unbewohnten Gegenden in den US-Bundesstaaten Kalifornien, Nevada und Utah. Die zuständigen amerikanischen Techniker haben so viel Vertrauen in das automatische Steuerungssystem, daß sie die Flugkörper regelmäßig Kurs über die dichtbesiedelten Vororte und Nachbarorte nördlich von Los Angeles nehmen ließen. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verwirrung und Glauben

„Der Briefsteller“ WELT vom 28. Juli. Sehr geehrte Redaktion, ich habe Ihren heute erschienenen ausführlichen Bericht über die Münchner Pressekonferenz, in der Franz Josef Strauß über seine Ostland-Reise berichtet hat, mit größtem Interesse gelesen, denn ich bin selbst Mitteleuropäer, der seine Heimat Ende 1945 buchstäblich bei Nacht und Nebel hat verlassen müssen und seitdem hier in der Bundesrepublik zu leben genötigt ist.

Es war mir – und sicher nicht mir allein – von Anfang an klar, daß auch ein Franz Josef Strauß durch einen Besuch bei SED-Chef Honecker nichts Umwälzendes bewirken würde, sondern daß es zunächst erst einmal darauf ankam, den persönlichen Kontakt zwischen zwei so grundverschiedenen Männern herzustellen und damit die Voraussetzungen für weitere sinnvolle Kontakte zu schaffen, die geeignet sind, die allgemeine Verunsicherung zu lösen. Fürwahr ein steiniger Weg, dessen Begehung ungeheure Geduld erfordert.

Unser Mann aus Bayern hat gesagt und es muß nun dieser Staat eine angemessene Zeit für ihre Reife zugebilligt werden. Oder sollte es hier wirklich einfältige Leute geben, die geglaubt haben, Strauß gleich einem guten Onkel, der von einer Reise in ferne Länder zurückkommt, nun seiner erwartungsvoll staunenden Familie die mitgeteilten Geschenke vorzeigt und damit allseitigen hellen Jubel auslöst?

Ich bekenne mich hier zu den Bundesbürgern, die mit den bisher bekanntgewordenen Ergebnissen der Strauß-Reise durchaus zufrieden sind, weil sie aus ihrer langen Lebenserfahrung wissen, daß letzten Endes immer nur Beharrlichkeit und Geduld zum Ziel führen und daß auf den ersten Hieb noch kein Baum gefallen ist. Ich bin insofern mit Ihrem Kommentar nicht zufrieden.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Heinz Mörner,
Wolfsburg

Der Verfasser dieser Zuschrift traute seinen Augen nicht, als er den Kommentar las. Seit der „Wend“ gewohnt, alle politischen Aktivitäten der neuen Regierung von konservativen Journalisten wohlwollend zu sehen, erlebt er hier erstmalig einen Kontrapunkt. Ist das Mut, souveräne geistige Freiheit oder das spontane Engagement eines besonders standfesten Konservativen in der Deutschlandfrage? Wenn dem so ist, gratuliere ich Herrn Hertz-Eichenrode nachdrücklich.

Wenn westdeutsche Politiker „Reisen nach drüben“ unternehmen, sollte das streng privat geschehen. Bekommen diese Reisen doch politischen Charakter, geraten alle Politiker auf das berühmte „Glatteis“ oder laufen letztlich doch in eine Falle. Nach Brandt und Schmidt hat dies jetzt auch Herr Strauß erfahren; er muß kein Herumreden von wegen „Flexibilität“ usw. Solange er von Hause aus dem „Kumpel Anton aus Neunkir-

chen“ die Leviten las, war alles in Ordnung. Sobald er aber auf die Reise ging und „Annäherung durch Anbiederung“ suchte, war es vorbei mit der Grundsatztreue in Verbindung mit der Flexibilität, die hier nur einen ganz geringen Spielraum hat.

Die vier Einwände von Herrn Hertz-Eichenrode jedenfalls wegen sehr, sehr schwer. Westdeutsche Politiker der etablierten Parteien lernen es nicht; jetzt hat es auch F. J. Strauß erwirkt. Oder sollten die Kernpunkte (Schießbefehl, Zwangsumtausch, Reisefreiheit) aus „taktischen Erwägungen“ zeitverschieben werden? Durch die zu hohen Erwartungen an den Milliarden-Kredit und den Besuch entstanden Irritationen, denen wiederum Enttäuschungen folgten. Geblieben ist die „bargeldlose Hoffnung“!

Nach den entwürdigenden Besuchen westdeutscher Politiker drüben hält man Ausschau nach anderen Vorbildern. Der Verfasser erkennt sie in der preußischen Geschichte. Wie wohlwollend wäre es für alle Patrioten und Konservativen in unserem Land, wenn es wenigstens einen Politiker gäbe, der, wenn schon Geld gegen Menschen, diese „Menschenverächter“ an „ihre Mauer“ kommen ließe, sich aus Scham bei Nacht mit ihnen trübe und den ekelhaften Handel auf einer „sicheren Geschäftsbasis“ abwickelte. Wenn die politische Meute hierzulande auch klüfte, würde die Bevölkerung hüben und drüben über den Tag hinaus die Grundsatztreue einer solchen Haltung als „echte Verbundenheit mit unseren Landsleuten“ schließlich erkennen und würdigen.

Heinrich Sattler,
Mitglied des Preussischen
Landtags
Duisburg 14

Ich verstehe die WELT nicht mehr! Auch Sie stimmen ein in das Klage- und Mißtrauensgespräch Franz Josef Strauß. Kann sich der Mann denn überhaupt nicht mehr rühren, ohne daß ihm alles schwarz ausgelegt wird? Und das auch von Ihnen!

Warum interpretieren Sie nun ebenfalls etwas in die Ost-Reise von Strauß hinein, was nicht den Tatsachen entspricht? Was ist los bei Ihnen. Ich bin enttäuscht. Haben Sie eigentlich nicht die Interviews von Strauß verfolgt, in denen er mehr als einmal deutlich gesagt hat, daß seine innere Einstellung keinen Millimeter verändert sei gegenüber der Ostfrage. Wenn er jetzt andere Mittel verwendet (was er auch betonte), so wird ihm das gleich schief ausgelegt. Und er kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein (wie heute in Ihrem Blatt zu lesen), daß Strauß nun dieselbe Politik mache wie vordem seine linken Vorgänger in der Regierung!

FJS gibt keineswegs nach, er will eine Bresche finden. Stören Sie ihn doch bitte nicht in seinem Bemühen.

Karl Scheffold,
Merzhausen

Richterstaat?

„Das Rechte nicht gewir“ WELT vom 29. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, die Stellung des Richters ist gleich der des Berufsbeamten ein fiktives. Dabei ist der Richter-Beruf ein Job wie jeder andere auch, nur daß er vom monarchistischen Tabu der sogenannten Unabhängigkeit heute noch begünstigt wird.

Die Gegner des Bonner Staates haben jetzt die Spitzen der Gerichte erreicht und werden genauso binnen kurzer Zeit sie ebenso einseitig politisieren wie die Medien.

Wie lange noch wollen die Parteien darüber hinwegsehen, daß aus dem ehemaligen Rechtsstaat des Grundgesetzes längst ein Richterstaat geworden ist, bei dem handfeste Politik unter dem Deckmantel richterlicher Unabhängigkeit betrieben wird?

Mit freundlichen Grüßen
in großer Sorge,
H. Fessenmaier,
Freiburg i. Br.

Gleichgültigkeit

„Fraktion, das Nagel und das Tieropfer“ WELT vom 18. Juli

Ist es nicht vielmehr so, daß der Mensch, wohl wissend um seine mangelhafte Grausamkeit gegenüber Tieren, irgendeinen „Gott“, gleich welches Namens, irgendein Ritual vorschiebt, um sich nicht persönlich zu seiner grausamen Veranlagung bekennen zu müssen? Man kann nur hoffen, daß einmal die Zeit kommt, wo man diese überflüssigen Grausamkeiten (vielleicht von Staats wegen) verbietet.

Schließlich gehörte es bei den alten Azteken auch zum religiösen Ritual, Abertausenden von Menschen, „Edelstein“, das Herz, bei lebendigem Leibe herauszureißen. Wir wenden uns heute mit Schaudern von dieser Barbarei ab. Aber anscheinend gibt es noch genug Primitive oder Sadisten, die sich gerne ein Tieropfer anschauen und vielleicht auch gerne zusehen würden, wenn noch der alte Brauch der Azteken gang und läge wäre.

Edith Beuermann,
Bad Salzuflen 1

Wort des Tages

„Jeder einzelne von uns muß für die Formung der Gesellschaft eine volle Verantwortlichkeit übernehmen. Keine von uns kann diese Verantwortung verkleinern oder irgend-einem anonymen Kollektiv übertragen. Wir müssen vielmehr in uns selbst Ordnung schaffen. Wir müssen Ordnung in unserer nächsten Nachbarschaft verwirklichen, bevor wir Ordnung von anderen verlangen.“

Morris West, brit. Autor (geb. 1916)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Um den „Genscher-Pokal“ kämpfen deutsche und ausländische Diplomaten auch in diesem Jahr. Zum Tennisturnier lädt das Auswärtige Amt ein. Gespielt wird zwischen dem 17. und 28. September auf dem Gelände des Clubs Rot-Weiß in Melsdorf. Gastgeber ist der Juniorenkreis des Auswärtigen Amtes, die Vereinigung der Jungdiplomaten, deren „Chef“ zur Zeit der Vortragende Legationsrat Erster Klasse Dr. Peer Stachnisch ist. Ausrichter des Turniers sind die beiden Attaches Helmut Wilhelm, Völkerrechtsreferat und Michael Bismonte, Protokoll. Zu den stärksten Spielern im Amt gehört nach wie vor Gesandter Karl Münch, Chef der Diplomatenclubs auf dem Bonner Venusberg. Bonns gerade ernannter stellvertretender Protokollchef Dr. Erhard Holtermann wird persönlich die Sieger ehren. Eingeladen werden die Angehörigen der Botschaften aus West und Ost.

ERNENNUNGEN

Essens Weihbischof Emil L. Stehle wird neuer Weihbischof von Quito, Ecuador. Seine Weihe findet am 25. September in Rom statt. Weihbischof Stehle wird aber auch weiterhin Geschäftsführer der bischöflichen Aktion „Adveniat“ bleiben, der kirchlichen Sammlung für lateinamerikanische Kirchen.

ERNENNUNGEN

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion hat einen neuen Sprecher. Fraktionschef Dr. Alfred Dreger wählte für dieses Amt Michael Malworm aus, zur Zeit politischer Redakteur bei der „Kölnischen Rundschau“. Malworm, 33 Jahre alt, im Sauerland geboren, wird Nachfolger von Dr. Edward Ackermann, der als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Range eines Ministerialdirektors ins Kanzleramt einzog. Die Fraktionspressestelle wird seit Oktober 1982 kommissarisch von Günter Reibelt geleitet.

EHRUNG

Josef Stiglitz, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Arbeitgeber-Verbandes und stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner CDU-Mittelstandsvereinsigung, wurde von Bundespräsident Karl Carstens mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Den Orden überreichte Elmar Pieroth, Berliner Senator für Wirtschaft und Verkehr. Stiglitz wurde für seine Verdienste um die Förderung der Berliner mittelständischen Betriebe und der freien Berufe geehrt.



SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, links, sorgte dafür, daß es in Bonn was zu lachen gab. Sein Kalauer, „97,5 Prozent der angewandten Sozialdemokraten sind im Moment für die Partei“ fand durch Hessens Ministerin Vera Rüdig, rechts, ausgesprochen komisch. Vogel war Gastgeber einer Stellwächterparty in der Hessischen Landesvertretung und bezogte aus der Fraktionskasse Würstchen und Salat. Vogels Optimismus in bezug auf seine Parteigenossen ist auf dem Hintergrund zu sehen, daß kaum welche da waren. Zwischen sechs und sieben Journalisten tauchten dann noch Heide Simonis und Horst Ehmke auf, der aus einem Colorado-Urlaub zurückkam und sich die Frage gefallen ließ, ob er auf der Suche nach den letzten „Rot häuten“ gewesen sei.

FOTO: KIL

هكذا من الأفضل

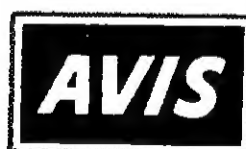
Für Sie als Geschäftsmann macht AVIS das Automieten leicht. Um Ihre Zeit zu sparen.

Schnell. Durch die AVIS-Express-Karte. An allen großen Flughäfen läuft Ihre Karte blitzschnell durch unsere Computer. Noch eine Unterschrift – fertig ist der Vertrag. Und Sie können starten.

Einfach. Durch leicht verständliche Tarife. Ein Beispiel: Der Business-Reise-Plan. Er bedeutet feste Preise. Unabhängig von Kilometern und Steuern. Sie zahlen nur noch für's Benzin extra. **Weltweit.** Egal, wann und wo Sie einen Wagen brauchen, er steht für Sie bereit. Weltweit. Ein Anruf beim nächsten AVIS-Büro genügt.

AVIS		AVIS EXPRESS	
DIRECT BILLING			
AWD NUMBER		AA123Z	
972 046906 015		FS	
JENS PUTZE			
DROSSELWEG 4			
D 6237 LIEDERBACH			
GERMANY			
			03784

Wir verlieren keine
Zeit, damit Sie
kein Geld verlieren.



Automieten im Handumdrehen.



Abb. Rekord 2.0 E
4-türig



„Makabre, würdelose und menschenverachtende Tat“

Hessischer Landtag empört / Teil einer grünen Strategie?

D. GURATZSCH, Wiesbaden
Zu einem neuerlichen Eklat um die Vorfälle im Hessischen Landtag am Mittwochabend, bei denen ein amerikanischer General von einem Landtagsabgeordneten der Grünen mit Blut bespritzt worden war, ist es gestern zu einer Sonder-sitzung des Hessischen Landtages gekommen. Als der grüne Abgeordnete Reinhard Brückner die Tat seines Fraktionskollegen verteidigte und erklärte, sie sei von der grünen Landtagsgruppe vor einer Woche „sorgfältig erwogen und beschlossen“ worden, entzog ihm der amtierende Landtagspräsident Sturmschmidt (CDU) das Wort. In dem anschließenden Tumult verurteilte Sturmschmidt sowohl Brückner, als auch weitere grüne Abgeordnete des Sitzungssaales – eine Entscheidung, die der Ältestenrat kurz darauf dahin korrigierte, daß lediglich Brückner den Saal verlassen mußte und eine grüne Abgeordnete einen Ordnungsruf erhielt.

Inzwischen ist sicher, daß der Anschlag auf den amerikanischen General vom Vortage noch ein gezieltes Nachspiel haben wird. Wie der Präsident des Landtages, Jochen Lengemann (CDU), gestern vor dem Parlament erklärte, hat er „aus allen rechtlichen Gründen für den Hessischen Landtag und für mich persönlich Strafantrag gestellt“. Außerdem, so Lengemann, habe er dem betreffenden Abgeordneten „mit Ausnahme der Dauer der Plenarsitzung“ Hausverbot erteilt.

Deutschem Ansehen geschadet
Zu dem Zwischenfall war es bei einem Empfang des Landtages für 50 Kommandeure der in Hessen stationierten US-Streitkräfte gekommen. Als der Kommandierende General des V. US-Corps, Paul S. Williams, zu einer Dankesrede für die Einladung ansetzte, stürzte sich der grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth mit dem Ruf „blood for the bloody army“ auf ihn und bespritzte ihn aus einem Gefäß mit eigenem Blut. Der Abgeordnete wurde von einem anderen amerikanischen Offizier überwältigt und von Ordnern aus dem Kuppelsaal des Wiesbadener Stadtschlosses geführt.

Die Tat des grünen Abgeordneten hat nicht nur bei den hessischen Parteien einseitige Empörung ausgelöst. Ministerpräsident Holger Börner (SPD) sprach von einem „abscheulichen Theater“, das der Diskussion um Frieden und Abrüstung schade. Politische

Diskussionen zu dieser Frage dürften nicht auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden. Landtagspräsident Lengemann nannte das Vorgehen des Abgeordneten in einer Erklärung zu Beginn der gestrigen Plenarsitzung eine „Tat von blinder Wut, die in der schizophrener Aktionismus“. An die Stelle des freien Wortes sei Blut als Mittel der Auseinandersetzung gesetzt worden. Dies sei „nicht die Methode der Politik, sondern der Gewalt“. Der Hessische Landtag, so Lengemann unter dem Beifall der Abgeordneten von CDU und SPD, verurteile „die makabre, würdelose und menschenverachtende Tat“. Dem deutschen Ansehen sei „zumindest in den Vereinigten Staaten geschadet“ worden. Wie schon Börner, entschuldigte sich auch Lengemann gegenüber dem General und den amerikanischen Volk, dem er „unsere Betroffenheit und Verbundenheit“ bekundete.

Grüne verteidigen die Tat

Die nicht mehr im Landtag vertretenen Freien Demokraten sprechen von „pervertierten Formen angeblicher Politik“ die Liberalen Demokraten von einer „Gewalttat“, die um so verwerflicher sei, als sie „mit Vorbedacht“ verübt worden sei.

In der Tat haben sich die hessischen Grünen von dem Vorgehen ihres Abgeordneten nicht etwa distanzieren, sondern es in einer gestern verteilten Presseerklärung ausdrücklich verteidigt. „Stellvertretend für die Landtagsgruppe“ habe Schwalba-Hoth das Blut, „das den Uniformen der Generäle aus Vietnam, aus Nicaragua, aus El Salvador“ anlebe, „sichtbar gemacht“. Die Aktion der Grünen stationierten „pervertierten Formen angeblicher Politik“ die Liberalen Demokraten von einer „Gewalttat“, die um so verwerflicher sei, als sie „mit Vorbedacht“ verübt worden sei.

In Wirklichkeit dürfte die Aktion Teil der kühn kalkulierten Taktik der hessischen Grünen gewesen sein, für den bevorstehenden Wahlkampf alle Verbindungen zur neuartigen grünen taktierenden SPD zu knüpfen und die Aktionsfähigkeit in der hessischen Friedensbewegung zurückzugewinnen.

Der Angriff Schwalba-Hoths auf den amerikanischen Offizier verriet nach den Worten des FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, „eine menschenverachtende Denkwelt“. Er sei, so Genscher gestern, „ein Angriff auf unsere Sicherheit“.

Mercedes betont „Verpflichtung gegenüber Berlin“

SAD, Indianapolis

„Wir unterstreichen und beweisen damit wieder die Mercedes-Verpflichtung gegenüber Berlin, unsere Treue zum alten Hauptstadt.“ So begründet Leo Levine, PR-Generalmanger für „Mercedes-Benz of North America“, den Beschluß, die US-Version des „kleinen“ Mercedes 190 den 414 amerikanischen Mercedes-Händlern in Berlin zu präsentieren. „Damit setzen wir auch fort, was wir mit unserem Fertigungswerk in Berlin-Mariefeld und mit unserer Hauptversammlung begonnen haben: Für uns ist Berlin von größter Bedeutung“, ergänzte Bernd Gottschalk, PR-Direktor im Stammeshaus Stuttgart.

Die Einführung des „kleinen“ Mercedes in Amerika beginnt am 17. Oktober. In den Tagen zuvor, bis zum 14. Oktober, treffen sich die US-Mercedes-Händler an der Spree. Die meisten werden mit ihren Frauen oder Kindern nach Berlin reisen.

Mercedes hat für die US-Händler-Tagung das Congress-Centrum gemietet. Dort werden die US-Händler der Mercedes-Organisation mit technischen Einzelheiten des 190 und der neuen, speziell für die USA entwickelten Marketing-Strategie vertraut gemacht. „Berlin ist eine außergewöhnlich faszinierende Stadt“, urteilt Leo Levine, „und viele unserer Händler kennen zwar Teile der Bundesrepublik, aber waren noch nie in Berlin.“

Salvador-Botschaft wieder in Jerusalem

dpa, Jerusalem

El Salvador hat beschlossen, seine Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zurückzuverlegen. Wie der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Fritz Himmelfarb, mitteilte, hätten zwei salvadorianische Minister Außenminister Yitzhak Shamir entsprechend informiert.

El Salvador folgt damit Costa Rica, das seine diplomatische Vertretung vor fast einem Jahr wieder in Jerusalem eröffnet hat. Im israelischen Außenministerium wurde die Entscheidung ausgesprochen, daß auch andere Staaten dem Beispiel El Salvadors und Costa Ricas folgen werden. Im Sommer 1980 hatten 13 Staaten Latein- und Zentralamerikas sowie die Niederlande ihre Botschaften aus Jerusalem nach Tel Aviv verlegt, um damit gegen die Eingliederung des Ostjordan in die Stadt zu protestieren.

PLO-Rebellen wollen hart bleiben

Aufruf des Zentralrats abgelehnt / US-Sonderbotschafter will Syrien Angebot machen

rt/AP, Damaskus/Washington
Mit Ablehnung haben die Gegner von PLO-Chef Arafat innerhalb der Kampforganisation Fatah auf einen Aufruf des palästinensischen Zentralrats reagiert, die Kämpfe gegen die Arafat-Anhänger in Ostlibanon einzustellen. Bei der Inspektion eines von den Rebellen übergebenen Fatah-Battalions erklärte der Anführer der Arafat-Gegner, Saeed Mussa, er werde sich keiner Resolution des in Tunis tagenden Zentralrats über den Konflikt in der Fatah beugen.

Mussa warf den Anhängern Arafats vor, sie zettelten die Kämpfe in dem ostlibanesischen Bekaa-Tal in der Absicht an, daß letztlich die palästinensischen Kämpfer von Arafat ins Exil geführt und dem direkten Kampf mit Israel entzogen würden.

Der palästinensische Zentralrat tagt in Tunis in einer Dringlichkeitssitzung, um die Auflösungserscheinungen innerhalb der PLO und deren Konflikt mit Syrien zu erörtern. Mit Ausnahme der radikalen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ – Generalkommando – sind alle PLO-Gruppen in Tunis vertreten, was als Erfolg für Arafat gewertet wurde.

In seiner ersten Sitzung beschloß das Gremium die Einsetzung eines Sonderausschusses, der in Libanon einen dauerhaften Waffenstillstand zwischen Arafat-Gegnern und -Anhängern aushandeln und überwachen soll.

Wie in Washington verlautete, soll der für Nahost zuständige Staatssekretär im Außenministerium, Nicholas Veliotes, von dem bisherigen Botschafter in Saudi-Arabien, Richard Murphy, abgelöst werden. Veliotes soll den Posten des US-Botschafters in Ägypten übernehmen.

In Jordanien sind 15 Personen von einem militärischen Sondergericht zum Tode verurteilt worden, weil sie in den besetzten Gebieten Land an Israelis verkauft hatten. Die Verurteilten hatten rechtzeitig außer Landes fliehen können.

PETER M. RANKE, Beirut
Der neue amerikanische Nahost-Vermittler Robert McFarlane hofft nach einem Zwischenstopp in Saudi-Arabien noch diese Woche nach Damaskus reisen zu können. Er hatte gestern in Jerusalem eine Aussprache mit Ministerpräsident Begin, die er als „sehr vorteilhaft“ bezeichnete. Die Reise nach Damaskus ist aber in Frage gestellt, wenn es in der Syrischen Arabischen Republik Verbindungen Libyen und dem US-Flugzeugträger „Eisenhower“ zu einer militärischen Konfrontation kommen sollte.

McFarlane will den syrischen Präsidenten Assad überreden, über eine „Entflechtung“ der syrischen und israelischen Truppen im libanesischen Bekaa-Tal und über einen etappenweisen Abzug zu verhandeln. In Absprache mit der li-

banesischen Regierung bietet McFarlane an, daß Präsident Amin Gemayel weiterhin das Ratifizierungsgesetz zum libanesisch-israelischen Truppenabzugsabkommen vom 17. Mai nicht unterzeichnen wird. Außerdem will Libanon darauf verzichten, vor der UNO und der Araberliga offiziell den Abzug der Syrer und der PLO zu fordern.

Da die israelische Regierung die sofortige Inkraftsetzung des Abkommens mit Libanon vom 17. Mai verlangt, kann McFarlane in Damaskus nicht als Wortführer einer gemeinsamen libanesisch-israelischen Haltung auftreten. McFarlane will in Damaskus ein Datum für einen endgültigen Abzug der Syrer erreichen, doch auf einen Termin sind auch die Israelis bisher nicht eingegangen.

Aus den jüngsten amtlichen Erklärungen Syriens geht hervor, daß Syrien nicht nur die Nichtratifizierung, sondern die völlige Annullierung des Abkommens mit Israel verlangt, das eine Beendigung des Kriegszustandes vorsieht und Sicherheitsabmachungen enthält. Außerdem will Damaskus die USA nicht als Vermittler zwischen Israel und arabischen Staaten anerkennen, da sie nach den Worten von Präsident Assad „jede israelische Aggression ermutigt und unterstützt hat“. Assad fordert ferner eine „andere“ libanesischen Regierung, da sich Präsident Gemayel „den USA unterworfen“ habe. (SAD)

Kuron lehnt Angebot zur Ausreise ab

AP/rt, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat jetzt einen Aufruf der Untergrundführung seiner verbottenen Gewerkschaft „Solidarität“ zur landesweiten Demonstration am 31. August unterstützt. Walesa fügte in einem Telefongespräch mit einem westlichen Korrespondenten hinzu, er vermisse allerdings in dem westlichen Journalisten zugesagten Flugblatt einen Appell an alle, die dazu in der Lage seien, in den Untergrund zu gehen und die dort vorhandenen Strukturen festigen zu helfen.

Die Demonstrationen sollen am dritten Jahrestag des Danziger Aufkommens stattfinden und auch einen Boykott aller öffentlichen Verkehrsmittel für zwei Stunden in der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit einschließen. Das Flugblatt ist von allen fünf Mitgliedern der Zeitweiligen Koordinierungskommission der „Solidarität“ unterschrieben. Es ist die erste Reaktion der untergetauchten Gewerkschafter seit der Aufhebung des Kriegsrechts. Sie bezeichnen darin diese Entscheidung als eine „reine Propagandageste“ der Regierung.

Der prominente polnische Generalsekretär Jacek Kuron hat nach Angaben aus seiner Umgebung einen angeblichen Paß zur Ausreise mit Angehörigen abgelehnt. Kuron ist einer der sieben inhaftierten Führer der verbottenen Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR), die nicht unter dem Vorwurf staatsfeindlicher Tätigkeit in Untersuchungshaft.

Pershing 2 versagt erneut

rt, Washington

Erneut hat eine Pershing-2-Rakete in der vergangenen Woche wegen eines technischen Defektes bei einem Flugversuch versagt. Mittelstreckenraketen dieses Typs sollen nach der Nato-Planung im Dezember in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, falls die Genfer INF-Verhandlungen scheitern.

Bei dem Flugtest hatte sich in der zweiten Stufe einer der drei Schubumkehrverschlüsse vorzeitig geöffnet, was die Rakete zum Absturz brachte. Die amerikanische Regierung sieht jedoch deshalb keine Veranlassung, die Stationierungspläne für die Pershing 2 in der Bundesrepublik zu verschieben. Bei 16 Flugtests habe es bisher vier Fehlschläge gegeben.

Skepsis bei Lehrstellen

Rei, Bonn

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Fritz Himmelfarb, ist „relativ optimistisch“, daß die Stellengarantie des Bundeskanzlers eingehalten werden kann. Der Kanzler hatte jedem „Ausbildungswilligen und -fähigen“ mit gewissen Einschränkungen einen Ausbildungsplatz in diesem Jahr zugesagt.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Stügel, zeigte dagegen auf einem Presseemission seiner Behörde in Marburg an, daß die Stellenangebotsquote gegen Ende dieses Jahres sinken werde. Mehr Lehrverträge abgeschlossen, aber der Zugang aus dem geburtsstarken Jahrgang werfe Probleme auf, sagte er. Himmelfarb bestätigte, daß auch immer mehr Abiturienten als Bewerber für eine Lehrstelle auftraten.

Zurückhaltung Moskaus

Fortsetzung von Seite 1

kommen unterzeichnet und Lockerungen des Verkaufs von amerikanischen Öl- und Bohrtechnologie stehen bevor.

Im amerikanischen Kongress dagegen wird von einigen Gegnern der Reaganschen Mittelamerikapolitik weiter das Klima aufgeheizt. Drei Mitglieder – die Senatoren Kennedy und Hart sowie der Abgeordnete Markey – brachten eine Gesetzesvorlage ein, die verbietet, daß amerikanische Kampftruppen überhaupt zentralamerikanischen Boden betreten.

Damit sollen als erstes die geplanten Manöver mit Honduras möglichst geräumt werden. Edward Kennedy sprach auf einer Pressekonferenz von der „Sorge, daß die Reagan-Administration unser Land auf einen Pfad in den Krieg führt“. Der Antrag hat freilich keine Aussicht Gesetz zu werden; er dürfte spätestens im Senat scheitern, oder grundsätzlich an einem präsidentiellen Veto.

In eingehenden Briefings mit einer großen Zahl von Abgeordneten und Senatoren verpflichtete sich Außenminister Shultz ausdrücklich, die Verhandlungssignale, die Fidel Castro in der vergangenen Woche „ausschickte“, energig aufzunehmen. Gleichzeitig ließ das Weiße Haus aber wissen, daß dies nicht im direkten Kontakt mit Havana geschehen werde, sondern über die Vermittlung der Regierungen der Contadora-Gruppe: Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela.

Das Pentagon gab jetzt endgültig die Zahl der an den kommenden Manövern beteiligten US-Landtruppen bekannt. Es handelt sich um insgesamt 5175 Soldaten. Dazu kommen die fast 18 000 Mann Seesoldaten der drei Kampffregatten, die an den Manövern teilnehmen werden.

Vier Wochen nach dem Tode unserer Mutter und sechs Tage nach seinem 85. Geburtstag ist auch unser Vater, Schwiegervater und Großvater

Dr. med. Albert Triep

von uns gegangen.

In stiller Trauer
im Namen der Angehörigen
Ursula Ruhrmann geb. Triep

Hamburg 61
Bismarckstraße 31

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden.

In MAILAND, Italien, vom 1. bis 4. September 1983.

MACCE - HERBST 1983

(auf dem Gelände der Internationalen Mailänder Messe)

Ununterbrochene Öffnungszeiten: 9.00-18.30 Uhr

Die zweite der beiden jährlich veranstalteten MACCE-Anstellungen, die bedeutende und vollständige internationale Fachmesse der Hausartikel, Kristall, Keramik, Silberwaren, Goldschmiedekunst, Geschenkartikel, Qualitätsartikel für das Heim und den Gartenbau, Eisenwaren und Werkzeuge.

Auf beiden MACCE-Veranstaltungen, zu welchen ausschließlich die spezialisierten Geschäftsteile Zutritt haben – sind Produkte und „Nouveautés“ des Sektors aus der ganzen Welt am vollständigsten ausgestellt.

Um Ihre Geschäfte zu fördern, besuchen Sie in Mailand die MACCE - Herbst 1983

Über 3000 Aussteller werden mehr als 300 000 Artikel vorführen.

Für Auskünfte, kostenlose Eintrittskarten, Unterkunftsvermittlung wenden Sie sich bitte an:

ASSOCIAZIONE VIP MACCE
Via Caracciolo, 77-20155 Milano (Italien)
Tel./numeri: 34.53.639 - 31.50.17 - 34.56.943

FREIES DEUTSCHES HOCHSTIFT FRANKFURTER GOETHE-MUSEUM

6000 Frankfurt am Main 1, Großer Hirschgraben 25

Ordentliche Mitgliederversammlung
Dienstag, den 23. August 1983, 10.00 Uhr, im Gartensaal des Bibliotheksgebäudes.

Tagesordnung

1. Vorlage der Jahresrechnung und der zugehörigen Sachberichte für das Geschäftsjahr 1982. Beschluß über den „Vorläufigen Wirtschaftsplan“ für das Geschäftsjahr 1984.
2. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsausschusses
3. Bericht des Direktors
4. Wahl für den Verwaltungsausschuss
5. Wahl des Wirtschaftsprüfers
6. Verschiedenes

Der Verwaltungsausschuss

TROPIC-Fertighäuser
für Middle East und Afrika.
GRATIS, 6000 Wiesbaden
Bismarckstraße 31
Tel. 0 62 04 - 7 39 21, Tx. 4 65 497

Zu jeder Anschrift
gehört die Postleitzahl

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre
Anzeige über Fernschreiber 08 579 104
aufgeben

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Mediaset Witten
Verleger: Axel Springer, Mediaset Witten

Zentralredaktion: 2000 Bonn 2, Godesberger Allee 61
Tel. (02 28) 30 41, Telefax 8 51 714

1000 Berlin 61, Kottbusstraße 80, Redaktion: Tel. (0 30) 5 50 11, Telefax 1 84 81 1, Anzeigen: Tel. (0 30) 26 81 31, Telefax 1 84 81 1

2000 Hamburg 94, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 24 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (0 40) 24 11, Telefax 2 25 11

4000 Köln 18, Im Tivoliweg 180, Tel. (0 21 2) 12 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (0 21 2) 12 11, Telefax 2 25 11

3000 Hannover 1, Lange Leese 2, Tel. (05 11) 1 19 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (05 11) 1 19 11, Telefax 2 25 11

6000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 20 45, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 20 45, Telefax 2 25 11

6000 Frankfurt (Main), Vertriebsstraße 8, Tel. (0 69) 24 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (0 69) 24 11, Telefax 2 25 11

7000 Stuttgart, Robertplatz 20, Tel. (0 71 41) 12 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (0 71 41) 12 11, Telefax 2 25 11

8000 München 48, Scheffelsstraße 30-32, Tel. (0 89) 1 24 11, Telefax 2 25 11, Anzeigen: Tel. (0 89) 1 24 11, Telefax 2 25 11

Monatsabonnement bei Zahlung durch die Post oder durch Träger 9,20 DM ein-schließlich 7% Mehrwertsteuer. Der Druck- und Vertriebspreis beträgt 1,20 DM. Einmalige Porto- und Versandkosten werden auf Anfrage mitgeteilt. Die Abbestell-fristen sind im Voraus zu beachten.

Bei Nichtbelieferung ohne Verlangen des Lesers oder bei Zahlung von Steuern des Arbeitslohns werden keine Entschädigungen aus dem Verlag abgezogen. Bestellungen können nur zum Monatsende aus-gesprochen werden und müssen zum 10. des laufenden Monats im Verlagsbüro vorliegen.

Giltige Anzeigenpreise für Deutschland: 1983: 1. Halbjahr: 1,20 DM; 2. Halbjahr: 1,20 DM. Die WELT ist eine Tageszeitung. 12. Nr. der Hamburg-Ausgabe: Nr. 12.

Anzeigen: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 94, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhold Reischl

Vertrieb: Werner Kroll

Anzeigen: Dietrich Wieding

Vertrieb: Gerd Dietrich Leich

Vertrieb: Dr. Ernst-Dietrich Altner

Druck: in 4200 Bonn 16, Im Tivoliweg 180; 2000 Hamburg 94, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Die 1000 grössten Unternehmen, Banken und Versicherungen in der Schweiz 1983

Diese jährlich von der SHZ herausgegebene Liste informiert ausführlich über Umsatz, Cash-flow, Reingewinn, Investitionen und Personalbestand der 1000 grössten Industrie- und Handelsunternehmen, Banken und Versicherungen in der Schweiz.

Als einzige derartige Zusammenstellung umfasst die SHZ-Broschüre in weiteren rund 50 detaillierte Branchentabellen sowie eine ausführliche Darstellung der Wertschöpfungsrechnung der grössten Industriebetriebe und Versicherungen in der Schweiz.

Die diesjährige Liste erscheint in einem Umfang von rund 60 Seiten als Separatdruck zum Preis von Fr. 14.50 (+ Porto). Auslandslieferungen erfolgen nur gegen Eurocheque (Stückporto Fr. 1.70).

Bitte senden Sie

... Ex. Separatdruck der „SHZ-Liste der grössten Schweizer Unternehmen 1983“ an

Name

Strasse

PLZ/Ort

DW

Bitte Coupon als Drucksache einschicken an:

Schweizerische Handelszeitung

Bleichenweg 20, CH-8033 Zürich

SCHWEIZERISCHE

Handelszeitung

Wie schön,
daß es
HÖRZU gibt!

Von Herzen - mit Verstand

HÖRZU
Gut gewählt!

هنا من أجل

on lehnt
ebot zur
reise ab

Letzte Warnung

ha (Brüssel) - Den Deutschen zeigen wollten es offenbar einige EG-Kommissare, als sie vor der Sommerpause plötzlich auf eine Beschleunigung des Vertragsverhandlungsverfahrens wegen des Reinheitsbegriffs für Bier beharrten. Gegen den Rat ihres Kollegen Karl-Heinz Narjes setzten sie eine Entscheidung durch, wonach Bonn zunächst eine „mit Gründen versehene Stellungnahme“ (Artikel 109) zu geleistet wird.

Der Beschluss kommt einer letzten Warnung gleich. Er ist bedeutend, weil der Bundesrepublik erstmals eine Frist gesetzt wird, innerhalb derer sie die Importverbote für Bier aufheben muss, das nicht nach den herkömmlichen deutschen Vorschriften gebraut wird.

Schon lange mißfällt manchen Leuten in Brüssel, daß sich die Bonner Politiker stets zu Verfechtern orthodoxer Freihandelsideen machen, allzuoft aber nur die Handelsminister an der Spitze, die andere EG-Länder aufrechten. Das Reinheitsgebot gilt als willkommene Gelegenheit, die deutsche Sonderstellung zu betonen. Die „Bier-Protektionismus“ einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten würde, ist für die meisten EG-Experten sicher.

Es fragt sich trotzdem, ob die Kommission klug ist, die Bundesregierung unter Druck zu setzen. Das Thema ist nämlich explosiv, als mancher Beobachter glaubt, die Gefahr besteht, daß der politische Schaden, den eine Kraftprobe bewirken würde, die Vorteile

eines Abbaus von Handelsbarrieren übersteigt. Hinzu kommt, daß die ausländischen Brauereien bislang kaum Schwierigkeiten hatten, auf dem deutschen Markt Fuß zu fassen. Einstellen muß sich Bonn jetzt wohl auf eine Klage beim Europäischen Gerichtshof. Zunächst einmal hat die Kommission allerdings ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Ans Eingemachte

ed. - Das hat es noch nie gegeben: Die privaten Sparkassenkunden „plündern“ ihr Ersparnis. Sie lösen Termingelder auf, verkaufen Wertpapiere, und seit einigen Monaten wird auch von Sparkonten mehr abgehoben als gleichzeitig eingezahlt wird. Sparer gehen ans Eingemachte, um sich bei stagnierenden oder gar sinkenden Realinkommen etwas höhere Konsumausgaben leisten zu können. Und sie nehmen gleichzeitig mehr Kredite auf. Auch wenn die Sparkassen von diesem Trend nicht begeistert sind: Er spricht für gewachsene Zuversicht der Verbraucher und stützt die Konjunktur. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Ihre andere ist häßlicher. Sie zeigt nämlich, daß viele Bürger in strukturellen Schwächen und von Arbeitslosigkeit heimgesuchten Regionen einfach den Gürtel enger schnallen müssen. Dieser Zwang scheint bei Sparkassenkunden um einiges stärker ausgeprägt zu sein als bei Kunden anderer Bankengruppen. Auch wenn die Entwicklung bei den Sparkassen nicht symptomatisch ist: Daß in diesem Jahr wenig Geld auf die „hohe Kante“ gelegt wird, ist schon seit einiger Zeit allgemein zu erkennen.

TECHNOLOGIE / Minister Riesenhuber legt Prognos-Studie vor

Forschungspolitik der Japaner ist effizienter als die deutsche

HEINZ HECK, Bonn

Minister Heinz Riesenhuber sieht sich durch eine jetzt vorgelegte Japan-Studie in vielen Punkten in der von ihm eingeleiteten Neuorientierung der deutschen Forschungs- und Technologiepolitik bestätigt. Das Fazit der von Prognos im Auftrag des Ministeriums verfaßten Studie lautet: „Gemessen an den wirtschaftlichen Erfolgen ist die japanische Forschungspolitik effizienter als die deutsche.“

Nach Meinung Riesenhubers widerlegt die 1981 von seinem Vorgänger im Auftrag gegebene Studie unter anderem ein weitverbreitetes Vorurteil, das das Verhältnis von Staat und Wirtschaft betreffe. „Das Bild zentraler staatlicher Steuerung von Forschung und Technologie ist nicht zutreffend. Den Marktkräften und dem Wettbewerb der Ideen wird Vorrang eingeräumt“, erklärte der Minister. Die bisher erfolgreiche japanische Forschungspolitik verzieht zu Beispiel auf den einseitigen Versuch einer zentralen Steuerung aller Forschungsaktivitäten; sie unterstützt jedoch gezielt Initiativen der Wirtschaft, neue Technologien zu entwickeln und anzuwenden.

Das japanische Entwicklungspotential sei lange unterschätzt worden. Die japanische Industrie habe inzwischen das Qualitätsniveau europäischer und amerikanischer Konkurrenzprodukte erreicht und teilweise übertraffen. Beispiele wie die Halbleiterindustrie, die Branchenführung im Video- und HiFi-Markt und wachsende Anteile in der Computerindustrie zeigten, daß Japan seine internationale führende Rolle als Industrienation auch in Zukunft einnehmen werde.

Riesenhuber kündigte an, daß

die Ergebnisse der Untersuchung im November in einer Veranstaltung mit Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erörtert werden sollen. Eine vom Wirtschaftsminister beim Battelle-Institut parallel in Auftrag gegebene Untersuchung zur japanischen Innovationspolitik soll dabei ebenfalls erörtert werden.

Der Minister reist am 20. August für eine Woche nach Japan. Vorige Gesprächsthemen sind die Zusammenarbeit in der Kernenergie (sowohl zur Frage der Lieferung deutscher Kernkraftwerke wie bei der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Reaktortypen Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktoren), in der Fusionsforschung, in der Weltraumforschung, in der Datenverarbeitung und in der Biotechnologie. Auch werden sich sein Ministerium an der deutschen Leistungsschau, die vom 23. April bis 6. Mai 1984 in Tokio unter dem Motto „Made in Germany“ - gestern, heute, morgen“ stattfindet, mit einer Sonderschau beteiligen. Auf einer Fläche von 500 qm will das Ministerium die Themen Energietechnologien, Verkehrstechnik und Automation in den Vordergrund stellen.

Riesenhuber sieht sich durch die

RWI-KONJUNKTUR-PROGNOSE

Halbherzige Wende hält die Wachstumsraten zu klein

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die bisherigen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Taten der neuen Bundesregierung „ähneln mehr Flickwerk als einer Wende“. Jener Wende nämlich, mit der Beeinträchtigungen des Leistungswillens weggeräumt und Eigenleistungen sowie Selbstverantwortung „gefordert und gefördert werden“ sollten. Konsequenzen aus der von ihm mit solcher Kritik bedachten Bonner Politik befürchtet das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, nun auch noch für 1984 mit zu geringen Wachstumsraten der Konjunkturerholung.

In seinem neuen Konjunkturbericht schätzt das Institut, daß das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt Ende 1983 nur um ein bis 1,5 Prozent höher als zu Jahresbeginn liegen werde, demnach im Jahresdurchschnitt nur um 0,5 bis ein Prozent über dem 1981er Stand. Auch für 1984 sei in der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur ein Wachstum zwischen ein und maximal zwei Prozent zu erwarten. Ergo werde auch die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen und im 1984er Jahresdurchschnitt bei 2,5 Millionen liegen.

Voraussicht noch nicht einstellen wird.“

Konkreter: Die notwendige Neuordnung und Straffung staatlicher Aufgaben mit dem Ziel, neben der Verringerung des Staatsdefizits in absehbarer Zeit auch Spielraum für eine Entlastung der Wirtschaft von Steuern und Abgaben zu schaffen, sei „selbst in Ansätzen nicht erkennbar“.

Und weiter: Subventionen würden nicht abgetragen, sondern neue in Aussicht gestellt. Soziale Leistungen würden nicht nach sozialpolitischen Grundsätzen und Erfordernissen gekürzt oder geändert, sondern nach fiskalischen Überlegungen.

Dämpfer für die Konjunkturerholung sehen die Essener Forscher auch in der 1983er Personalkostenentwicklung. Bei nur noch 3-4-prozentiger Lohnsteigerungsrate wachse (aus langjährigem Überhang) und erhöhten Sozialabgaben) die Lohnkostensumme pro Arbeitsstunde denn doch noch um 4,5 bis fünf Prozent und damit gut doppelt so stark wie die Arbeitsproduktivität. „Die Lohnkosten je Produkteneinheit werden also weiter steigen und die notwendige Erholung der Erträge erneut beeinträchtigen.“

Fraglich erscheint dem Institut in solcher Lage, ob allein ein allfälliger weiterer Zinsrückgang die Unternehmer zu „schwungvoller Steigerung“ ihrer Investitionen bringt. Die echte Wende in der Politik müsse her. Auch dann noch werde es „geraume Zeit“ dauern, bis die „Verkrustungen“ verschwinden und ein nachhaltiger Aufschwung kommt.

Unberechenbares Spanien

Von ROLF GÖRTZ, Madrid

Man kennt in jedem Lebensabschnitt Grenzen des Möglichen. Einmal darüber hinaus - und der Krug zerbricht. So rechnen in Spanien viele mit blühenden Umarmungen, ja mit einer Revolution, wenn mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze auf der Straße stehen. Nun, inzwischen sind es 300 000 mehr, die Arbeitslosenquote beträgt 17 Prozent. Gewiß gibt es hier und dort Unruhen. In Sagunto mußte man den Gouverneur der sozialistischen Regierung vor der aufgebrachten Menge schützen. Denn im Stahlwerk bei Sagunto wird in Kürze ein Hochöfen gelöscht. Der Regierung wird vorgeworfen, sie hätte im Wahlkampf 800 000 neue Arbeitsplätze versprochen. Einmal um die Macht aber, sei sie nicht einmal in der Lage, das Elend auch nur aufzuhalten.

Schon die Rezession der letzten sieben Jahre brachte einen Rückgang der Industriekapazitäten von fast 40 Prozent des spanischen Wirtschaftswachstums auf nicht einmal 35 Prozent mit einem Verlust von 300 000 Arbeitsplätzen. Soll die Industrie gesunden, dann ist zunächst sogar mit weiteren 200 000 Entlassungen zu rechnen.

Wenn es trotz allem verhältnismäßig ruhig im Lande blieb, liegt das an der mediterranen Mentalität der Menschen und daran, daß der Wohlstand noch nicht so alt ist, daß man schon vergessen hätte, wie man sich selbst behelfen kann. Das erste Wirtschaftswunder der spanischen Geschichte mit fast japanischen Wachstumsraten fand in den sechziger Jahren statt. Die wirtschaftlichen Erfolge der auslaufenden Franco-Ära aber bedürften noch auf der mediterranen Spivariante einer Art Merkantilismus.

Zu deutsch: Die Spanier sind noch in der Lage, sich „irgendwie durchzuwursteln“. Im kleinen Rahmen bedeutet das, wo vier Menschen ihre Beine unter den Tisch strecken sollten, es auch sechs können. Und es geht.

Die Frage lautet deshalb: Kann die Wirtschaftspolitik der sehr ehrgeizigen Regierung die Grausome dieser Übergangszeit ideologisch verkraften? Die sozialistischen Minister haben sich alle noch im vergangenen Regime nach oben arbeiten können; oft mit Ausarbeitung von Modernisierungsplänen bezahlt. Vom klassischen Sozialismus blieb deshalb nicht allzu viel übrig. Die Gefahr liegt zur Stunde im Perfektionismus.

Viele Spanier nennen den Wirtschafts- und Finanzminister Miguel Boyer, „el francés“, den Franzosen. Nicht weil er unter anderem auch in Paris studierte, sondern weil er ihnen zu politisch ist, zu abstrakt. Und so auch die anderen Minister der Wirtschaftsressorts: Tüchtig, exakt, aber ohne die weisse Lebensnähe vergangener Tage.

Die Wirtschaft vermisst den Kontakt zur Verwaltung, auf dem sie bisher bestete. Generaldirektoren und Ministerialdirektoren zeigen sich unumbar. Nicht aus Furcht vor Bestechung - die fiert auf anderen Ebenen gefährliche Urstände - sondern um den imaginären „cambio“ (Wechsel) vorzudeben. Die Politik der Moderne erzieht Mitläufer bei den Unternehmern. Gewiß belegen genaue Zahlen die Gründe der derzeitigen Austeritätspolitik. Und wenn die Bank von Spanien alles tut, um das Geld zu verteuern, hat sie ihre Gründe. Zinsen zwischen 17 und 19 Prozent aber dürfen nicht gerade zu Investition oder zur Arbeitsplatzbeschaffung anreizen.

Eine solche Politik aber bedarf Eines Vertrauens. Und eben das fehlt. Mit dem Sozialismus, der schließlich auch der Ideologie der Falange zugrunde lag, hätte man sich arrangiert. Wenn man sich nur mit den Sozialisten unterhalten könnte! Dies Gespräch aber findet nicht statt. Nichts wird mehr „entre amigos“ geregelt. Und so kommt es, daß immer mehr die derzeitige Regierung als „unberechenbar“ einschuf. Man weiß nicht, was geschieht, wenn morgen die Not doch noch größer werden sollte. Muß dann nicht alles ins Gegenteil umschlagen, in den klassischen Sozialismus einer rigorosen Staatswirtschaft, wie er auch in der Parteilinken gefordert wird? Wer, wie die derzeitige Regierung, auf das herkömmliche Funktionieren der Familie vertraut, muß auch in seiner Wirtschaftspolitik auf alte Mittel zurückgreifen können.

AUF EIN WORT



„Wenn man dem Umweltschutz einen Dienst erweisen will, sollte die Umweltabgabe so schnell wie möglich abgeschafft werden. Das Geld stünde dann neuen wichtigen Verfahren und damit dem Fortschritt beim Umweltschutz zur Verfügung.“

Dr. Wolfgang Jentsch, Vorsitzender der BASF AG, Ludwigshafen. FOTO: DE WET

DEISENMÄRKTE

Volcker: Kurzfristig könnten Interventionen nützlich sein

H.-A. SIEBERT, Washington

Nur durch den Abbau der riesigen Haushaltsdefizite läßt sich in den USA ein Zinnsenkung erreichen; geschieht nichts, bleiben sie auf ihrem hohen Niveau. Das erklärte der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, vor einem Kongreßausschuß. Er äußerte sich auch zu den amerikanischen Interventionen am Devisenmarkt. „Es gibt Zeiten, in denen die Notenbank nicht die Zinssenkung über eine längere Frist können sie aber nicht fortgesetzt werden“, sagte er.

Volcker weigerte sich, die Zinssenkung für den Rest dieses Jahres vorzusagen. Da die Inflation unter Kontrolle sei, müsse die Notenbank nicht die Zinssenkung über eine längere Frist können sie aber nicht fortgesetzt werden“, sagte er.

Volcker weigerte sich, die Zinssenkung für den Rest dieses Jahres vorzusagen. Da die Inflation unter Kontrolle sei, müsse die Notenbank nicht die Zinssenkung über eine längere Frist können sie aber nicht fortgesetzt werden“, sagte er.

zwei Jahren und davor zu rechnen. Die Lohnentwicklung bezeichne er als vorteilhaft, den wieder anstehenden Rohstoffpreisen maß er keine Bedeutung bei. Die Treasury versteigerte am Mittwoch zehnjährige Notes im Wert von 5,2 Milliarden Dollar. Die Durchschnittszinssätze stiegen auf 11,96 Prozent - der höchste Satz seit zwölf Monaten.

Vor dem Kongreßausschuß machte Volcker klar, daß das „Fed“ makroökonomische Zielgrößen als Bestimmungsfaktoren für die Geldpolitik niemals akzeptieren wird. Der Legislative liegen bereits Gesetzentwürfe vor. Danach soll die Notenbank entweder eine bestimmte wirtschaftliche Wachstumsrate oder eine vorher festgelegte Zinshöhe ins Visier nehmen und danach ihre Geldmengensteuerung ausrichten. Volcker nannte solche Zielgrößen unzuverlässig, schon die Voraussage würde politischen Druck ausüben und die Markttrends verzerren.

PERSONAL-ZUSATZKOSTEN

„Zweiter Lohn“ stieg stärker als das Direktentgelt

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Höhere Beiträge in der Sozialversicherung und längerer Jahresurlaub werden die Personalzusatzkosten 1983 im produzierenden Gewerbe voraussichtlich auf 78,2 bis 78,7 Prozent des Direktentgelts steigern lassen.

Zu diesem Ergebnis kommt eine Hochrechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf der Grundlage der neuesten Erhebung über die Personal- und Personalzusatzkosten im Jahre 1981, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht hat.

1982 haben sich danach die Personalzusatzkosten je beschäftigtem Arbeitnehmer gegenüber 1981 um fast 900 Mark auf rund 22 000 Mark erhöht. Dieser „zweite Lohn“ erreichte damit gemessen an der rechnerischen Größe „Entgelt für geleistete Arbeit“ 77,9 Prozent gegenüber 77,5 Prozent im Jahre 1981. Dabei zählt die amtliche Statistik zu den Zusatzkosten alle die-

jenigen Aufwendungen, die, wie zum Beispiel Urlaub, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und tarifliche Sonderzahlungen, nicht im Zusammenhang mit der tatsächlich geleisteten Arbeit stehen.

Auffallend ist dabei, daß gegenüber den Erhebungen der Jahre 1975 und 1978 der jährliche Anstieg der Personalzusatzkosten sich 1982 mit 0,4 Prozent etwas verlangsamt hat. Dies wird unter anderem auf den Rückgang des Krankenstandes und die damit verbundene Verringerung der Ausgabeposten Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zurückgeführt. Dieser Rückgang wurde aber durch die von 19,5 auf 20,1 Prozent gestiegenen Kosten für Urlaubsverlängerungen ausgeglichen.

Von 1968 bis 1982 erhöhten sich die Zusatzkosten durchschnittlich um 11,3 Prozent. Das Direktentgelt stieg im selben Zeitraum nur um 7,3 Prozent.

Reiseverkehr belastet

die Zahlungsbilanz

Frankfurt (rt) - Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ist im Juni durch die Reisesaison und einen deutlich verringerten Kapitalexport gekennzeichnet. Wie die Bundesbank gestern mitteilte, weist die Leistungsbilanz einen Überschuss auf, der mit 0,6 Milliarden Mark fast ebenso hoch ist wie vor Jahresfrist (0,5). Verglichen mit dem Mai-Ergebnis 1983 (1,5 Milliarden Mark) ist der Saldo jedoch zurückgegangen. Dies sei vor allem mit der beginnenden Reisesaison zu erklären, die die Dienstleistungsbilanz in ein Minus von 1,3 Milliarden im Mai. Die deutsche Kapitalbilanz konnte ihr Defizit von 2,2 Milliarden Mark im Mai deutlich auf 298 Millionen Mark verringern. Dabei war der langfristige Kapitalverkehr wie im Vormonat fast ausgeglichen. Im kurzfristigen Kapitalverkehr betrugen die Nettoabflüsse nur noch 19 Millionen nach rund zwei Milliarden im Vormonat. Im Zeitraum Januar bis Juni lag der Netto-Kapitalexport mit 7,7 Milliarden Mark deutlich über dem Vorjahreswert von 3,1 Milliarden Mark.

USA leisten IWF-Beitrag

Washington (Sbt.) - Nach wochenlangem Gerangel hat das amerikanische Repräsentantenhaus in der Nacht zum Donnerstag das Gesetz über die Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds (IWF) verabschiedet. Die Entscheidung fiel äußerst knapp aus: 217 Abgeordnete stimmten dafür, 211 dagegen. Befürchtet ist das Gesetz mit mehreren Zusätzen, die Auflagen an die Geschäftsbanken und den IWF gleichkommen. Im Rahmen der Quotenerhöhung und der Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen stellen die USA insgesamt 8,4 Milliarden Dollar bereit. Der Senat hatte das Gesetz schon früher abgelehnt.

Luftfahrt: Neuer Preiskampf

London (dpa) - Ein neuer Preiskampf ist jetzt im Luftverkehr auf der Atlantik-Route zwischen Europa und Nordamerika ausgebrochen. Das US-Flugunternehmen Pan American (PanAm) bestätigte die geplante Einführung von Billigtarifen ab London nach 15 Städten in den USA. Die neuen Preise sollen ab 17. September gelten. PanAm reagiert damit auf Tarifvergründungen, die kürzlich von der staatlichen Fluggesellschaft British Airways (BA) beschlossen wurden. Die Billigtarife liegen zum Teil 34 Prozent unter den regulären Flugpreisen.

Frankfurt (rt) - Der US-Dollar hat sich am Donnerstag an den internationalen Devisenmärkten behauptet, während das Pfund Sterling deutlich an Boden verloren hat. Der amtliche Mittelkurs der amerikanischen Währung wurde an der Frankfurter Devisenbörse auf 2,8690 nach 2,8613 Mark am Vortag festgesetzt. Die Deutsche Bundesbank gab Händlern zufolge 30 Millionen Dollar an den Markt ab.

Dollar behauptet

Frankfurt (rt) - Im Rahmen eines neuen „Emissionskalenders“ sollen im Laufe der nächsten vier Wochen fünf D-Mark-Auslandsanleihen über insgesamt 750 Millionen Mark auf den Kapitalmarkt kommen. Wie aus Rentenmarktquellen verlautet, hat dies der Zentrale Kapitalmarkt-Ausschuß (ZKMA) beschlossen. Rentenanhänger bezeichneten das Volumen des Programms als „sehr bescheiden“, was auf die momentan recht schlechte Verfassung des Rentenmarktes zurückzuführen sei. Man habe den Markt offensichtlich nicht mit größeren Mittelaufnahmen zusätzlich belasten wollen. Das abgelaufene Programm hatte ein Volumen von 1,16 Milliarden Mark.

Neuer Emissionskalender

London (rt) - Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien ist im Juli gegenüber dem Vormonat stark angestiegen. Einschließlich der Schulabgänger, die bereits Arbeitslosenunterstützung beantragen können, erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen von 2,984 Millionen auf 3,021 Millionen. Das sind 12,7 (12,5) Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Dieses Bild verschlechtert sich noch erheblich dadurch, daß weitere 211 125 arbeitslose Schulabgänger hinzugegerechnet werden müssen, denen erst von September an die Beantragung von Arbeitslosenunterstützung gestattet wird. Dem neuen statistischen System zufolge werden nur diejenigen offiziell als arbeitslos registriert, die Arbeitslosengeld beantragen. Insofern hat die tatsächliche Arbeitsunzähl im Juli 3,232 Millionen erreicht, soviel wie nie zuvor seit den dreißiger Jahren.

Arbeitslosigkeit gestiegen

Frankfurt: Internationale Fachmesse für Küche und Hausrat

Internationale Herbst
Frankfurter automn
Messe automne

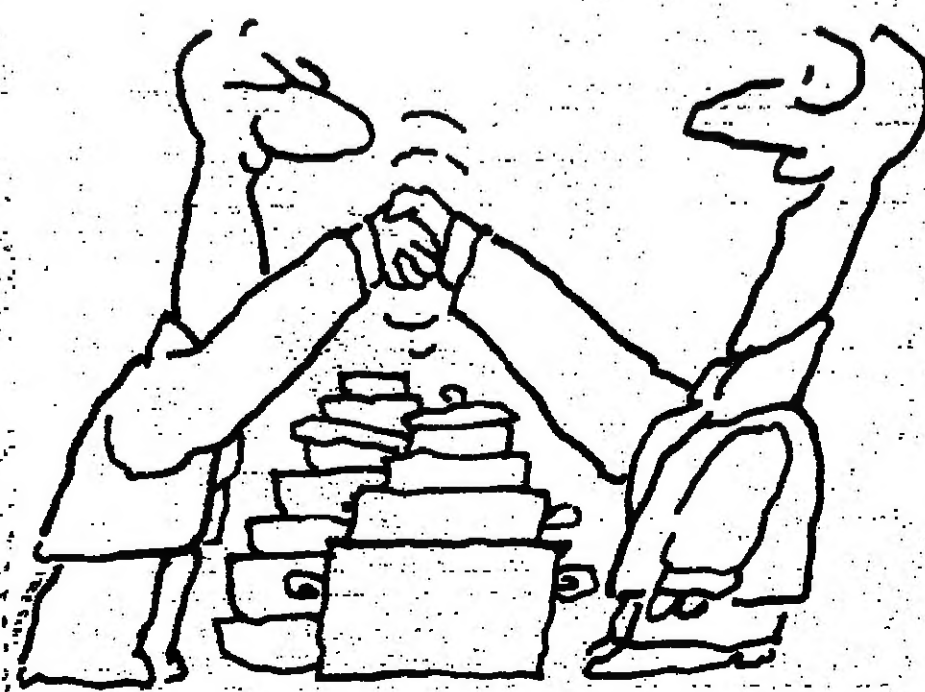
Das komplette Angebot: Schneidwaren, Bestecke, Tafel- und Serviergeräte, Koch- und Küchengeschirr, Haushalts- und Küchengeräte, Küchenmaschinen, Konsum-Kunststoffe, Reinigungsgeräte, Haushaltsbedarf.

Jetzt mehr als 300 Aussteller. Auf erweiterter Fläche in Halle 9, Europas modernster Messehaus. Namhafte Hersteller aus dem In- und Ausland. Über 50% aus dem Ausland.

27. bis 31. August 1983

Der Markt für Küche und Hausrat ist in Frankfurt. Direkt verbunden mit der Internationalen Fachmesse Gedeckter Tisch. Und mit dem richtigen Umfeld für Sortimentsergänzungen in den anderen Fachmessen des Frankfurter Messe-Verbundes. Frankfurt: Der Order-Termin vor der Geschenksaison. Und der früheste Innovations-Termin für 1984.

Messe
Frankfurt



GENERAL MOTORS

Von Regierung verklagt

H.A. SIEBERT, Washington
Der größte Autokonzern der Welt, die amerikanische General Motors Corp., ist vom US-Justizministerium verklagt worden. Das Bundesdistriktsgericht in Washington soll entscheiden, ob das Unternehmen Bremsdefekte an Personenkraftwagen der X-Serie des Modelljahres 1980 verheimlicht hat. Die Behörde verlangt den Rückruf von 1,1 Millionen Chevrolet Citation, Pontiac Phoenix, Buick Skylark und Oldsmobile.

Anzeige

Abonnieren Sie Exklusivität

90 Korrespondenten an 35 wichtigen Plätzen des In- und Auslandes schreiben für die WELT Ihre Informationen, Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare erscheinen in keiner anderen Zeitung. Bezahlen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie exklusiv informiert.

DIE WELT

VEREINIGTE VERLAGS- UND DRUCK-ANSTALTEN

Hinweis für den neuen Abonnenten

Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Beziehung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei:

DIE WELT, Vertrieb, Postfach 3058/30, 2000 Hamburg 30.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 3058/30, 2000 Hamburg 30.

Bestellchein

Bitte befüllen Sie mir zum nächstmöglichen Termin auf weiteren die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,- (Ausland 35,-, Luftpostzuschlag auf Anfrage), anleger Vorname und Nachnamen sowie Wohnort und Postleitzahl.

Name _____

Straße/Nr. _____

PLZ Ort _____

Beitrag _____

Telefon _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 3058/30, 2000 Hamburg 30.

Unterschrift: _____

Omega. Außerdem soll „GM“ wegen „Falschmeldungen während einer amtlichen Untersuchung“ eine Geldstrafe in Höhe von vier Millionen Dollar zahlen.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der US-Automobilindustrie, daß die amerikanische Regierung diese Notbremse zieht. Weil die Hinterräder der Wagen blockierten, sind bei der National Highway Traffic Safety Administration 1740 Beschwerden eingegangen. Mit dem Defekt in Zusammenhang gebracht wurden Unfälle, bei denen 15 Menschen getötet und 71 verletzt wurden. In der Klageschrift wird General Motors unter anderem vorgeworfen, trotz verschiedener Warnung habe sie die Produktion fortgesetzt.

ENTWICKLUNGSLÄNDER / Anteil am gesamten Energieverbrauch nimmt zu - Weltbank erhöht Hilfen

Abhängigkeit von Einfuhren bleibt weiter sehr hoch

H.A. SIEBERT, Washington
Bis 1995 müssen die Entwicklungsländer jedes Jahr 130 Milliarden Dollar (nahezu 347 Milliarden Mark) zu Preisen von 1982 in Energieprojekte investieren, wenn sie eine noch größere Finanzklemme und die Zerstörung ihrer Umwelt durch die Abholzung ihrer Wälder verhindern wollen. Nur die Hälfte der Mittel können sie selber aufbringen, der jährliche Devisenbedarf beträgt 64 Milliarden Dollar.

In einer neuen Untersuchung geht die Weltbank davon aus, daß der Weltenergieverbrauch bis 1995 im Jahreschnitt um 2,3 Prozent zunimmt, verglichen mit drei Prozent von 1970 bis 1980. In den Entwicklungsländern sinkt die Wachstumsrate nur von 5,4 auf fünf Prozent, was dazu führt, daß der Anteil der Dritten Welt am Verbrauch kommerzieller Energie von 20 auf 35 Prozent steigt.

Für die Weltbank ist große Sorge bei der Anpassung an die Ölpreise, die heute immer noch real fünfmal höher sind als 1973, schon deshalb geboten, weil der braune Rohstoff längerfristig nicht billiger, sondern teurer wird. Veranschlagt wird das inflationsbereinigte jährliche Preisplus auf 1,6 Prozent. Die

Halbe der Entwicklungsländer hängt zudem zu 75 Prozent von Energie-Einfuhren ab, die von 295 (1980) auf etwa 386 Millionen Tonnen Öläquivalent ansteigen werden.

Das Erreichen der kühnen Investitionsziele setzt einmal voraus, daß sich genügend ausländische Kreditgeber finden. Hier sind Fragezeichen angebracht, zumal die Devisenzufüsse, mit denen Energievorhaben finanziert wurden, 1982 nur 24 Milliarden Dollar ausmachten. Im Klartext: die Projektion mündet auf eine jährliche Zunahme um 15 Prozent hinaus.

Zum anderen muß das Bruttoinlandsprodukt der Entwicklungsländer, also ohne Außenhandel, bis 1985 jährlich um 4,4, von 1985 bis 1990 um 5,4 und von 1990 bis 1995 um 5,5 Prozent wachsen. Von 1980 bis 1982 machte die Durchschnittsrate nur 1,9 Prozent aus. Ob die Rechnung aufgeht, bestimmen weitgehend China, Brasilien, Indien und Mexiko, auf die rund 50 Prozent des Energieverbrauchs in der Dritten Welt entfallen.

Nach Angaben der Weltbank haben die 131 Entwicklungsländer 1980 mehr als 1,3 Milliarden Ton-

nen Öläquivalent verbraucht, verglichen mit 0,8 Milliarden Tonnen 1970. In zwölf Jahren konsumieren sie 2,6 Milliarden Tonnen. Die Produktion einschließlich der Öllieferanten, steigt von 1,7 (1980) auf 3,1 Milliarden Tonnen. In den importierenden Staaten wächst sie von 382 auf 960 Millionen Tonnen.

Mit der nötigen Finanzhilfe kann diese Gruppe die Ciffrerhöhung bis 1995 von 65 (1980) auf 145, die Kohleproduktion von 192 auf 384, den Erdgasausstoß von 21 auf 115 und die Stromerzeugung von 98 auf 308 Millionen Tonnen Öläquivalent anheben. Drastisch erhöht hat sich in diesen Entwicklungsländern bereits die Zahl der Versuchsbohrungen für Öl und Erdgas, obwohl sie immer noch hinter den globalen Aktivitäten hinterherhinkt.

Auf die Energieziele der Entwicklungsländer hat die Weltbank mit einer Ausweitung ihrer eigenen Programme reagiert. Ihre Ausleihungen für Energieprojekte verdoppeln sich von 1979 bis 1982 von 1,5 auf 3,4 Milliarden Dollar. Zugleich zapfte sie private Finanzquellen an. In den vergangenen vier Jahren pumpt die Weltbank allein 10,1 Milliarden Dollar in den Energiebereich, die durch Kon-

finanzierung um weitere 11,2 Milliarden Dollar aufgestockt wurden.

Der Bau von Elektrizitätswerken verschlang 1982 rund 60 Prozent der für den Energiesektor bestimmten Weltbankmittel. In Öl- und Erdgasvorhaben flossen 35 Prozent. Im laufenden Geschäftsjahr werden die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) zusammen 25 Prozent ihrer Einnahmen in Höhe von insgesamt 15 Milliarden Dollar für Energiezwecke abzugeben. Zur Verfügung stehen also 5,5 bis vier Milliarden Dollar.

Stark ausgedehnt hat die Bank ihren Beratungsdienst im Energiebereich. Von den Entwicklungsländern fordert sie eine stärkere Berücksichtigung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage und eine größere Diversifizierung der nationalen Energieprogramme. Sie drängt überdies auf neue Strategien beim Industriesaufbau, in der Landwirtschaft und im Transportwesen, die auf die höheren Energiekosten Rücksicht nehmen. Für unzulänglich hält die Weltbank ordnungspolitische Eingriffe, die die Weltmarktwirtschaftsbeziehungen unberücksichtigt lassen.

FORTUNE / Die 50 größten Konzerne der Welt

Sieben deutsche vertreten

AP/dpa/VWD, New York
Erstmals seit 1958 sind sowohl die Umsätze als auch die Gewinne der 50 größten Konzerne der Welt 1982 geschrumpft. Dies geht aus einer Übersicht der amerikanischen Zeitschrift „Fortune“ hervor, die in New York veröffentlicht wurde. Danach ging der Gewinn der Großkonzerne 1982 um 23,4 Prozent auf 39 Milliarden Dollar zurück, während das Umsatzvolumen um 3,3 Prozent auf 1,24 Billionen Dollar schrumpfte.

Die sieben größten Konzerne der Welt waren entweder Öl- oder Automobilunternehmen. Umsatzführer blieb wie im vorausgegangenen Jahr die Exxon Corp. vor der Royal Dutch Shell. Der Ölkonzern Mobil Corp. verlor den Anschluss an seine beiden großen Konkurrenten und fiel hinter General Motors auf den vierten Platz zurück. Es folgten die Ölkonzerne BP und Texaco, die gegenüber 1981 die Ränge tauschten, und die Ford Motor Co.

Umsatzmäßig erst an achter Stelle rangierte der Biroschinenhersteller IBM, der mit 4,4 Milliarden Dollar den größten ausgewie-

senen Gewinn aller aufgeführten Konzerne erzielte. Den zweitgrößten Gewinn verbuchte Exxon mit 4,19 Milliarden Dollar.

Den größten Verlust unter den Industriegiganten verzeichnete der staatliche italienische Energiekonzern ENI mit 1,2 Milliarden Dollar. Alle Ölkonzerne zusammen mußten einen Gewinnrückgang um 29 Prozent und Umsatzeinbußen von sieben Prozent hinnehmen.

Neu in die Liste der 50 Umsatzführer aufgenommen wurden die im Stahl- und Fahrzeuggeschäft tätige italienische Staatsholding IRI (Nummer 18) und Mitsubishi (Nummer 46). Nicht mehr aufgeführt waren der französische Automobilkonzern Peugeot und Kuwait Petroleum.

Sieben deutsche Konzerne sind unter den 50 größten Industrieunternehmen der Welt zu finden. Siemens (Platz 24), Daimler-Benz (29), VW (36), Hoechst (42), Bayer (43), BASF (48) und Thyssen (49) konnten sich in der von „Fortune“ erstellten Liste der umsatzstärksten internationalen Großkonzerne behaupten.

ADIG / Trotz stürmischer Hausse und guter Wertentwicklung noch hoher Mittelfrucht

Mit neuen Fonds verlorenes Terrain zurückgewinnen

DANKWARD SEITZ, München

Bei der Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München/Frankfurt, ist in letzter Zeit offensichtlich ein Umdenkungsprozess in der Geschäftspolitik in Gang gekommen. Während man sich bisher immer eher zurückhaltend mit der Auflage neuer Investmentfonds gab, kündigte Geschäftsführer Erik Fintelmann jetzt anlässlich der Vorlage des Rechenschaftsberichtes für 1982/83 (30.6.) eine Erweiterung des Angebots an. Nach Möglichkeit soll bereits um die Jahreswende 1983/84 ein Technologie-Fonds aufgelegt werden.

Das Fondskonzept ist auf hochtechnisierte, innovative Unternehmen und deren Zulieferanten vornehmlich in den USA, Japan und der Bundesrepublik ausgelegt und nicht an eine Branche gebunden. Vorausgesetzt wird, wie Fintelmann betonte, daß die Papiere an

den jeweiligen Heimatbörsen amtlich notiert sind, der neue Fonds also nicht - wie etwa ein venture capital fund - in neugegründete Gesellschaften investiert.

Zu diesem Schritt hat man sich bei Adig, wie Fintelmann eingesteht, angesichts der Erfolge anderer Investmentgesellschaften mit neuen Fonds und dem hohen Anlegerinteresse daran entschlossen. Kein unwesentlicher Grund dürfte aber auch der noch relativ hohe Mittelfrucht bei den bisherigen Adig-Fonds trotz teilweise stürmischer Haussebewegungen an den Aktien- und Rentenmärkten und der damit verbundenen guten Wertentwicklung gespielt haben.

So gab Fintelmann auch zu erkennen, daß in die Adig-Angebotspalette ganz gut eine Energie-, Rohstoff- oder Länderfonds passen würde. Gedanken hat man sich auch über die Auflage eines international orientierten Rentenfonds

gemacht, nachdem von den 1,9 Mrd. DM Mittelfrucht 1982/83 allein 1,6 Mrd. DM auf die Fonds mit Anlage Schwerpunkt Ausland entfielen. Ein stärkeres Engagement durch „Adirenta“ - in der Spitze waren es bis zu 30 Prozent - stieß bei den Anlegern auf wenig Interesse.

Insgesamt setzte die Adig 1982/83 für 1238,3 Mill. DM Fonds-Anteile ab, das sind 71,1 (minus 6,4) Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entfielen 969,9 Mill. DM (plus 80,8 nach minus 5,5 Prozent) auf Rentenfonds und 268,4 Mill. DM (plus 44,4 nach minus 8,7 Prozent) auf Aktien- und gemischte Fonds. Die Netto-Rücklässe von 120 (228) Mill. DM ließen den Marktanteil, gemessen am Fondsvermögen der Branche, von 21,8 auf 20,0 Prozent sinken, obwohl das Adig-Fondsvermögen von 5,56 (5,77) Mrd. auf 6,30 Mrd. DM zugenommen hat. Recht zuversichtlich beurteilen

die Adig-Manager die weitere konjunkturelle Entwicklung. Der langsame Erholungsprozess werde sich angesichts der „nicht ungunstigen Rahmenbedingungen“ weiter fortsetzen. Auch für 1984 sei aus heutiger Sicht mit einem freundlichen Verlauf zu rechnen. Zweifelt man an der Liquiditätshausse, die auf Rekordhöhe liegenden Realzinsen - in den USA wie auch hierzulande - ein erhebliches Zinssenkungspotential signalisieren.

Der Aktienmarkt befindet sich nach der Liquiditätshausse jetzt in einer Phase eines konjunkturellen bzw. gewinnorientierten Aufschwungs. Daher dürfte die Aufwärtsentwicklung der Kurse - wenn auch unter stärkeren Schwankungen - noch nicht zu Ende sein. Gute Chancen werden vor allem Chemie- und Autoaktien, Elektrowerke sowie Bank- und Versicherungstiteln eingeräumt.

Adig-Fonds	Adifonds		Adirenta		Adiropa		Adiverba	
	1982/83	1981/82	1982/83	1981/82	1982/83	1981/82	1982/83	1981/82
Fondsvermögen (Mill. DM)	578,3	468,8	4093,3	3740,0	31,8	30,3	309,8	242,8
Mittelzu-/abfluß	-20,1	-42,4	-17,4	-55,9	-6,0	-2,7	-22,0	-30,9
Anteilwert (DM)	34,84	27,15	22,71	20,84	34,12	28,24	70,96	50,76
Ausschüttung*	1,45	1,70	1,80	1,75	1,15	1,60	2,00	1,85
Wertveränderung*	+36,8	-5,7	+18,8	+4,6	+37,8	-10,4	+45,1	-2,2

* Geschäftsjahresende jeweils 30.6.; * in DM je Anteil inkl. Steuergutschrift; * in % bei Wiederanlage der Ausschüttung zum Anteilwert.

WELTBÖRSEN / New York zum Schluß erholt

Sommerhaussie in Paris

New York (VWD) - Nach fünf aufeinanderfolgenden Sitzungstagen mit Kursverlusten setzte zur Wochenmitte an der Aktienbörse in Wall Street eine Erholung ein. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte lag am 9.82 auf 1197,82 Punkte an (Vorwoche: 1230,4). Der Schlußstand dieses Index gibt allerdings kein treffendes Bild des gesamten Marktes. Der relativ hohe Zuwachs des Dow Jones resultierte vor allem aus den beachtlichen Gewinnen, die zwei der 30 Index-Komponenten, nämlich AT&T (plus zwei Punkte, zugleich meistgehandelter Wert) und Goodyear (plus 16/8, viertmeistgehandelter Wert) verbuchen konnten.

J. Sch. (Paris) - Die Pariser Börse steht im Zeichen der traditionellen Sommerhaussie. Sie ist insoweit ferienbedingt, als die durchweg starken institutionellen Anleger ihre flüssigen Mittel im Rahmen behördlicher Kontingente weiterhin zum Kauf von Aktien und Obligationen verwenden müssen, während die privaten Verkäufer Urlaub machen. Selbst die jüngste starke Dollar-Hausse vermochte den Aufwärtstrend nicht zu brechen, obwohl der französische Wirtschaft größere Nachteile (Importvertüerung) als Vorteile

(Exportbelebungen) erwachsen. Die Befürchtung, daß darüber hinaus zur Franco-Verteidigung die Zinsen erhöht und so der konjunkturelle Abwärtstrend noch verstärkt werden könnte, hat sich bisher allerdings nicht bestätigt. Der Index für einheimische Aktien (Ende 1982 = 100) erklomm einen neuen Jahreshochstand von 140,0.

Tokio (VWD) - Im Sog des Kursanstiegs in Wall Street am Vortag haben sich am Donnerstag die Kurse an der Aktienbörse in Tokio leicht erhöht. Dabei zogen vor allem Werte, für die Phantasie besteht, das Interesse der Anleger auf sich, so u. a. Arabian Oil und Casio Computer. Der Nikkei-Dow-Jones-Durchschnittskurs beendete die Vormittagssitzung mit 9020,38 Yen (nach 9112,07 in der Vorwoche).

London (W) - An der Londoner Aktienbörse ist nach einer kurzen Phase der Unsicherheit das Anleger-Interesse wieder zurückgekehrt. Der Anstieg der britischen Währungsreserven sowie die wenigstens teilweise gelungene gemeinsame Intervention der Notenbanken der USA, Deutschlands, Japans und Frankreichs gegen einen weiteren starken Anstieg des Dollarkurses ließen den Financial Times-Index seit Dienstag um 10,9 auf 718,0 Punkte steigen. Zur Wochenmitte legte der Index nochmals um 7,6 Punkte zu, nachdem neue Übernahmeberichte (UBM/Pilkington und andere) für zusätzliches Interesse sorgten. Bis zum gestrigen Donnerstagsnachmittag blieb der Index unverändert bei 725,1 Punkten.

Bayer



Bayer Aktiengesellschaft - Leverkusen

Aufforderung zur Entgegennahme neuer Gewinnanteilscheinbogen

Wertpapier-Kenn-Nummer 575200

Gegen Einreichung der Erneuerungsscheine zu den Aktien unserer Gesellschaft werden

vom 15. August 1983 an

neue Gewinnanteilscheinbogen mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 41 bis 60 und Erneuerungsschein bei allen Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken kostenfrei ausgegeben:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank - Girozentrale -
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Ferner sind Ausgabestellen in

Belgien: Kredietbank N. V., Brüssel
Banque Bruxelles Lambert S. A., Brüssel

Frankreich: Crédit du Nord, Paris
Banque Nationale de Paris, Paris
Crédit Lyonnais, Paris
Société Générale S. A., Paris

Großbritannien: Hambros Bank Limited, London
Hill Samuel & Co. Limited, London
Kleinwort, Benson Limited, London
S. G. Warburg & Co. Ltd., London

Luxemburg: Kredietbank S. A. Luxembourg, Luxembourg

Österreich: Creditanstalt-Bankverein, Wien

Schweiz: Schweizerische Kreditanstalt, Zürich
Schweizerischer Bankverein, Basel
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich

sowie Niederlassungen dieser Banken in den jeweils genannten Ländern.

Wir bitten, die Erneuerungsscheine nach Nennbeträgen und Nummernfolge geordnet mit einem Nummernverzeichnis in dreifacher Ausfertigung bei einer der vorgenannten Banken einzureichen.

Soweit Aktien im Depot eines Kreditinstituts verwahrt werden, haben unsere Aktionäre selbst nichts zu veranlassen, da die Bogenerneuerung durch das Kreditinstitut vorgenommen wird.

Die Aktien unserer Gesellschaft werden vom 15. August bis zum 15. September 1983 einschließlich sowohl mit dem alten Erneuerungsschein als auch mit dem neuen Gewinnanteilscheinbogen und vom 16. September 1983 an nur noch mit dem neuen Gewinnanteilscheinbogen an den deutschen Wertpapierbörsen lieferbar sein.

Der Vorstand der
Bayer Aktiengesellschaft
Grünwald Schaub

Leverkusen, im August 1983

HEIDELBERGER ZEMENT 1982



Bilanzüberblick - AKTIVA

	1982	1981
In Mio. DM		
Sachanlagen	246	242
Finanzanlagen	290	294
Vorräte	50	71
Liquide Mittel, Wertpapiere	70	47
Sonstiges Umlaufvermögen	100	63

Bilanzüberblick - PASSIVA

	1982	1981
In Mio. DM		
Eigenkapital	283	272
Pensionsrückstellungen	206	200
Andere Rückstellungen	178	137
Sonstige Passiva	73	92
Bilanzgewinn	16	16

Bilanzsumme

	756	717
--	-----	-----

Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung

	1982	1981
In Mio. DM		
Umsatzerlöse	818	749
Übrige Erträge	30	38
Gesamtertrag	848	787
Materialaufwand	328	364
Personalaufwand	144	145
Abschreibungen	111	76
Zinsaufwand	1	3
EEV-Steuer	66	31
Übriger Aufwand	171	144
Jahresüberschuß	27	24
Rücklagenzuführung	11	8

Bilanzgewinn

	16	16
--	----	----

Der vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer.

Unsere Jahresleistung 1982 umfaßte die Produktion und den Vertrieb von 7,1 Mio. t Baustoffen, die mit weniger als 2800 Mitarbeitern in 15 Fabriken erbracht wurde. Mit 119 Mio. DM Investitionsvolumen haben wir alle technisch erforderlichen Maßnahmen durchgeführt.

Wenn Sie mehr über unser Unternehmen wissen möchten, schreiben Sie uns.

Heidelberg Zement AG, Berliner Straße 6, Postfach 10 44 20, 6900 Heidelberg



Vereinsbank in Nürnberg Aktiengesellschaft Hypothekenbank

Über unsere Geschäftsentwicklung vom 1.1. bis 30.6.1983 liegt der

Zwischenbericht

vor. Er kann bei uns unter Angabe der gewünschten Stückzahl angefordert werden (Postfach 4249, 8500 Nürnberg 1).

Nürnberg, im August 1983

Der Vorstand

Deutschlands Herzpatienten in Not! Es fehlen OP-Plätze, Intensivbetten und Gerät. Rund 10.000 Herzpatienten stehen auf der Warteliste. Viele sterben, weil sie nicht operiert werden können. Hilfe tut Not! Deutschlands Herzpatienten brauchen mehr OP-Plätze, Intensivbetten und Gerät. Laßt uns helfen! Werden Sie Mitglied unseres Vereins gem. e.V.

HERZ - IN - NOT DEUTSCHLAND E.V.

Sitz von „Herz-in-Not Deutschland e.V.“: Postfach 34 48, 4400 Münster.
1. Vorsitzender: G.-W. Kreutzer,
Baskengrund 12, 4408 Dölnen, Tel.: 02594/57 41

Spendenkonto: Sparkasse Münster, BLZ 400 501 50, Kto.-Nr. 158
Bankhaus Lampe, Münster, BLZ 480 201 81, Kto.-Nr. 334 200
Postcheckamt Dortmund, BLZ 440100 48, Kto.-Nr. 2525 469
Retten Sie Menschenleben!

DRESDNER BANK / Das Betriebsergebnis hat sich um ein Drittel verbessert

Eine höhere Dividende ist in Sicht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt. Konkret als Vorstandssprecher Friderichs auf der Hauptversammlung Mitte Mai äußert sich jetzt der Vorstand der Dresdner Bank im Aktionärsbrief zur Dividendenerhöhung. Aus heutiger Sicht sei trotz wiederum beträchtlichen Vorsorgeaufwands für Risiken und Wertberichtigungen mit einem Ergebnis zu rechnen, das eine höhere Ausschüttung (zuletzt 4 DM je Aktie) und eine deutliche Dotierung der offenen Rücklagen gestattet.

Das Betriebsergebnis einschließlich der nochmals beträchtlich gestiegenen Eigenhandelsgewinne hat sich gegenüber der zum Vergleich herangezogenen Hälfte des Vorjahresergebnisses bis zur Jahresmitte um etwa ein Drittel verbessert. Das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Personal- und Sachkosten, aber ohne Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung) allein übersteigt mit einem neuen Höchstwert von 570 Mill. DM den anteiligen Vorjahresbetrag um 150 Mill. DM oder 35,6 Prozent.

Ausschlaggebend dafür war der vor allem einer deutlichen Reduzierung der Geldeinstandskosten zu verdankende Anstieg des Zinsüberschusses um 14 Prozent auf 1173 Mill. DM, in dem sich bei einem im ersten Halbjahr um 2,5 Prozent auf knapp 89,7 Mrd. DM gesunkenen Geschäftsvolumen die Verbesserung der Zinsmarge von 2,6 auf 2,9 Prozent widerspiegelt. Der Provisionsüberschuss wuchs weiter um 10,3 Prozent auf 392 Mill. DM. Gleichzeitig wurde die Zunahme des laufenden Verwaltungsaufwands auf unterproportionale 3,2 Prozent (um 31 auf 395 Mill. DM) begrenzt.

Ebenso wie bei den anderen großen Banken zeigt die Bilanz der Dresdner Bank, der es, wie sie im Aktionärsbrief schreibt, noch schwer fällt, die wirtschaftliche Aufwärtstendenz als nachhaltig gesichert anzusehen, die Spuren der recht flauen Konjunktur. Das Kreditvolumen war, auch saisonbedingt, in den ersten Monaten niedriger als Ende 1982; erst zur Jahresmitte erreichte es mit 59,3 Mrd. DM nahezu wieder dieses Niveau (59,4

Mrd. DM). Die Forderungen an Kunden haben sich weiter von den langfristigen Ausleihungen (16,8 nach 17,7 Mrd. DM) zu den kurz- und mittelfristigen (23,1 nach 22,6 Mrd. DM) verlagert. Zugenommen haben lediglich die Kredite an Private, vor allem für den Bau, sowie geringfügig auch die Ausleihkredite. Im internationalen Geschäft registriert die Bank erst seit Jahresmitte eine stärkere Belebung.

Zur Refinanzierung des stagnierenden Kreditgeschäfts hat sich die Bank verstärkt auf kostengünstigere Bankengelder gestützt, die von 23,5 auf 25,5 Mrd. DM stiegen. Zugleich wurden die Kundengelder von 49,8 auf 46 Mrd. DM zurückgeführt, und zwar vor allem durch ein Abschmelzen der Termineinlagen von 21,6 auf 18 Mrd. DM. Aufgestockt hat die Bank trotz inzwischen verschlechterter Kapitalmarktlage ihr festverzinsliches Portefeuille (um 7,3 Prozent auf gut 6,1 Mrd. DM). Für die Dresdner-Bank-Gruppe wird ein von 180 auf 177 Mrd. DM gesunkenes Geschäftsvolumen ausgewiesen.

SIEMENS / Zwei Kernkraftwerksaufträge

Inland trägt das Wachstum

DANKWARD SEITZ, München. Gut gehalten hat sich die Siemens AG, München, in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 (30.9.), obwohl die internationale Konjunkturlage bei stagnierenden Märkten weiterhin als unbefriedigend charakterisiert wird. Bei einem Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum fällt auf, daß die Zuwachsraten per Ende Juni 1983 teilweise deutlich geringer ausgefallen sind und das Inlandsgeschäft die führende Rolle übernommen hat.

In den ersten neun Monaten des laufenden Geschäftsjahres erzielte Siemens ein Umsatzplus von 3 (14) Prozent auf 28,2 Mrd. DM. Dazu trug das Inland mit plus 5 (9) Prozent auf 12,5 Mrd. DM mehr als doppelt soviel bei wie das Ausland mit 2 (18) Prozent auf 15,7 Mrd. DM. Der Gewinn nach Steuern erhöhte sich um 15,9 (33,3) Prozent auf 638 Mill. DM.

Noch deutlicher war diese Entwicklung beim Auftragseingang (35 Mrd. nach 31,1 Mrd. DM), wo sich der Inlandsanteil um 46 (18,9) Prozent auf 16,1 Mrd. DM erhöhte. Erheblichen Einfluß hatten hier zwei Kernkraftwerksaufträge, doch auch ohne diese verbleibt noch ein Plus von 7 Prozent. Die Auftragsaufträge verminderten sich dagegen um 9 (plus 22,2) Prozent auf 16,9 Mrd. DM, was auf die anhaltende Stagnation in den meisten Industrieländern und den langsameren Ausbau der Infrastruktur in einigen Opec-Staaten zurückgeführt wird. Der Auftragsbestand per Ende Juni erhöhte sich um 11 (7) Prozent auf 58,7 Mrd. DM.

Die Schwache Investitionsneigung bekam vor allem die Energietechnik zu spüren, während die Daten- und Medizinische Technik überdurchschnittliche Zuwachsraten erreichten. Die Investitionen blieben mit 1,1 Mrd. DM unverändert. Der Personalbestand wurde nicht ganz gehalten: Die Zahl der Mitarbeiter ging weltweit um 4 Prozent auf 311.000 zurück, und zwar im Inland um 5,5 Prozent auf 210.000 und im Ausland um 3 (2) Prozent auf 301.000.

Kynast: Kapazitäten voll ausgelastet

D. SCHMIDT, Quakenbrück. Die Otto Kynast GmbH & Co. KG, Quakenbrück, nach eigenen Angaben mit einer Jahresproduktion von 900.000 Fahrrädern Branchenführer auf dem europäischen Kontinent, verzeichnet im laufenden Jahr eine anhaltend günstige Geschäftsentwicklung. Das Unternehmen, das bereits 1982 den Umsatz um 9 Prozent auf 212 (197) Mill. DM gesteigert hatte, erzielte im ersten Halbjahr 1983 erneut ein Plus von 13 Prozent. Für das gesamte Jahr rechnet Firmenchef Werner Kynast mit einem Umsatz von über 240 Mill. DM. Dabei handelt es sich um reines Wachstum. Denn trotz der Verteuerung vor allem auf dem Stahlsektor sei das Preisniveau stabil gehalten worden.

Konkrete Zahlen zur Ertragsrechnung passte Kynast auch in diesem Jahr nicht. Nach seinen Angaben hat sich aber das Ergebnis gegenüber 1982, dem bislang besten Jahr, verschlechtert. Dies bedeute jedoch nicht, daß die Ertragslage unbefriedigend sei. Die Investitionen, die 1982 rund 9 Mill. DM erreichten, würden voll aus Eigenmitteln finanziert. Die gestiegene Umsatz, so Kynast, resultiere nahezu ausschließlich aus neuen auf dem Markt gebrachten Produkten. Hier zählte das vor zwei Jahren ins Programm genommene BMX (Bicycle, Moto Cross) Rad, von dem bisher 400.000 Stück produziert wurden. Zufrieden zeigt sich Kynast auch mit dem vor Jahresfrist vorgestellten Elektrofahrrad (Nirosta). Jüngstes Produkt ist ein Kängarostreckgerät, das jetzt serienmäßig hergestellt wird und dem Gesundheitsbereich zugeordnet wird.

Neben Fahrrädern, die am Gesamtumsatz einen Anteil von 66 Prozent haben und zu knapp 40 Prozent in den Export gehen, befaßt sich Kynast mit der Herstellung von Camping-Geräten, Möbels- und Rasenmähern.

VEW erwarten steigenden Absatz

Rm. Essen. Für den weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 1983 erwarten die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, eine Zunahme des Energieabsatzes in allen Geschäftssparten und einen veranschaulichten Auftrieb der Kosten. Damit wird eine Stabilisierung der Verkaufspreise möglich sein, heißt es in einem Aktionärsbrief des Unternehmens.

Im ersten Halbjahr noch trat das Unternehmen auf der Stelle. Der Umsatz stieg nur um 0,9 Prozent auf 2,79 Mrd. DM, vornehmlich auf das Stromgeschäft zurückzuführen. Dennoch blieb der Stromabsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres unverändert. Die Gasabgabe erhöhte sich um 0,8 Prozent. Der Fernwärmeverkauf lag um 1 Prozent unter Vorjahresniveau.

Den Aktionären wird eine Ertragsentwicklung wie in den Vorjahren signalisiert, was auf wieder 12 Prozent Dividende schließen läßt. 1985 will VEW das Kapital erneut um 200 Mill. auf eine Milliarde aufstocken.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Rohrwerk angeschlossen

Düsseldorf (J. G.). In bezug auf die Restmenge des für 1983 abgeschlossenen Gesamtvertrages haben sich die Arbeitsgemeinschaft Mannesmann Handel AG, Thyssen Stahlunion GmbH und die sowjetische VAO Promyshlennost nun geeinigt. Im vierten Quartal 1983 200.000 t Großrohre in die Sowjetunion zu liefern. Zusammen mit anderen Aufträgen, so betont der Düsseldorf Mannesmann-Konzern, sei damit die Beschäftigung seines Großrohrwerkes Mühlheim für den Rest des Jahres gesichert.

Hotel Rheinpark in Nöten

Berlin (Wz.). Die Rheinpark Hotel und Conference Center GmbH, Neuss, ist durch die Insolvenz ihrer Trägergesellschaft, der Biewag AG, in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wie die Kempinski AG auf Anfrage mitteilt, wird als jedoch aufgrund des Managementvertrages Conference Center und Hotel zunächst weitergeführt. Die Eigentümer bemühen sich nach Angaben von Kempinski-Finanzvorstand Rolf Rödig zur Zeit um eine langfristige Lösung, damit die Geschäfte durch Kempinski weitergeführt werden können.

Neue Girmes-Tochter

Düsseldorf (J. G.). Mit 51 Prozent von 400.000 DM Stammkapital hat

die Girmes-Werke AG, Oedt, an der Neugründung „Feinweberei Engels GmbH, Oedt“ beteiligt. Den Geschäftsführer, Geschäftsführer Werner Kles, der auch die in stilles Liquidation gegangene gleichnamige Rechtsvorgängerin leitete, die Eigentümer der alten, seit 1922 in Mönchengladbach-Rheydt existierende Firma (2,7 Mill. DM Stammkapital), die Familien Pferdenges (60 Prozent) und Engels (40 Prozent), setzen an unter Aufgabe der Produktion (120 Lende und 20 Mill. DM Umsatz) zurückgezogen.

Rolltreppen sind gefragt

Düsseldorf (J. G.). Aufträge für insgesamt 20 Mill. DM hat der Unternehmensbereich Rolltreppen der Orenstein & Koppel AG, Dortmund, in den letzten Wochen im Ausland gebucht: 19 Rolltreppen mit gut 1,1 Mill. DM Auftragswert für die Stockholmer U-Bahn, 17 Rolltreppen (rund 3 Mill. DM) für Bahnhöfe der holländischen Staatsbahn, schließlich 7 Rolltreppen und 11 Rollsteige (für mehr als 5 Mill. DM) für den Ausbau des Flughafens Zürich. Alles habe man „gegen schärfste internationale Konkurrenz“ gebucht und damit das langjährige Renommee der Firma beim Bau von Rolltreppen für Verkehrsanlagen erneut bewiesen. Auslieferungstermin für diese im O&K-Werk Hattigen abgewickelten Aufträge ist 1984.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Fernmeldemaschinenbau AG; Bonn: Michael Hesse; Herten: In. Fa. Hesse; Bielefeld: Daniel Gomez-Lopez; Bad Münsterlertal: Hoever; Freiburg: Dr. Elisabeth Kunz; Ing. e. Tübingen: Friedrich Oelgen; Gelsenkirchen: Tiemann Riche; Tiemann & Rausch GmbH; Hannover: Nachl. d. Irngard Bost geb. Schubert; Leverkusen: Ingrid Junke; Leichlingen: In. d. Mode Treib; Mönchenglad-

bach: Jeans Master Jeans-Vertrieb GmbH; Viersen: In. Bestlings: Ant. Haus Schmitt; G. Stützgen: De. tenverarbeit. Klaus Hübner GmbH. Vergleich beantragt: Pforzheim: Erwin Bartholomä & Co.; Pforzheim: R. Schmitt; Schölkopf: Siegfried Seidler; Kaufmann, Inh. d. Kraftfahrzeug-u. Landmaschinenhandel m. Reparatur; Wittenhausen: Mühlhoff GmbH & Co. KG; Metallverarbeitung: Mühlhoff GmbH.

DOORNKAAT / Nachfrage durch aufgezwungene Preiserhöhung deutlich gehemmt

Bisher keine Anzeichen für Besserung

DOMINIK SCHMIDT, Norden

Die Doornkaat AG, Norden, erkennt nach dem „wirtschaftlich schlechten Jahr 1982“ auch im laufenden Jahr keine Anzeichen für eine durchgreifende Besserung. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, gilt dies in besonderem Maße für den Spirituosenmarkt. Noch immer wirken die im April 1982 vorgenommene Brandweinsteuererhöhung und die dadurch ausgelösten Preiserhöhungen nachfragehemmend auf die Verbraucher.

Auch bei Doornkaat seien die Absatzzahlen im ersten Quartal 1983 deutlich geringer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Selbst bei alkoholfreien Getränken, die 1982 noch den Rückgang bei Spirituosen kompensierten, müsse mit „einem wesentlich be-

scheideneren Wachstum“ als 1982 gerechnet werden. Weiterhin unbefriedigend sei die Ertragslage.

Wesentliches Merkmal des Geschäftsjahres 1982 ist der stark geschrumpfte Jahresüberschuss. Er erreichte nur noch 0,54 (1981: 2,01) Mill. DM. Die Hauptversammlung am 9.1. August folgte dem Vorschlag der Verwaltung, auf 9 Mill. DM Vorzugsaktien eine Dividende von 6 Prozent auszuschütten. Die 12 Mill. DM Stammaktien blieben unberücksichtigt. Für 1981 hatte Doornkaat noch eine Dividende von 10 Prozent gezahlt.

Der Bruttoumsatz konnte 1982 mit 235 Mill. DM auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Von den Netto-Umsatzerlösen in Höhe von 229 Mill. DM entfielen 65 (70,7) Prozent auf Spirituosen, 32 (35,7) Prozent auf alkoholfreie Getränke

und unverändert 3 Prozent auf Tee. Der Vorstand weist darauf hin, daß die alkoholfreien Getränke das rückläufige wirtschaftliche Ergebnis im Spirituosenbereich nicht ausgleichen konnten.

Vorstandsmitglied Horst Thilo Kuse erklärte auf Anfrage, daß die Schwierigkeiten vor allem bei den hochpreisigen Spirituosen („Doornkaat“) unverändert anhalten. Lediglich im Kleinfaschen-Bereich sei die Entwicklung günstiger. Bis Ende Juni 1983 ergebe sich für Spirituosen ein Umsatzminus von rund 11 Prozent. Das Unternehmen sei nach dem Auslaufen der Kurzarbeitsphase Ende August gezwungen, erneut Kurzarbeit zu beantragen. Die Neuordnung im Vertriebsbereich und die Umorganisation der Abfüllbetriebe haben 1982 die Mitarbeiterzahl auf 695 (675) ansteigen lassen.

SIEMENS

Stromversorgung in den USA wird zuverlässiger

Los Angeles, Oktober '83.

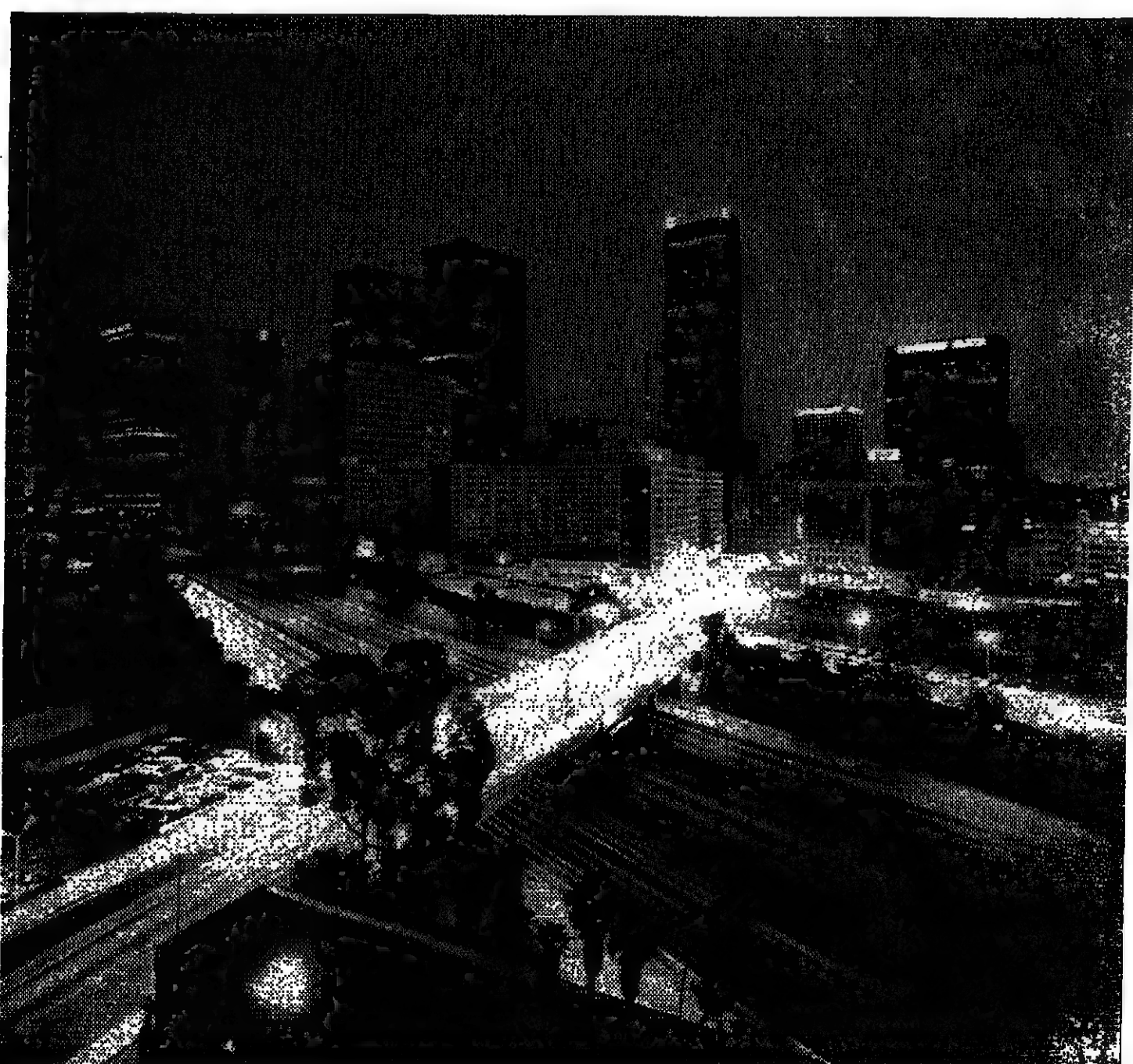
Siemens liefert ein neu entwickeltes Thyristor-Schaltersystem für das Hochspannungsnetz der Southern California Edison Company.

Stromausfälle an der Westküste der Vereinigten Staaten hatten ihre Ursache vor allem in bisher unbewältigten elektrischen Schwingungen innerhalb des weit ausgedehnten Stromnetzes, die zu hoher mechanischer Belastung der Generatoren bis hin zu deren Ausfall geführt haben.

In Zusammenarbeit mit dem Electric Power Research Institute (EPRI), dem größten amerikanischen Forschungsinstitut für elektrische Energie, hat Siemens jetzt einen neuartigen Thyristor-Schalter entwickelt. Mit seiner Hilfe gelingt es, diese schädlichen

Schwingungen so stark zu dämpfen, daß die Stromerzeugung nicht mehr gefährdet ist. Die Stromversorgung im Süden Kaliforniens wird so erheblich zuverlässiger.

Das neue Thyristor-Schaltersystem ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran. Siemens.

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Bundesanleihen'.

Renten etwas freundlicher

Die als marktgerechter empfundenen Konditionen der neuen 5-prozentigen Bundesanleihe (Kondite 3,33 Prozent bei 10-jähriger Laufzeit) sorgen am Rentenmarkt für mehr Zulauf. Anleger, die zu leicht herabgesetzten Kursen vor dem Öffentlichen Verkauf bei den Banken mit Zinsen und Kupon zu bezeichnen. Die neuen Bundesanleihen werden zum Einstellen von 77,50 Prozent gesucht. Bei den DM-Anleihen gab es nur geringe Veränderungen. Die Banken klagen über einen unbedingenden Absicht bei den Neuzulassungen.

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Bundesanleihen'.

Optionscheine

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Optionscheine'.

Ausländische Aktien

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Ausländische Aktien'.

Warenpreise - Termine

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Warenpreise - Termine'.

Öl, Fett, Tierprodukte

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Öl, Fett, Tierprodukte'.

Wolle, Faser, Textilien

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Wolle, Faser, Textilien'.

Metalle

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Metalle'.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schritt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterzeichnungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuss der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

Form with fields for Name, Straße, PLZ/Ort, and a checkbox for Abmahnung.



Zentralausschuss der Werbewirtschaft e.V. Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

MOTORSPORT / Streit im deutschen ATS-Team ausgerechnet vor dem Rennen auf dem Hockenheim-Ring

Teamchef Günter Schmid übt herbe Kritik an Winkelhock: Mit Piquet oder Lauda viel besser

MARCUS BERG, Bonn
Der hoffungsvolle Dreiklang um den herum deutsche Zukunftsmusik in der Formel 1 komponiert wurde, verkümmert ausgerechnet zur Dissonanz vor dem Ereignis, das hierzulande Höhepunkt der motorsportlichen Symphonie werden sollte: Deutsches Team, deutscher Fahrer, deutscher Motor – vor dem Großen Preis von Deutschland am Sonntag auf dem Hockenheimring (Start 14.30 Uhr) scheint diese Einheit zum Muster ohne Wert zu werden. Manfred Winkelhock (30), das ist jetzt schon abzusehen, wird in der nächsten Saison nicht mehr im ATS-Team des Bad Dürkheimer Unternehmers Günter Schmid (51) mit einem Münchner BMW-Turbo-Motor über die Formel-1-Pisten der Welt fahren.

Bei der traditionellen Formel-1-Party in der Frankfurter Nobeldiscothek „Dorian Gray“ verschlug es Winkelhock am Mittwochabend zwischen Champagner und Playmates die Sprache. Er hatte erfahren, daß Günter Schmid hinter seinem Rücken mit einem anderen Fahrer verhandelt hatte: Stefan Bellof, ein Star der Formel 2 im Mauer-Team und Weltfahrer bei Porsche, sollte für ATS schon beim Großen Preis der Niederlande am 22. August in Zandvoort starten. Bellof lehnte ab und ließ über seinen Manager mitteilen, „daß es nicht gut sein kann, unter den gegenwärtigen Umständen einen deutschen Fahrer in den Rücken zu fallen und sich als Druckmittel gegen Manfred Winkelhock verwenden zu lassen“.

Ausgerechnet vor dem Preis von Deutschland wird hier ein Konflikt zwischen Rennstallbesitzer und Fahrer deutlich, der schon lange schwelt. Winkelhock, mit der Hoffnung gestartet, in dieser Saison mindestens zehn WM-Punkte zu gewinnen, ist im Training stets einer der Besten, scheitert in den Rennen aber aus oder belegt Plätze, für die es keine Punkte mehr gibt. Günter Schmid wird offensichtlich immer nervöser – und deutlicher in seiner Absicht, Winkelhock abzuschleichen.

In der August-Ausgabe der Illustrierten „Sport“ war das alles, was jetzt geschieht, schon zwischen den Zeilen zu lesen. Schmid betonte immer wieder, ein gutes Auto zu besitzen. „Bei Tests sind wir die Schnellsten“, weist auch auf die gute Zusammenarbeit mit Winkelhock hin. „Ich sage ja nicht, daß er schlecht ist, aber es gibt Bessere“, um dann aber deutlich zu werden: „Er macht einige Fehler“.

Auch der Gleisler Stefan Bellof ist Deutscher. Doch wie Schmid über seine Landsleute im Cockpit seiner BMW-Turbo-Wagen denkt, zeigen seine Worte über das „verdammte raube und teure“ Formel-1-Geschäft: „Es ist doch problematisch für uns, einen deutschen Fahrer zu haben. Der steht doch bei uns. Der ist immer unter Natur-schutz. Selbst wenn der Fahrer einen Fehler macht, ist es immer das Auto. Und wenn der Wagen gut geht, ist immer der Fahrer in einer phantastischen Form. Egal, wie es läuft, ATS kommt nie so richtig dabei heraus. Der Manfred Winkelhock hat in Detroit den Wagen in

die Leitplanken geknallt. Das war sein Fehler. Aber gelesen habe ich überall: ATS hat das Rennen wieder nicht beendet. Das ist beispielsweise auch der Grund, weshalb Ferrari keine italienischen Fahrer beschäftigt, da sind die Verhältnisse ähnlich.“

Schmid verteidigt vehement sein Auto – was wieder zur eher offenen als versteckten Kritik an Winkelhock führt: „Als wir einmal mit Lammers (ein Holländer, die Red.) in Long Beach im Training vier Wochen, kam der Fittipaldi zu mir und sagte: Kannst du dir vorstellen, was wäre, wenn jetzt ein Spitzenfahrer drinsäße. Und auch sonst kam ab und zu schon mal ein Fahrer und sagte: Ach, wenn du dem hinterherfährst und siehst, wieviel Blödsinn der auf der Rennstrecke macht – und trotzdem seid ihr so schnell. Ich meine, daß der ATS schon ein bißchen weiter vorne sein könnte, wenn ein Nelson Piquet oder ein Niki Lauda drinsitzen würde.“

Dabei geht Schmid nicht so weit, völlig auf deutsche Fahrer verzichten zu wollen. Sein erstes Ziel ist es, vielleicht noch in dieser Saison zwei Wagen einzusetzen. Nur der zweite Fahrer dürfte dann auf keinen Fall ein Deutscher sein. Die Begründung des Unternehmers, der sein Geld hauptsächlich mit dem Bau von Feigen (Europas größter Hersteller) verdient, klingt sportlich plausibel. Der zweite Fahrer (wie immer er heißen mag) soll den ersten Mann im Team (wie immer er heißen mag, in der nächsten Saison aber kaum noch Winkelhock) unter Druck setzen und

ihm den Weg zu Ausflüchten nach eigenen Fehlern versperren. Schmid sagt: „Ein einzelner Fahrer kann immer sagen, das Auto läuft nicht. Im letzten Jahr war Herr Salazar fünfmal schneller als der Herr Winkelhock. Im gleichen Auto, am gleichen Tag – fünfmal. Und der Salazar ist nicht gerade ein Weltklassefahrer. Also konnte keiner sagen, das Auto ist schlecht.“

Die Nervosität des Chefs von ATS hat ihre Ursache darin, das Aufwachen und Nutzen (Werbung) nicht im rechten Verhältnis stehen. Es heißt, Schmid stecke pro Saison zehn Millionen Mark in seinen Rennstall. Er betont die Summe, gibt aber ein Beispiel von dem, was er aufwenden muß: ATS beschäftigt 30 Leute in England. Ein Motor kostet 135 000 Mark. ATS besitzt acht. Mindestens 30 Motorüberholungen sind notwendig, die letzte hat 48 000 Mark gekostet. Für etwa 500 000 Mark sei ein neues, sehr Turbo-Motor, entwickeltes Getriebe, erstellt worden (Schmid: „Das beste in der Formel 1. Wenn wir nicht aufpassen, schleichen alle Teams um unsere Box rum, wenn wir das Getriebe aufbauen.“). Allein die Motoren und ihre Überholungen kosten also schon zwei Millionen Mark.

Deutsches Team, deutscher Fahrer, deutscher Motor – das ist der Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring wird sich am Sonntag zumindest die Zukunft von Manfred Winkelhock entscheiden. Winkelhock sagt: „Ja, ich stehe unter Druck. Ich ärgere mich doch selbst, daß wir noch keinen WM-Punkt gewonnen haben.“

Die deutschsprachigen Kurzwellenprogramme im Ausland (1): Afrika

Ein Bokmakierie pfeift das Magazin ein

Mit welchem Ereignis im Leben Mides Propheten Mohammed beginnt im Jahre 622 der islamischen Kalender? – Wie heißt der Baum, von dem die Schwarzen behaupten, der Teufel habe ihn gepflanzt?

Wer die Antwort auf diese Fragen weiß und sie am Postfach 666 in bzw. 4559 in Johannesburg schickt, dem bringt der Briefträger nach einigen Wochen ein Souvenir aus Ägypten oder Südafrika ins Haus – vorausgesetzt, Fortuna spielt mit. Mit Quizprogrammen werden der ägyptische und der südafrikanische Rundfunk um deutsche Hörer. Beide Sender strahlen täglich ein einstündiges Programm in deutscher Sprache aus. Was da auf kurzen Wellen vom afrikanischen Kontinent zu uns herüberplätschert, ist nicht nur zu meist gut hörbar – es kann sich auch hören lassen.

Die Ägypter betreiben schon ein Vierteljahrhundert lang Freundschaftsprogramme mit Deutschland über den Äther. 1958 fiel der Startschuß für das deutschsprachige Programm. Als Nasser am Nil regierte, meldete sich Radio Kairo als Rundfunk der Vereinigten Arabischen Republik (VAR). An jene Zeit erinnert auch der Revolutionsmarsch, mit dem Radio Kairo seine Nachrichtensendung beginnt. Und am Programmplan hat sich seit dem wenig geändert: Nachrichten und Kommentare werden umrahmt von Hörerpost und Wunschen, Plaudereien über Kunst und Kultur in Ägypten, touristischen Streifzügen sowie Beiträgen für Erdbebenkranke und Radioamateure. Im Fastenmonat Ramadan kommen Sonderausgaben hinzu, in denen Radio Kairo seine Hörer mit Verhaltensregeln für Moslems in der Fastenzeit vertraut macht. Das alles wird von einer Damentruppe charmant moderiert und mit einem orientalischen Musikbezug unterlegt. Eingewöhnungsphase für Radio Kairo...

Politisch steuert man einen gemäßigten Kurs. Radio Kairo wendet sich einerseits gegen „extremistische Araber“, läßt aber zugleich keinen Zweifel daran, daß aus ägyptischer Perspektive Israel die Hauptschuld an der gefährlichen Zuspitzung der Lage im Nahen Osten trägt. Die Zeiten sind vorbei, da Radio Kairo als „Stimme der Araber“ sprechen konnte. Heute geht es in erster Linie um Sympathisierung für Ägypten. Wenn Radio Kairo in der Gunst deutscher Kurzwellenhörer auch nie eine Spitzenposition erreichte, so verfügt der Sender doch über

RADIO KAIRO: 21.00-22.00 Uhr, 9905 kHz (51-m-Band)
RADIO RSA: 19.00-20.00 Uhr, 15 185 kHz (19-m-Band) und 21 535 kHz (13-m-Band)

einen festen Hörerstamm in Deutschland. Die treuesten Freunde des ägyptischen Rundfunks sind übrigens in der DDR zu Hause: in Blankenburger am Harz.

Wird bei Radio Kairo etwas hausbacken, so kommt Radio RSA aus Johannesburg wie ein Löwe im Äther daher. Eingepfeift wird das deutsche Programm allerdings von einem südafrikanischen Vogel, dem Bokmakierie. Kaum ist der letzte Ton des Zeitzeichens verklungen, geht's Schlag auf Schlag: Nachrichten, Kommentar, Historischer Kalender, Afrika-Spiegel, Panorama RSA – eine geballte Information prasselt auf den Hörer herab. Der Bogen spannt sich vom Krieg in Tschad über die jüngsten Beschlüsse der internationalen Organisation für Menschenrechte bis hin zu Temperatur auf dem Jan-Smuts-Flughafen in Johannesburg und der Goldpreissenkung in London und Hongkong.

Radio RSA, das über 80 Prozent seiner Sendungen für den afrikanischen Kontinent ausstrahlt, präsentiert Afrika total – einschließ-

lich des dazugehörigen Löwengebrülls aus dem Krüger-Nationalpark. Radio-RSA-Reporter sind mit dem Mikrofon dabei, wenn mit Hubschraubern Jagd auf Elefanten gemacht wird, oder wenn Tierfänger sich um die Rettung eines Nashorns bemühen.

Was die innenpolitische Situation in Südafrika betrifft, so verschweigt Radio RSA nicht, daß es „Gefahr“ gibt im Lande. Das Thema Apartheid ist kein zentrales Thema, um so mehr der Kampf gegen den Terrorismus im südlichen Afrika. Terrorismus, das ist für Radio RSA gleichbedeutend mit den Kürzeln ANC und Swapo. In puncto Terrorismus versteht man keinen Spaß.

Service wird großgeschrieben bei Radio RSA: montags kann man Afrika lernen, dienstags südafrikanisch kochen. Dreimal pro Woche blättert man in Hörerbüchern, ebensooft läßt man den „Kurzwellenreiter“ für Radioamateure über den Sender gleiten. Am Sonntag wird das Programm mit einem „edlen Tropfen“ vom Kap angereichert, bevor die Funkreise durch Südafrika beginnt. Anschließend dann: Namibia-Nachrichten im „Brief aus Windhoek“, Späbengel unterhält man mit „Burenmusik“.

Radio RSA, das ist eine Prise RTL mit einem Hauch von Wildnis und Abenteuer – verbunden mit Politik, wie Pretoria sie sieht. Falls sie mal aus technischen Gründen nicht ankommen sollte, wechselt Radio RSA flugs Frequenzen. Sendezetteln oder zur Not auch beides. Die Südafrikaner sind da flexibel – ganz im Gegensatz zu den Nigerianern. Lagos ist der Dritte im Bunde der deutschsprachigen Afrika-Sender, zumindest laut Sendeleplan. Im Äther indessen zeichnet sich die „Stimme Nigerias“ vor allem durch eine aus: Unhörbarkeit. HENNING VON LÖWIS

NACHRICHTEN

Deleze mit Bestzeit
Bern (sid) – Nur einen Tag nach Thomas Wessinghage (Köln) verbesserte der Schweizer Flieger Deleze in Bern die europäische Jahresbestzeit über 2000 Meter. In 4:56,81 war Deleze um mehr als vier Sekunden schneller als Wessinghage (5:01,00).

Sainikow in Form
Moskau (sid) – Weltmeister und Olympiasieger Wladimir Sainikow (UdSSR) sorgte bei der Sommer-spieltage in Moskau für das herausragende Ergebnis bei den 400-m-Freistil-Wettbewerben. Über 400-m-Freistil siegte er in 3:52,84 Minuten.

USA erreicht Finale
São Paulo (sid) – Titelverteidiger USA qualifizierte sich durch einen 82:66-Erfolg über Südkorea für das Finale der Basketball-Weltmeisterschaft der Damen in São Paulo. Gegner ist die UdSSR.

Audis dominieren
Neuquen (dpa) – Auf der ersten Etappe der Argentinien-Rallye beherrschten die fünf gestarteten Audi-Quattros das Feld. Nach den 1200 Kilometern von Buenos Aires nach Neuquen belegten sie die ersten fünf Plätze. Als bestes Audi-Team stehen beim siebten Lauf zur Marken-Weltmeisterschaft die beiden Schweden Stig Blomquist und Björn Cederberg an der Spitze.

Weltrekord im Schwimmen
Clovis (dpa) – Weltmeister Rick Carey (USA) verbesserte in Clovis (Kalifornien) bei den US-Landesmeisterschaften der Schwimmer über 200 m Rücken den Weltrekord. Bereits im Vorlauf unterbot Carey die Bestzeit seines Landsmannes John Naber von den Olympischen Spielen 1976 in Montreal auf 1:58,83 Minuten. Das Finale gewann Carey in 1:59,27 Minuten.

MODERNER FÜNFKAMPF
27. WM in Warendorf, 1. Disziplin, Reiten, Einzelwertung: Minder (Schweiz) 6 Fehlerpunkte/1:14,2 Min./1100 Punkte, 2. Kadler (CSSR) 0:11,3/1100, 3. Dzimbira (Kanada) 0:11,9/1100, 4. Stumm (Schweiz) 0:12,7/1100, 5. Mubarak (Bahrain) 0:12,8/1100, 6. Phelps (England) 0:12,8/1100, 7. Bellmann (Deutschland) 0:13,1/1100, 8. Bartkov (Bulgarien) 0:13,3/1100, 9. Sandow 0:13,3/1100, 10. Mette (beide Deutschland) 1:20/1:25,2/980 – Mannschaftswertung: 1. Schweiz 3270 Punkte, 2. CSSR 3240, 3. Frankreich und Mexiko je 3210, 4. USA 3180, 5. Schweden 3170, 7. Australien 3120, 8. Ungarn 3090.

TENNIS
78. Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig, Viertelfinale, Herrenten: Gehrting (Berlin) – Beutel (Hannover) 4:6, 5:7, 6:1, 7:6, 6:3, Eberhard (Berlin) – Westphal (Neuss) 6:3, 6:2, 6:4 – Damen-Einzel: Köhde (Saarbrücken) – Schropp (Heidelberg) 6:3, 6:0, Dries (Düsseldorf) – Wieser (Wolfsburg) 6:4, 7:5, Kuppeler (Augsburg) – Lütten (Hamburg) 7:5, 6:2, Pfaff (Frankfurt) – Vossien (Weiden) 7:5, 6:0.

FUSSBALL
Freundschaftsspiele: Hilders – Nürnberg 0:0, Gutersloh – Bielefeld 1:0, Klein-Welheim – Offenbach 2:7, Oberhausen – Düsseldorf 3:2, Uerdingen – Bochmanns Prag 0:0, Warendorf – Belgien – Leverkusen 0:0, Hannover 96 – Hamburg 2:2.

EISHOCKEY
Freundschaftsspiele: Duisburg – Köln 1:8.

GEWINNZAHLEN
Nittwischlotto 6: 3, 25, 32, 35, 36, Zusatzzahl: 26 – Spiel 7: 6 9 0 4 2 (Ohne Gewähr)

GEWINNQUOTEN
Nittwischlotto 6: 1 aus 387: Klasse 1: 664 835,60; 2: 52 081,20; 3: 4505,60; 4: 82,00; 5: 6,70. (Ohne Gewähr)

FÜNFKAMPF

Bellmann nur Fechter?

Den Grundstock für eine Medaille bei den Weltmeisterschaften der Modernen Fünfkämpfer legte Achim Bellmann in der ersten Disziplin, dem Reiten, gelegt. Ohne Fehler kam der Warendorfer über den Parcours und erhielt dafür die Idealpunktzahl von 100. Doch gerade zu der Zeit, wo Bellmann bisher Unverwundbar war, vollzogen die Reiter einen Fehlwechsel. Vor dem Beginn seiner Paradedisziplin, dem Degenfechten, kündigte er das Ende seiner Karriere als Moderner Fünfkämpfer an: „Nach den Olympischen Spielen in Los Angeles werde ich mich ganz auf das Fechten spezialisieren.“

Sein langfristiges Ziel in dieser Sportart ist die Nationalmannschaft. Für den Fecht-Bundestrainingsspieler Achim Bellmann kein Unbekanntes. 1977 stand er schon einmal im Aufgebot für die Junioren-Weltmeisterschaften. Vor drei Jahren belegte Bellmann bei den deutschen Meisterschaften mit dem Degen den sechsten Platz.

Für Fünfkampf-Trainer Rudi Trost, der die deutsche Mannschaft in Warendorf beim Fechten betreut, hat Bellmann mit seinem derzeitigen Stil aber wenig Chancen. „Bei den Spezialisten wird nicht nur auf einen Treffer gefochten. Wenn er da mitballen will, muß er seinen Stil umstellen“, begründet Trost seine Zweifel.

Um an seiner Technik zu feilen, hat Bellmann einen hervorragenden Trainingspartner. Elmar Bornmann, letzte Woche in Wien zum Degen-Weltmeister gekürt, ist ein guter Freund und sportlich das Vorbild von Bellmann. Doch erst einmal fordert ihn die Weltmeisterschaft. Wenn Bellmann heute bei seiner schwächsten Disziplin, dem Schwimmen, nicht allzuviel Punkte verliert, ist ihm eine Medaille durchaus zuzutrauen.

Rolf Gehring (27) war im vergangenen Jahr tief gefallen. Bei 18 Turnieren scheiterte er 15 Mal in der ersten Runde und rutschte in der offiziellen Computer-Rangliste der Profis von einem Platz unter den besten 30 auf Rang 287 ab. Schlechte Ergebnisse, auch auf nationaler Ebene, machten aus Deutschlands Nummer eins (1981) im Vorjahr eine deprimierte Nummer 19 der deutschen Rangliste.

„Absteiger des Jahres“ nannte ihn der Westdeutsche Rundfunk. Bei Kollegen galt Gehring als erledigt. In diesem Stadium entwickelt er die Fähigkeiten, die ihm vor-

STANDPUNKT

Wunderlich, wunderbar

Na bitte, wer sagt's denn? Steine wollte der VfL Gumbach seinem einstigen Starspieler sowie nicht in den Weg legen. Sepp Wunderlich kann selbstverständlich mit dem Einverständnis der Gumbacher zum FC Barcelona wechseln. Ein Gespräch beider Vereine in Frankfurt brachte die Handballwelt zwischen Deutschland und Spanien wieder in Ordnung.

Betrachtet man im nachhinein diese Ausübung der Querelen, so gelangt man zu der Überzeugung, daß lediglich der Dolmetscher der Gumbacher seinen Urlaub vor falschen Zeit genommen haben muß. Es ging doch nur um eine Entschädigung für den verlorenen Star.

Dennoch haben die Verständigungsschwierigkeiten noch ein paar unangenehme Folgen. Die finanzielle Seite des teuren Handball-Transfers überhaup mag jetzt stimmen, aber die Termine geraten in Gefahr. Der Deutsche Handball-Bund (DHB) muß nämlich noch seine Zustimmung geben, und zwar bis zum 15. August. Dann läuft der Vertrag für die Europapokal-Wettbewerbe ab. Und da wollen die Spanier Wunderlich natürlich dabei haben. Deshalb ist nun der DHB geistig. Wie er auch entscheidet, er ist der Verlierer in diesem Wechselspiel. Konnte der DHB die Freigabeverweigerung schon nicht begründen, so gibt es zu der voraussetzungslosen Genehmigung wohl auch keinen Kommentar. Wie soll auch ein Verband seine Entscheidung verteidigen, deren Grundlagen gar nicht in den Satzungen stehen.

Der schnelle Amateur-Verband muß bei profimäßigen Transaktionen halt aufpassen. Wenn das Ganze dann noch unnötig in die Länge gezogen wird, ist auch der Schaden um so größer. ULRICH SCHMIDLA

FUSSBALL

Streit um TV-Honorare

Schon heute beginnt die Fußball-Saison 1983/84 mit zwei Spielen der Zweiten Liga (Schalke 04 – Charlottenburg und Solingen – Fortuna Köln). Aber noch immer haben sich Deutsche Fußball-Bund (DFB) und die beiden Fernsehgesellschaften nicht über einen neuen Vertrag über die Höhe der Übertragungs-Honorare geeinigt. Heute findet die dritte Verhandlungsrunde zwischen dem Liga-Ausschuß, der die Interessen der 38 Profivereine vertritt, sowie ARD und ZDF statt. Günter Netzer, Manager des Deutschen Meisters Hamburg SV, drohte gestern: „Ich bin für eine dunkle Mattscheibe, wenn sich nichts ändert.“

Gerhard Mayer-Vorfelder, Präsident des VfB Stuttgart und Kultusminister von Baden-Württemberg, fordert eine Verdreifung der Honorars für die Spitzenklubs, damit die Spieler nicht über einen neuen Vertrag am liebsten zum dem Bildschirm zu sehen sind. Er sagt: „Ich halte es für einen Witz, wenn wir für die Übertragungsrechte einer Saison nur 200 000 Mark bekommen. Das macht nicht einmal 1000 Zuschauer pro Spiel aus. Wir dürfen uns nicht zu billig verkaufen.“

Der Liga-Ausschuß liegt in seiner Forderung unter der von Mayer-Vorfelder, verlangt aber immer noch acht Millionen Mark. Diese Summe läge um mehr als zehn Prozent über den Fernseh-Zahlungen der letzten Saison. Da zahlten ARD und ZDF 7,23 Millionen Mark, jeder der 38 Profiklubs erhielt rund 190 000 Mark pauschal dafür, daß von seinen Spielen im Fernsehen berichtet werden dürfte. In den letzten Jahren betrugen die Steigerungsraten 4,3 Prozent (1981/82) und 6,3 Prozent (1982/83). Mönchengladbachs Präsident Helmut Beyer, der zu den Verhandlungsführern gehört, „Ich gehe davon aus, daß beide Seiten eine Einigung wollen.“

Auch in dieser schlimmen Zeit führte sein Weg immer wieder zurück zu seiner neuen sportlichen Basis in Berlin. Ständig anwesend: der Sparrings- und Trainingspartner sowie sein Freund und ehemaliger Manager Harald Eischenbroich geben ihm die Sicherheit, die nun endlich vor fünf Wochen zum ersten Erfolg führte: Er erreichte das Finale des 25 000-Dollar-Turniers in Travemünde, siegte in Essen und schlug beim Grand-Prix-Turnier in Hilversum Victor Pecci.

Seine beste Leistung bot er jetzt in seinem Viertelfinale gegen Beutel: Voll austrainiert (nur noch 80 kg), Aufschlagasse, Passierbälle in allen Variationen. Plötzlich stand wieder der technisch beste deutsche Spieler auf dem Platz. Vielleicht bemerken jetzt auch die Verantwortlichen in Braunschweig die Erfolge von Gehring. Denn während die Namenszüge aller Aktiven dort mit dicker weißer Farbe gemalt sind, kritzelte man Gehrings Namen lediglich mit dünner Kreide.

KRITIK

Dramaturgisch schlabberrig

Hat ein Tourneetheater Schauspielers wie Karin Baal, Sabina Troger und Volker Eckstein unter Vertrag, so braucht es nur noch ein Stück, in dem eine querschlappende ältere Schlampe, eine kessle Biene und einer jungen Männer vorkommen, die man „Sozialist“ nennt. So kam es zu dem Theaterstück „Bitterer Heilig“ von Shalagh Delaney (ARD), die als sie 1936 schied, gerade 17 war. Bei uns hat man nie wieder von ihr gehört.

Das ist wohl kein Zufall. Denn damals ist ganz neuer Ton in der Dramatik-Landschaft empfinden

wurde und deshalb von London aus überall gespielt wurde, hat, weil dramaturgisch alles locker und schlabberrig gefügt, die Jahre nicht überlebt. Die Zuschauer überausichtslos, die Betrachtung des Lebens mit einem lachenden und einem weinenden Auge waren vergängliche Reize.

Zudem will diese Ambivalenz betonen ausbalanciert sein, und dazu braucht, auch ein so begabter Regisseur wie Herbert Kappel große Darsteller. Daß jeder im Grunde sich selbst spielt – wobei auffällt, daß Karin Baal seit Jahren von einer schnell langweiligen Sprechweise nicht herunterkommt –, damit ist es nicht getan. Dann verliert der Humor an der Sache. Und um den bitteren Nachgeschmack allein ging es ja nie.

KATHRIN BERGMANN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

18.00 heute	18.00 heute
10.05 Peter Alexander	12.10 Kennzeichen D
10.15 Die tolle Leben des Grafen Bobby	12.25 Pressescheck
11.05 Das Volk der Neer verliert die	13.00 heute
ARD-Fernsehsender für Kinder	13.17 heute
15.00 Unsere kleine Farm	13.20 ZDF-Fernsehsender für Kinder
Mary (2)	13.25 Captain Peters
16.15 Tagesschau	13.30 heute
16.25 Die Feuerbombeben	13.35 Die Unterwasserwelt
Ein Film von Hiroshima	13.40 Papa und ich
„Hibakushas“ – Feuerbombeben	Amerikanische Jugendfilm (1979)
– nennt die Japaner je	Über einen potentiellen Grobver
mittelbringer, die von der Nukle	14.25 Fußball-Länderspiele
arstrahlung der Bomben in Hiro	14.30 Der Wuschel (5)
shima und Nagasaki getroffen	Der rosarote Panther
wurden. Die meisten Opfer star	17.15 Esom in Form
ben unmittelbar nach dem Abwurf	23.30 heute / Aus dem Ländern
der Bombe oder wenige Jahre	17.45 Tele-Magazin
später. Aber mehr als 300 000 „Hi	Zu Gast: Peter Wyoming Bender
bakushas“ sollen noch leben.	Anschl. heute-Schlagzeilen
17.15 Schachmeister (1)	18.25 Western von gestern
Die Moped-Cowboys aus Nieder	Jesse James reitet wieder (2)
bayern	19.00 heute
Dreiteiliger Spielfilm von Rüdiger	19.30 Auslandsschau
Nüchtern	Themen: Nicaragua – Auf dem
17.40 Tagesschau	Weg zum Parteienpluralismus /
20.00 Tagesschau	Irak – Kinoschindeln hinter Sta
20.15 Das letzte Wort hat Tilby	Waldsterben im Erzgebirge /
Amerik. Spielfilm, 1975 nach einem	Nepal – Rettungsaktionen für den
Roman von John Steinbeck	Wald
Mit Henry Ford, Maureen O'Ho	20.15 Gefährliche Erbschaft
ra, Clint Howard u. a.	Man stirbt nur zweimal
Regie: Robert Trotten	21.21 Tagesschau in Hollywood
Jack Tilby führt auf seiner kleinen	Mit Tom und Jerry
Ranch im kalifornischen Salinas	22.00 heute-Journal
Tel einen harten Exorzismus. Teil	Vier Beispiele der Wechselbezie
sein zwölfjähriger Sohn Jody führt	hung zwischen „Kunst und Tech
sich von ihm überfordert und re	nik“
agiert erbittert.	22.25 Mignon, der „mechanische
21.45 Mignon, der „mechanische	Planist“, rettete alte Klavierin
Planist“, rettete alte Klavierin	strumente / Die Bugattis – die le
strumente / Die Bugattis – die le	gendäre Familie von Künstlern
gendäre Familie von Künstlern	der Autokonstrukturen / Die Ca
der Autokonstrukturen / Die Ca	lugin-Künstler Robert Michel und
lugin-Künstler Robert Michel und	Ella Bergmann / Marc von den
Ella Bergmann / Marc von den	Broek, ein Objektkünstler
Broek, ein Objektkünstler	Moderation: Dieter Schwarzen
Moderation: Dieter Schwarzen	Das Mädchen am Ende der Straße
Das Mädchen am Ende der Straße	22.50 Franz-konop. Spielfilm, 1976
22.50 Franz-konop. Spielfilm, 1976	Mit Jodie Foster u. a.
Mit Jodie Foster u. a.	Regie: Nicolas Gessner
Regie: Nicolas Gessner	00.15 heute



STUDIO

Im Museum beendet „Mash“, eine der längsten und erfolgreichsten amerikanischen Fernsehserien, ihr Dasein. Das Museum für amerikanische Geschichte in Washington zeigt seit einer Woche eine Auswahl aus Dekoration, Kostümen und Requisiten des satirisch-sensationalen TV-Deutenders, der auf der Grundlage des gleichnamigen Spielfilms über den Koreakrieg entstand. Alan Alda, einer der Hauptdarsteller des Spektakels, erklärte bei der Einweihung der „Mash“-Schau im Museum, es habe dem Team in letzter Zeit an Ideen gefehlt, und es sei gut, daß die Serie nun nach elf Jahren das erdum Erfolg abgeschlossen wurde. (AFP)

III.

WEST

18.00 Die Leute vom Dampfer
18.30 heute
18.35 heute
19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute
19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute
19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute
20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute
20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute
20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute
21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute
21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute
21.40 heute
21.45 heute
21.50 heute
21.55 heute
22.00 heute
22.05 heute
22.10 heute
22.15 heute
22.20 heute
22.25 heute
22.30 heute
22.35 heute
22.40 heute
22.45 heute
22.50 heute
22.55 heute
23.00 heute
23.05 heute
23.10 heute
23.15 heute
23.20 heute
23.25 heute
23.30 heute
23.35 heute
23.40 heute
23.45 heute
23.50 heute
23.55 heute
00.00 heute

NORD/HESSEN

18.00 heute
18.30 heute
18.35 heute
18.40 heute
18.45 heute
18.50 heute
18.55 heute
19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute
19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute
19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute
20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute
20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute
20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute
21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute
21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute
21.40 heute
21.45 heute
21.50 heute
21.55 heute
22.00 heute
22.05 heute
22.10 heute
22.15 heute
22.20 heute
22.25 heute
22.30 heute
22.35 heute
22.40 heute
22.45 heute
22.50 heute
22.55 heute
23.00 heute
23.05 heute
23.10 heute
23.15 heute
23.20 heute
23.25 heute
23.30 heute
23.35 heute
23.40 heute
23.45 heute
23.50 heute
23.55 heute
00.00 heute

WEST/NORD/HESSEN

18.00 heute
18.30 heute
18.35 heute
18.40 heute
18.45 heute
18.50 heute
18.55 heute
19.00 heute
19.05 heute
19.10 heute
19.15 heute
19.20 heute
19.25 heute
19.30 heute
19.35 heute
19.40 heute
19.45 heute
19.50 heute
19.55 heute
20.00 heute
20.05 heute
20.10 heute
20.15 heute
20.20 heute
20.25 heute
20.30 heute
20.35 heute
20.40 heute
20.45 heute
20.50 heute
20.55 heute
21.00 heute
21.05 heute
21.10 heute
21.15 heute
21.20 heute
21.25 heute
21.30 heute
21.35 heute
21.40 heute
21.45 heute
21.50 heute
21.55 heute
22.00 heute
22.05 heute
22.10 heute
22.15 heute
22.20 heute
22.25 heute
22.30 heute
22.35 heute
22.40 heute
22.45 heute
22.50 heute
22.55 heute
23.00 heute
23.0

Kaputt in Wien

Bravo, wiederum ist eine hübsche Wiener Spezialität kaputt gemacht worden, die zweihundert Jahre niemandem weh getan, aber viele erfreut hat. Tempora mutantur, und wir mühen uns mit ihnen. Denn allem Anschein nach sind wir immer noch nicht aus den Kinderschuhen heraus und revolutionieren trotz gegen unsere Eltern. Das Burgtheater hat das von seinem, mit dem Osten gut befreundeten Direktor Benning schief angeschene Vorhaben verbot kurzweilend mit einem Dekret beseitigt. Die Damen und Herren Mimen dürfen also nach Schluß der Vorstellung vor dem Publikum katzbuckeln, wie auf allen anderen Bühnen der Welt auch.

Manche taktvollen Besucher empfinden es als peinlich, wenn der hochverehrte, ehrwürdige Darsteller zum Knicken machen muß (und das, womöglich, obgleich er vor wenigen Minuten noch mausete auf den Brettern gelegen hatte). Haben's nun eigentlich die Schauspieler durchgesetzt, wollten sie im Beifall baden? Nein, sie haben sich sogar in einer Umfrage fast alle gegen die Aufhebung erklärt, und Gespräche mit ihnen fördern den ersten Eindruck, daß ihnen der Zustand annehmbar war. Sie gierten nicht, wie man als Laie annehmen möchte, nach einer Auffüllung ihrer inneren Batterie.

Diese Hilfe kommt ohnehin schon während der Aufführung.

zu ihnen vom Zuschauerraum heraufgerollt. Sie also wollten's beim bestehenden Zustand belassen. Das Gros der Besucher auch. Aber die Zeiten haben eben mutiert, sie erinnerten sich daran, daß das Vorhangverbot von einem Kaiser, Josef II., erlassen worden war - ob aus Schonung für sie oder weil eben ein Bürgermeister etwas sein sollte als andere, wissen wir nicht. Wie immer, es ist schon eine merkwürdige Form von Demokratie, die in Wien grassiert. Sie besteht darin, gegen die Masse etwas durchzusetzen.

So ähnlich war es, als vor Jahren eine auch jahrhundertalte Kostbarkeit der Neuerungsacht zum Opfer fiel. Die Wiener Hauptstraße war in reiner Weise an ihrem oberen Ende in zwei Arme geteilt gewesen, die den Verkehr um eine in der Mitte stehende Barockkirche herumfließen ließen. Es gab keine Stauung, alles ging gut, aber es war eben zu malerisch. Und obwohl ganz Wien mit Ausnahme der damals zuständigen Beamten sich für die Erhaltung der Kirche einsetzte, tausende Zuschriften und Anrufe um Schonung kamen, war alles Flehen und Protestieren vergebens. Wobei die kirchliche Instanz auch in echter Demokratie ihren Sanctus gab, weil ihr ein größerer Neubau zugestimmt worden war.

Und kürzlich? Mehr als eine Million Neinstimmen zum Bau des als zu aufwendig empfundenen Konferenzentrums, was der Regierungschef mit der Bemerkung abtut, man habe also gesehen, daß Millionen mit dem Bau einverstanden seien, weil sie nicht unterschrieben hätten. Worauf dann gebaut wurde.

Nach Terayamas Tod: Japans Theater im Umbruch

Auf der Suche nach der schwarzen Tulpe

Kürzlich verstarb in Tokio Shuji Terayama (47), der Gründer des „Angura“-Theaters (von englisch: Underground). Bis zuletzt war er nicht nur als Theatermann, sondern auch in anderen künstlerischen Disziplinen überaus aktiv gewesen. Sein Tod gibt uns Anlaß für einen Überblick über den heutigen Stand der „Angura“-Szene, über die die WELT am 30.12.1980 berichtete.

Das Auditorium verdunkelt sich. Der Vorhang öffnet sich vor einer ebenfalls stockdunklen Bühne. Unpöblich dann ist die Szene in gleiches Licht und verwandelt in den Lärm getaucht. In einer Spielhölle mit 80 Pachinko-Maschinen, eine Art Flipper, tummeln sich ebenso viele Statisten, jeder ein Individuum im Umgang mit den Automaten. Im zweiten Akt kommt ein echtes Taxi vor, versenkt in einem Teich mit schäumendem Wasser, dem nachher 70 Polizisten entspringen, tiefend vor Nase und jeder feindlich eine Topfblume tragend.

Nasse Zuschauer in den vorderen Reihen - das ist ein Markenzeichen für die „Angura“-Inszenierungen Juro Karas. Sein neuestes Stück, „Die schwarze Tulpe“, verleiht gewöhnlich auf das Verbot einer zusammenhängenden Handlung. Was wir sehen, ist „Assoziations-Theater“, lose drapiert um die Züchtung der legendären schwarzen Tulpe, die einer Gefängnisinsassin gelungen ist. Deren Schwester und ein Flippermechaniker sind unterwegs, jene Zwiebel zu finden, werden aber von einem Polizisten und einem Textführer, welcher seinerseits hinter ihm geschulten Fahrgeld her ist, daran gehindert. Eine krause Assoziation hat die andere ab. Karas Schwäche für die Kleineschuld des Melodramen, sein Spaß an der Verflechtung abgedrehter dramatischer Mittel kommt voll zum Tragen.

Wie die traditionelle japanische Theaterform Kabuki handelt Angura im Grunde von nichts - und dabei wunderschön, erst recht jetzt, wo Karas - mehr und mehr von seinem ursprünglich propagierten „Bettlertheater“ abkommend - die Inszenierungen Yukio Ninagawa und die Bühnenbildner wie Setsu Aoki überläßt. Bei dem bekannt dafür, keinen Aufwand zu scheuen, wenn es um Perfektion und den großen Effekt geht.

Anstatt im berühmten roten Zelt, das sie einst neben Friedhöfen oder zwischen Hochhäusern aufgeschlagen pflegten, tritt die Kara-

Truppe jetzt im Selbst-Theater auf. Auch Shuji Terayama, Karas Nebenbühler, hatte sich zuletzt mit seinem Ensemble „Tanjō Sajiki“ aus den Messehallen im Hafenviertel in ein konventionelles Theater verzoogen. Er präsentierte dort das ursprünglich für die kahlen, weitläufigen Hallen konzipierte Stück „Lemminge“, das der Guckkastenbühne des Kinokuniya-Theaters angepaßt worden war. Arbeit am selben Thema über Jahre hinweg ist in allen japanischen Kunstformen üblich, so auch im Theater. Durch Konzeptionen an die räumlichen Gegebenheiten jedoch fiel in diesem Fall ein wesentliches für Terayamas charakteristisches Element weg: Verunsicherung durch labyrinthische Situationen bzw. simultanes Beispielen mehrerer aus-einanderliegender Bühnen.

Geliebten waren die zuckenden, ekstatischen Bewegungen und die regelmäßig wiederkehrenden Jauchens „Söder“, zu denen die Schauspieler entzogen. Große Wirkungen werden erreicht, wenn z.B. eines dieser farbenprächtigen Tableaux durch einen Beleuchtungstrick unpföblich zum Schwarz-Weiß-Bild wird. Immer wieder effektiv ist auch der Trick mit den schwarzen Sofitten, die die Akteure regelrecht verschlucken bzw. unverschluckt mitten auf der Bühne erscheinen lassen.

Das spielerische Element verlor für Terayama immer mehr an Bedeutung zugunsten reiner Bildhaftigkeit. Nie vorher hatte eine Terayama-Inszenierung in der Presse so einhelligen Beifall geerntet wie „Lemminge“. Es schien, als sei er endgültig zur nationalen Institution geworden. Vielleicht eben deshalb ging Terayama zuletzt zurück in den „richtigen Underground“. Im Kellertheater Jean-Jean kam noch einmal eine der berühmten spontanen Aufführungen zustande, die auf die Ursprünge zurückverwies.

Auch hier herrschte zunächst völlige Dunkelheit im vollgestopften Raum. Flüstern, Zischen, aggressives Lautwerden. Man schätzte, daß etwa ein Viertel der Zuschauer von Schauspieler gemittelt werden. Wenn das Licht anging, haben sich die ersten fünf Reihen umgewendet. Beim nächsten Lichtwechsel sind sie verschwunden. Späres Geräusches.

Es folgen typische Terayama-Szenen: Ein junger Mann hat als Lebensraum nur einen Theaterstuhl. Darauf schläft er, putzt sich die Zähne; während der Rasur trifft ein Reporter ein, der eingeladen wird, diesen Wohn-Sitz auszuopro-



Schauspieler, zu lebenden Bildern erstarrt: Szene aus einer Inszenierung des Tokioter „Angura“-Theaters

FOTO: DIE WELT

bierten, was nur bei extrem engem körperlichem Kontakt möglich ist. Beim Kauf der Eintrittskarten ist das Publikum mit detaillierten Personalangaben und Zustimmung zu eventueller Mitarbeit gebeten worden. Das Los zitiert nun einen echten Zuschauer aus den Reihen. Die ihm zugewiesene Rolle, „Assistieren der chinesischen Koch“, wird sofort eingebaut in surreale Zusammenhänge. Nebelmaschinen und raffinierte Lichtmaschinen suggerieren unendliche Weiten.

Dann wieder völlige Dunkelheit, aus der wie eine Monstranz ein kindleines Telefon auf einem Altar auftaucht. Jemand beantwortet es. Der Verlangte ist nicht anwesend. Es entsteht allgemeine Verwirrung. Dann läßt man es einfach klingeln... Ende.

Tadashi Suzuki, der dritte im Bunde der „Angura“, ist weniger auf den großen Effekt aus. Von Zeit zu Zeit greift er europäische Stoffe auf wie letzthin die „Bacchen“, die er teils mit Mitgliedern seiner Truppe, teils mit amerikanischen Schauspielern besetzt, wobei der Text je nachdem in Japanisch oder Englisch vorgetragen wird; die Körpersprache dagegen ist durchgehend die der „Suzuki-Methode“, deren Studium die Ausländer nach Tokio geschickt hatte. Im Kaiserlichen Theater kam Suzuki jetzt als Gastregisseur des Musical „Sweeney Todd“ groß heraus. Sein liebste Kind aber ist die Organisation eines internationalen Theaterfestivals in einem abgelegenen Bauerndorf in den Bergen. Dort kam im vorigen Sommer u. a. Robert Wilson und Meredith Monk mit ihren Truppen aus USA, aus Europa, The Weir State und der legendäre Pol Kantor sowie Tanzgruppen aus Indien und mehrere japanische Truppen, darunter die Terayamas.

Tausende von Zuschauern nahmen die Strapazen der eintündigen Reise von Tokio auf sich und verließen Suzuki Spektakulum zum verdienten Erfolg, verursachten aber auch phänomenale Organisationsprobleme, die bis zum Festival dieses Sommers weitgehend ausgemerzt werden sollen. Suzuki als Impresario, Arrivier Underground? Ein Widerspruch auch in Japan.

HEIDEMARIE FREYBERGER

JOURNAL

Volkskundemuseen sind beliebter als Kunstmuseen

dpa, Berlin
Museen mit volks- und heimatkundlichen Sammlungen rangieren in der deutschen Publikums-günstigkeit nach vor den Kunstmuseen. Dies ergibt sich aus einer Umfrage des Instituts für Museumskunde der Staatlichen Museen Preussischer Kulturbesitz Berlin. Im vergangenen Jahr registrierten die heimats- und volkskundlichen Museen 11,2 Millionen Besucher, die Kunstmuseen 10,6 Millionen. An dritter Stelle der Tabelle stehen Schloss- und Burgmuseen (7,2 Millionen Besucher), an vierter Stelle Technik- und Verkehrsmuseen (7,0 Millionen). Spitzenreiter der am meisten besuchten Museen war auch 1982 wieder das Deutsche Museum in München mit 1,3 Millionen Besuchern (1981 waren es 600 000 mehr). Dann folgen das Schloss Neuschwanstein in Bayern mit einer Million Besuchern und die ständige Ausstellung von Oldtimer-Flugzeugen in Frankfurt am Main mit 935 185 Besuchern.

Raritäten zum Jubiläum der Staatsbibliothek

dpa, München
Die Bayerische Staatsbibliothek in München, 1858 von Herzog Albrecht V. gegründet, wird vom 18. August bis zum 1. Oktober zum Jubiläum eine Auswahl ihrer schönsten und wertvollsten Sammlungen unter dem Titel „Thesaurus Librorum - 425 Jahre Bayerische Staatsbibliothek“ zeigen. Zu sehen sind unter anderem abendländische Handschriften und besondere Miniaturhandschriften aus Deutschland, Italien, Frankreich, den Niederlanden und England. Dazu kommen Autographen und Inkunabeln, Einbände und seltene Drucke, Musikhandschriften und Atlanten.

Salzburg eröffnet erstes Computermusikstudio

dpa, Salzburg
Das erste „Computermusik-Rechenzentrum“ im deutschsprachigen Raum ist an der Universität Salzburg eröffnet worden. Die Arbeit des Studios beginnt unter anderem mit einem Forschungsauftrag „Klangergzeugung und Klangforschung“. Zu den Aktivitäten gehören auch die Entwicklung von Software und praktische Computer-Klangergzeugung und Komposition. Das Salzburger Musik-Lehrinstitut „Mozarteum“ wird mit Hilfe des neuen Studios eine Lehrveranstaltung über Computer-Komposition geben. Das österreichische Unterrichtsministerium sowie Land und Stadt Salzburg haben die Kosten von zwei Millionen Schilling (285 000 Mark) für die Anlage getragen.

Einwände gegen „DDR“-Industriedesign

AFP, Berlin
Entschiedene Kritik an neuartigen Tendenzen des Industriedesigns in der „DDR“ hat die Ostberliner Zeitschrift „Bildende Kunst“ geübt. Man glaube, in einer verkehrten Welt zu leben, wenn heute Industrieprodukte wieder „eine Art Zweikampf mit dem Kunsthandwerk um den Status als Kunstwerk“ seien, so der Kommentar. „Bekundung“ der Gegenstände sei ein ökonomischer und kultureller unvertehrter Verschleiß am Volkseigentum. „Besonders schlimm wird die Situation, wenn sich bei den Auftragsgebern solche fehlerhaften Auffassungen verankern, die zu wesentlichen Richtungen importierten Produktbildern“, wählte „Bildende Kunst“ fest.

Niederländer gewannen Opernwettbewerb

Der niederländische Bassist Harrie Peters hat in Wien den internationalen Beethoven-Opernwettbewerb gewonnen. Sein erster Platz mit 60 000 Schilling (etwa 8500 Mark) dotiert. Den zweiten Platz, für den 20 000 Schilling ausgesetzt waren, belegte die australische Koloratur-sopranistin Angela Denning. Drei Österreicher teilten sich den dritten Platz und 15 000 Schilling.

HARALD BUDDÉ

Dauerausstellung in Mainz: Monumenta Judaica

Die geretteten Reste

Vor einigen Tagen hat Wilhelm Weber, seit 1978 Direktor des Mittelrheinischen Landesmuseums in Mainz, dieses Amt an seinen Nachfolger Berndt Roland übergeben. Zu seinem letzten Amtshandeln gehörte die Eröffnung einer ständigen Schau-sammlung von Mainz Judaica, die er damit erstmals den Museumsbesuchern würdig integrieren und der Öffentlichkeit zugänglich machte. Sie ist zweifellos ein beachtlicher Gewinn für das Museum, obwohl es sich nicht um Neuerwerbungen handelt.

Der scheidende Chef hat mit der Einrichtung dieser neuen Abteilung einen wichtigen Schubpunkt hinter seine erfolgreiche Mainz-Museumsarbeit gesetzt. Der geborene Saarländer, Jahrgang 1918, studierte zunächst in Dresden, nach dem Krieg in Paris. Maler und vor allem die druckgrafischen Techniken. Als reife Frucht dieser Studien darf man wohl sein Buch „Saar loquuntur“ (1961) ansehen, es wurde ein Standardwerk der Lithographie. Als es herauskam, war Weber, der inzwischen auf Kunstgeschichte (in Heidelberg und Saarbrücken) umgeschaltet hatte, bereits Kurator der Pfalzgaleries, deren Leitung er 1985 übernahm.

Durch eine Reihe beachteter Ausstellungen und Neuerwerbungen machte er die bis dahin kaum beachtete Galerie über die Pfalz hinaus bekannt. Das trug ihm die Berufung nach Mainz ein, wo sich das Mittelrheinische Landesmuseum im völligen Neuaufbau befindet. Nach Abschluß der Baumaßnahmen erfolgte die totale Neuorganisation der zahlreichen Abteilungen von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Gegenwart, der besonderen Aufmerksamkeit des neuen Chefs galt, weil hier am meisten nachzuholen war.

Mit einem wesentlich vergrößerten Etat konnte Weber nicht nur bedeutende Ankäufe (von Leinwand, Beckmann, Picasso bis zu Tapeten, Rothko und anderen) tätigen, sondern auch Ausstellungen veranstalten (zuletzt Ingres-Zeichnungen), die in Mainz zuvor nie möglich waren. Mit der römischen Steinhalle verschaffte er dem Museum eine neue, einzigartige Attraktion. Rasch verlor es seinen Provinzcharakter, gewann über-

regionale Bedeutung und entwickelte sich programmatisch zu einem kulturellen Zentrum des Landes Rheinland-Pfalz.

Die Sammlung der „Monumenta Judaica“ schließt eine Lücke in der Abfolge kultur- und religionsgeschichtlicher Dokumente von der Antike über die Frühchristlichen und koptischen Denkmäler bis zur Neuzeit. Sie besteht aus den vor-nazistischen Plünderungen und Zerstörungen geretteten Resten einer Sammlung, die vor sechs Jahren den Grundstock eines jüdischen Museums bildete. Es fiel zum größten Teil dem Pogrom im November 1938 zum Opfer und damit unerreichbar für die jüdische Welt. Bei der letzten bekannten Aufnahme, dem Foto von 1938, fehlte ein Teil der Sammlung, die vor sechs Jahren den Grundstock eines jüdischen Museums bildete. Es fiel zum größten Teil dem Pogrom im November 1938 zum Opfer und damit unerreichbar für die jüdische Welt. Bei der letzten bekannten Aufnahme, dem Foto von 1938, fehlte ein Teil der Sammlung, die vor sechs Jahren den Grundstock eines jüdischen Museums bildete.

„Stolze hier ausgestellte Platten stammen von jüdischen Grabmälern des 11. und 12. Jahrhunderts. Sie zählen zu den ältesten erhaltenen jüdischen Grabsteinen auf deutschem Boden, wie der Grabstein des Meschullam ben Kalonymos (um 1200), der als Dichter und Gelehrter große Anerkennung genoss. Die ältesten Zeugnisse jüdischer Zeremonialkunst stammen aus dem 18. Jahrhundert. Sie passen sich in die Ausführung dem jeweiligen Zeitalter an unter Bewahrung des jüdischen Charakters durch Beibehaltung der hebräischen Schrift und Betonung jüdischer Symbole.

Die künstlerische Gestaltung konzentriert sich im wesentlichen auf die Thora-Rolle und was dazu gehört, wie Thora-Kronen und -Zelme, Thora-Schilder und -Rinne. Es finden sich darunter meistfarbige Goldschmiede- und Silberarbeiten mit reichem gezieltem Dekor, mit Schmucksteinen besetzt und regelmäßig mit einer Inschrift versehen. Gelegentlich tragen sie auch ein Meisterzeichen, das uns ihre Herkunft - etwa aus Augsburg, Fürth, Dresden oder auch aus Mainz - verrät. Ein schöner Katalog gibt dem Besucher die notwendigen Informationen, läßt aber noch viel Raum für eine gründliche wissenschaftliche Bearbeitung (Katalog: 8 Mark).

BO PLUNZEN



Zeugnisse jüdischer Zeremonialkunst: „Thorakrone“, Ende 19. Jh., aus der Mainzer Ausstellung

FOTO: KATAGO

Schallplatten-Debut zweier Gitarre-Virtuosen

Bügeln gegen den Strich

Immer wieder tauchen in der wohlklingenden abendlichen Funk-Klassische Gitarre-Platten einige wenige Namen auf, die es besonders verdienen, hervorgehoben zu werden. Gehörte das letzte Jahr beispielsweise solchen jüdischen Meistern wie Manuel Barrueco (der übrigens gerade erst auf Vox VDCI 38 023 eine LP mit eigenen Transkriptionen der Bach-Lauten-suiten 2 und 4 vorgelegt hat), dem Elton Fik und vor allem dem sensationellen Beethoven-Japaner Katsuto Yamasaki, so dürfen es 1983 bisher vor allem zwei Gitarristen sein - der eine, Jahrgang '52, aus der Bundesrepublik, und der zweite, 1953 geboren, aus Uruguay.

Aus Mönchingen kommt Horst Schum, der als Schüler Bernhard Röschwachs 1971 in Gramado Station machte und dort auch am Sacramente lernte, dann - 1974 bis '78 - in Trossingen Gitarre, Pädagogik und Orchesterleitung studierte und bereits konzertierte. Seit 1978 lebt Schum in Paris, wo er bei dem Segovia-Schüler Betho Davezac am Konservatorium sein Studium absolviert. 1979 wurde er 1. Preisträger des berühmten Concours des Conservatoires, Tourneen durch West-europa schlossen sich, wie üblich, auch bei ihm an, und 1982 nahm der junge Katsuto seine Debut-LP auf - eine bemerkenswerte Kostprobe, zu der eigene Transkriptionen der e-Moll-Suite für Laute von Bach (BWV 996) und der Passacaille des Bach-Zeitgenossen Silvius Leopold Weiss ebenso gehören wie die Große Sonate op. 22 für Gitarre solo von Fernando Sor, Barrios „Choro de Saudade“ und Rodrigues „En los trópicos“.

Die Lauten-Seite ist dem jungen Deutschen vernehmlich besser gelungen, schon vom Einstieg mit dem schnellen Bach-Präludium weg bis zum Wei-Schluß, dem glücklichsten einer koreanischen Zerkleinerung kleiner archaischer Preziosen, in denen er jede Menge Chancen wahrzunehmen versteht, laute, hellen Ton, Sorgfalt und Sinn für feine Konturierung zu demonstrieren. Dagegen nimmt er seinen Sor dann doch einige Nummern für mein Gefühl zu großartig, ein bißchen zu sehr vom Willen besetzt, den Spanier „bedeutender“ zu machen, als er ist. Dann verliert jedoch insbesondere der Barrios wieder, bietet das, was man fast ein „swingendes“ südamerikanisches Gefühl nennen darf, mit der gebotenen Elastizität und Leichtigkeit. (Metronome 0160/572).

Aus Montevideo kommt Alvaro Pierri, die wohl eigentliche Sensation im Bereich der Klassikgitarre dieses Jahres. Aus musikalischen

Hause (Großvater Komponist, Mutter Pianistin, Tante Gitarristin), sammelte Alvaro seit seinem ersten Lebensjahr praktisch alles an großen Konzert- und Wettbewerbspreisen ein, was es in Uruguay gab und gibt, setzte seine Erfolgserfolge dann auch in Argentinien und Brasilien fort und holte sich in Paris den begehrtesten ersten Preis beim berühmten Radio-Cours für Gitarrenmusik. Kurz darauf, 1978, gab er sein Debut in New York Kaufmann Concert Hall und unterrichtete dann an der brasilianischen Universität von Santa Maria. Zur Zeit lebt Pierri in Montreal, wo er als Professor für Gitarre sein Lehramt ausübt.

Daß ihm die USA, seine Heimat, auch Spanien und Frankreich zu Füßen lagen, verwunderte beim Hörer seines deutschen Plattendebut nicht. Aufgenommen in der Festburgkirche und in einem Studio in Frankfurt/Main im August 1982, hat der junge Südamerikaner sich ein Programm „aufgedient“, das sich ganz der Moderne widmet - wiederum Barrios, Villalobos, Leo Brouwer und José Alberto Kaplan, ein hierzulande weitgehend unbekannter Brasilianer, der sich aber in den letzten Jahren geführt Werke gewidmet hat. Vertrautes und selten oder gar nicht Gehörtes vermischte sich hier, aber das gesamte Programm gewinnt unter Pierri Händen eine Faszination, wie wir sie - zum Beispiel bei den namensreichen Gitarristen - nur noch aus dem Radio-Appeal her - allenfalls bei Elton Fik erleben dürfen.

Was bei Fik fast „animalische“ in jedem Falle „arglos-couragiert“ Spielfreude, rasante Virtuosität und Lust am derb-kraftstrotzenden Bügel gegen alle konventionellen Striche, das sind bei Pierri Brillanz, superbiert Ton, unglaublich geläutertes Temperament, Disziplin, gepaart mit explosiver Spannung und schier unglaubliche dynamische Fähigkeiten, die - der Hüllentest drückt keine Fingers - tatsächlich reichen von ungewöhnlichen Volumen-Anforderungen „nach oben“ bis zu feinsten Pianissimo-Aussetzungen. Wo Schum, doch sehr europäisch, gar „deutsch“, akademisch präzise bleiben muß, eher mit Wunderkerzen spielt, veranlaßt Pierri ein wahres, gleichwohl höchst anspruchsvoll angeordnetes Feuerwerk, kommt er mit einer Einheit aus tiefer Emotionalität und glasklarer Artikulation, die deshalb so selten anzutreffen ist, weil sie ein Gleichgewicht von Kräften verlangt, das psychisch und erst recht physisch schwer durchzuführen ist. Gerade das moderne Repertoire (Brouwer, Kaplan) liefert dazu die idealen Voraussetzungen. (Blue Angel/Zweitausgabe RA 29002)

ALEXANDER SCHMITZ

Neuer Film: „Höllenjagd bis ans Ende der Welt“

Doppeldecker Dorothy

Ein Veteran des Ersten Weltkrieges, der gelangweilt und arbeitslos durchs Leben gammelt, lernt durch Zufall in Istanbul die verwöhnte, ebenfalls gelangweilte Millionärstochter Eve Pözer kennen, deren Vater irgendwo im wilden China verschwunden ist. Diese Eve hat für den armen Kriegsveteranen, dessen ganze Existenz Doppeldecker namens Lilius und Dorothy sind - so benannt nach den berühmten Gish-Schwwestern, Filmstars der frühen 20er Jahre - endlich einen Job. Er soll ihr helfen, ihren Vater zu finden, ehe der böse Geschäftspartner des Verschollenen alle Macht im Konzern an sich reißen kann. Und so geschickte es Eve und ihr reicher Bruder Kavaler O'Malley brechen auf ins ferne China. Sie nehmen nicht die damals noch übliche Landroute, sondern, wie der englische Originaltitel des Films heißt, den „Highroad to China“, den Luftweg.

„Highroad to China“ basiert auf dem Abenteuerroman des Amerikaners Jon Cleary. Regisseur Brian Hutton verfilmte die haarsträubend spannende und verheißungsvolle Geschichte mit dem neuen Star Tom Selleck in der Rolle des tollkühnen

Fliegers O'Malley und der kühlen blonden Bess Armstrong als Millionärstochter. Auf deutsch nennt sich dieser Film „Höllenjagd bis ans Ende der Welt“. Damit ist tatsächlich schon einiges über den Inhalt des Films ausgesagt.

Für Freunde altmodischer Abenteuerfilme hat Huttons Roman-Adaption einiges zu bieten. Zwar wird insgesamt ein bißchen viel geschossen und um sich geschlagen, doch hat der Regisseur es verstanden, einen Hauch jenen Euphorien in seinen Film hineinzubringen, der Clearys Roman zu einer überaus vergnüglichen Lektüre werden ließ.

Zudem bietet der Film ein Wiesenschauspiel besonderer Art. Englands fast 80jähriger Unsterblicher Lord Morley, unvergessen als Ludwig I. neben der kürzlich verstorbenen Norma Shearer in „Marie Antoinette“, spielt den Erbprinz von Benth, den Geschäftspartner von Eves Vater. Seine viel zu seltenen Auftritte sind wahre Leckerbissen an schauspielerischer Kunst, gegen die Jungstar Sellecks herbe Schmelz-Charme geradezu fide-wirt.

M. v. SCHWARZKOPF

Amateur-Kabarets in der „DDR“ - Große Klappe der Klapperschlangen

Kein Trinkgeld für den Sensenmann

Innerhalb der „DDR“-Kabarett-Szene gibt es neben einem Dutzend Berufsensembles etwa 800 Amateurgruppen, deren Akteure einen großen Teil ihrer Freizeit als Kabarettisten verbringen. Eine dieser Gruppen nennt sich „Die Klapperschlangen“ und setzt sich aus Mitarbeitern der Deutschen Post in Ost-Berlin zusammen. Beim Publikum äußerst beliebt und von den SED-Kulturfunktionären gelegentlich gerügt, entwickelten sich die „Klapperschlangen“ zu einer Spitzengruppe des „DDR“-Amateurkabarets.

Da gibt es im „Klapperschlangen“-Programm „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ - einen bescheidenen Choral und eine korrupte Krankenschwester, bei denen auf die Frage des Patienten „Tut dem hier jemand etwas ohne Trinkgeld?“ der Sensenmann im Operationsaal erscheint und ruft: „Doch, ich!“

Da es den „DDR“-Amateurkabarettisten genauso wie den Berufskomikern untersagt ist, Kritik an realen Sozialismus zu üben, bekommen sie häufig Ärger mit der SED, weil sie die staatliche Aufforderung, „den Schlandrian, die

Denkhaulen und Tragen in eigenen Haus zu verspotten“, oft genug allzu wörtlich nehmen. „Ein Problem mit wenig Aussicht auf Lösung“, nannte vor einiger Zeit die Ostberliner Fachzeitschrift „Unterhaltungskunst“ jene Amateurkabarettisten, die von Tanzsaal zu Tanzsaal ziehen, um mit Warenepaßwitten und Antidiskussionsmission Humour zu verbreiten.

Neben jenen Gruppen, die vorwiegend Heuchelei, Raffgier, Spießbüßerei und Egoismus im „DDR“-Alltag satirisch zu Leibe gehen, gibt es Amateurkabarets, die sich aufgrund bitterer Erfahrungen mit den staatlichen Zensuren - aus der Politik weitgehend herausgehalten. Aber auch das mißfällt der SED.

„Spaß an der Sache genügt allein nicht“, rügte die „Unterhaltungskunst“, „Kabarett in unserem Lande ist objektiv immer politische Waffe, ganz gleich, mit welcher subjektiver Absicht man sich auf die Bühne stellt.“

Um die Amateurkabarets an die ideologische Kandare zu nehmen, wurde bereits 1983 in Erfurt die

„Zentrale Arbeitsgemeinschaft Laientheater“ gegründet, die regelmäßig „Perspektivplan“ für die Arbeit der Gruppen vorlegen muß. Aber immer wieder kommt es zu Abweichungen, wie veranlaßt der SED-Kulturfunktionäre beim kürzlich Zentralen Leistungsvergleich der Amateurkabarettgruppen in Leipzig klagten.

Auch mit den darstellerischen Leistungen der Amateurkabarettisten ist die SED unzufrieden. Dazu Wolfgang Schaller, Texter des Dresdener Amateurkabarets „Die Lachkarte“, „Nach Schwierigkeiten aber sollten die Verantwortlichen in den Kabinetten und Institutionen fragen. In Zeiten, in denen man am meisten Hilfe braucht, ist man mitunter am meisten allein.“

Was den Amateurkomikern am meisten zu schaffen macht, sind und bleiben allerdings die politischen Zwänge. „Bevor du kritisiert, bedachte die Folgen!“ Dieser Satz aus einem früheren Programm des Ostberliner Berufskabarets „Die Distel“ hat nach wie vor für alle „DDR“-Kabarettisten Gültigkeit.

HARALD BUDDÉ

Nächtliche Gaswolke zog übers Rheinland

dpa, Düsseldorf

Tausende Rheinländer sind gestern nacht an einer Katastrophe vorbeigekommen: Die 15 Kilometer lange Gaswolke, die am späten Abend drei Stunden lang 200 Meter Höhe über Teile des westlichen Rheinlandes hinwegzog, war zum Glück nur schwach giftig. Nach dreieinhalb Stunden konnte der Alarm, bei dem die Bevölkerung mehrmals über Rundfunk und Fernsehen gewarnt worden war, abgeblasen werden.

Niemand wurde ernsthaft verletzt; nur einige wenige klagten über Atembeschwerden oder Übelkeit. Vorbereitete Evakuierungspläne mußten nicht verwirklicht werden. Gesperrte Straßen und die Autobahn Erkelenz-Hückelhoven konnten wieder freigegeben werden.

Ursache noch unklar

Die Gaswolke war bei der Zersetzung von 75 Tonnen Stickstoffdünger in einer Lagerhalle am Stadtrand von Erkelenz entstanden. Der chemische Prozess lief nach Schließung der Feuerwehrtür ohne jede Flammebildung bei einer Hülltemperatur von 1000 Grad Celsius ab. Was ihn ausgelöst hat, konnte die Feuerwehr auch gestern noch nicht sagen. Nach Meinung eines Sprechers der Feuerwehr wäre es „böse und kriminell“ geworden, wenn sich außer den 75 Tonnen Stickstoff-Phosphor-Kalium-Dünger noch einige hundert Tonnen „Vollkorn“ zersetzt hätten. Dann hätte das Gas nach seiner Schließung außer Stickstoff und Chlorverbindungen auch noch stark ätzende Stoffe enthalten. Dies hätte große Gesundheitsgefahren heraufbeschworen. Die mit schwerem Atemgerät arbeitenden 170 Feuerwehrmänner, die in jeder Minute mehrere tausend Liter Wasser zur Niederschlagung der Dämpfe aus drei großen „Wasserkannonen“ spritzten, konnten diese Gefahr bannen.

Nur traurige Reste

Die Feuerwehr aus Erkelenz wurde verstärkt durch technische Ausrüstung aus Wegberg, Hückelhoven und Heinsberg. Die Berufsfeuerwehr aus Mönchengladbach half mit einem Schlauchwagen aus. Denn die zur Niederschlagung der chemischen Reaktionen benötigten Wassermengen mußten über eine Strecke von 3000 Metern herangeschafft werden. Von den 75 Tonnen zersetzten Düngers blieb nach Angaben der Feuerwehr nur eine breiige Masse im Gewicht von schätzungsweise 30 Tonnen übrig. Sie soll an den Hersteller zurückgegeben werden. Über mögliche Ursachen, die zu dem Zersetzungsprozess geführt haben könnten, wollte sich der Sprecher nicht äußern.

Die Warnung der Bevölkerung wurde im Rundfunk auch in englischer Sprache ausgestrahlt, da in dem Raum viele englische Soldaten mit ihren Angehörigen leben. Im Westdeutschen Fernsehen wurde die Warnung mehrfach in das laufende Programm eingebunden. Die Bevölkerung namentlich der Städte Erkelenz, Bergheim und Düren wurde aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen und zusätzlich mit nassen Tüchern gegen Chlorgas abzuwehren.

Wenn der Philanthrop zum Abendbrot kommt

Von CRAIG SELFERT

In Amerika - wie auch anderswo - sind die meisten Millionäre damit zufrieden, ihre Tage mit dem Zählen ihres Geldes zu verbringen oder es weiter zu vermehren. Einige, wie die sagenhaften reichen Rockefeller und die Mellons, stifteten Millionen für wohltätige und kulturelle Zwecke, für Krankenhäuser, Forschungsinstitute und Museen.

Es gibt aber auch einen Millionär in den USA, der seine Spenden persönlich verteilt. Sein Name ist Percy Ross. Der 66-jährige ehemalige Unternehmer und Philanthrop hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, notleidende Menschen so zu unterstützen, daß sie sich selbst helfen können. Außerlich entspricht Ross durchaus den Klischeevorstellungen eines erfolgreichen Top-Managers: groß, schlank mit grauem Haar, Maßanzug und grauem Hemd. Sein Name ist Percy Ross. Der 66-jährige ehemalige Unternehmer und Philanthrop hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, notleidende Menschen so zu unterstützen, daß sie sich selbst helfen können. Außerlich entspricht Ross durchaus den Klischeevorstellungen eines erfolgreichen Top-Managers: groß, schlank mit grauem Haar, Maßanzug und grauem Hemd.

Es gibt aber auch einen Millionär in den USA, der seine Spenden persönlich verteilt. Sein Name ist Percy Ross. Der 66-jährige ehemalige Unternehmer und Philanthrop hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, notleidende Menschen so zu unterstützen, daß sie sich selbst helfen können. Außerlich entspricht Ross durchaus den Klischeevorstellungen eines erfolgreichen Top-Managers: groß, schlank mit grauem Haar, Maßanzug und grauem Hemd. Sein Name ist Percy Ross. Der 66-jährige ehemalige Unternehmer und Philanthrop hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, notleidende Menschen so zu unterstützen, daß sie sich selbst helfen können. Außerlich entspricht Ross durchaus den Klischeevorstellungen eines erfolgreichen Top-Managers: groß, schlank mit grauem Haar, Maßanzug und grauem Hemd.

Inskription: Percy Ross - Millionär. Ross und seine in 80 US-Zeitungen wöchentlich erscheinende Kolumne „Thanks a Million“ (etwa „Tausend Dank“) sind für zahlreiche Amerikaner oft die letzte Rettung. In seiner Kolumne bietet er Lebenshilfe und - vor allem - Geld für diejenigen, die es am nötigsten haben. Unter den rund 4000 Briefen, die jede Woche auf seinem Schreibtisch landen, sucht sich Ross die „hard-luck readers“ aus - also die vom Schicksal am schwersten Betroffenen. Wer von Ross als besonders bedürftig eingestuft wird, bekommt seinen Bittbrief in der Kolumne veröffentlicht. Das ist die Garantie, daß ihm schnellstens geholfen wird.

„Hör auf zu weinen.“

„Eine alte Dame schreibt: „Lieber Herr Ross, ich bin 73 und pflege meine 86-jährige Schwester. Sie leidet an Epilepsie und ist fast blind. Unser Gesamtvermögen beträgt 685 Dollar (rund 1700 Mark) auf dem Konto bei der Bank of America in New York. Ich habe mich entschlossen, meine Schwester zu unterstützen, und wir wissen nicht, wovon wir eine Reparatur bezahlen sollen. Können Sie uns bitte helfen?“ Dazu antwortet

Ross: „Ich habe bereits Auftrag an die Dachdecker-Firma Baker erteilt, die nötigen Ausbesserungsarbeiten umgehend vorzunehmen. Die Rechnung übernehme ich.“

„Ein 10-jähriger Junge: „Ich leide an Gehörverlust in beiden Ohren. Ich habe ein altes Hörgerät, das nicht einwandfrei funktioniert, und meine Eltern können es sich nicht leisten, mir ein neues zu kaufen. Meine Schulkameraden lachen mich aus, weil ich weder gut hören noch gut sprechen kann. Manchmal weine ich aus Verzweiflung.“ Ross antwortet: „Hör auf zu weinen. Ich habe den Fyero Hörgerätedienst beauftragt. Dich mit einem neuen Apparat auszustatten. Ich weiß aus Erfahrung, wie es ist, wenn Kinder von ihren Mitschülern ausgelacht werden.“

Manchmal kümmert sich der Philanthrop höchstpersönlich um die Erfüllung eines Leser-Wunsches. Vor kurzem schrieb ihm eine Frau, daß sie auf ihrem kleinen Bauernhof bei Seattle (US-Bundesstaat Washington) ihre eigenen Kinder und noch dazu die Kinder ihrer verstorbenen Schwester großziehen müsse und nun dann über die Runden käme, wenn sie eine Kuh hätte. Das könne sie sich

aber nicht leisten. Ross buchte den nächsten Flug von seinem Heimatort Minneapolis in Minnesota nach Seattle, kaufte der Frau eine Kuh, fuhr sie selbst mit einem Lkw auf den Bauernhof, überreichte das Geschenk und blieb noch zum Abendbrot.

Der Spaß am Spenden

Percy Ross' originelle Art, seine Millionen unter das Volk zu bringen, stößt nicht nur auf Lob. Seine Kritiker werfen ihm „Publicity-Sucht“ vor und die „Minneapolis Star and Tribune“ hat es mehrfach abgelehnt, seine Kolumne ins Blatt aufzunehmen. „Percy Ross ist Publicity-süchtig bis zum Gehirnschmerz“, sagte „Star-Tribune“-Kolumnist Robert T. Smith und fügte hinzu: „Wer ein echter Philanthrop werden will, der schenkt im stillen - ganz anonym - und bekommt seine Belohnung erst im Himmel.“ Solche Kritik läßt Ross völlig kalt. Dem hält er seinen Lebensgrundsatz entgegen: „Wer noch zu Lebzeiten schenkt, der weiß, wo das Geld bleibt.“

Percy Ross hat einfach Spaß am Spenden. Bei einem Festumzug in Minneapolis warf Ross als „ehrenamtlicher Schwede des Jahres“ amerikanische Silber-Dollar-Stücke im Wert von rund 44 000 Mark aus einem offenen Auto auf die jubelnde Menge.

Am Heiligabend 1977 machte Ross Schlagzeilen mit einer „Fahrrad-Party“ für 1050 unterprivilegierte Kinder. Zum Abschluß der Party erhielt jedes Kind ein nagelneues Rad. Die Zahl 1050 hat für Percy Ross eine ganz besondere Bedeutung. Als Kind wollte er einmal ein Fahrrad kaufen. Nach Zahlung der „Pennys“ in seiner Sparkbank stellte er enttäuscht fest, daß die 1050 „Cents“ nicht reichten.

Auch Percy Ross war einmal arm. Für den Sohn eines eingewanderten schwedisch-jüdischen Schrotthändlers hat sich der amerikanische Traum erfüllt. Im Laufe seines Lebens verdiente Ross zweimal ein Vermögen und machte auch zweimal Pleite. 1958 verfiel er die Felle seiner Frau und erwarb für 30 000 Dollar eine Fabrik für die Herstellung von Plastikbetten. Heute wird sein Vermögen auf 20 Millionen Dollar geschätzt. Dieses Geld will er bis zu seinem Tod unter die Leute gebracht haben. Wer Percy Ross kennt, zweifelt nicht daran.

Nasa-Traum: Zeppelin soll Titan umrunden

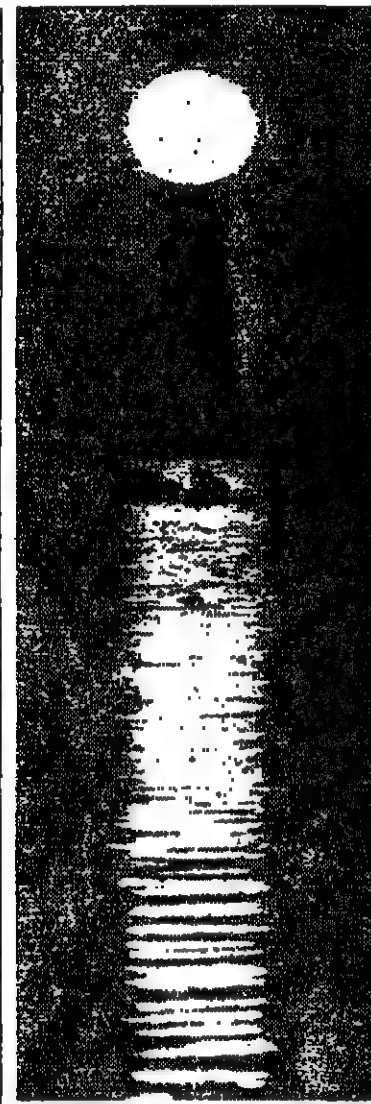
Auf diese Weise soll Saturn-Mond enträtselt werden

SAD, New York. Von zwei Propellern, die von einem Mini-Atomkraftwerk gespeist werden könnten, soll innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte ein Nasa-Zeppelin den Titan umrunden, den größten Mond des Saturns. Das Luftschiff, das unbemannt wäre, könnte eine Stundengeschwindigkeit von etwa 16 Kilometer erzielen und damit den Titan in 38 Tagen einmal umgeben. Doch das soll es nicht bleiben: Der Zeppelin soll für einen mehrmaligen Einsatz konstruiert werden. Alan Friedländer von der Science Application Inc. in Schaumburg (US-Bundesstaat Illinois), wo im Auftrag der Nasa an entsprechenden Studien gearbeitet wird, sagt: „Nach Möglichkeit sollte das Luftschiff den Titan mehrmals umrunden.“

Um den Zeppelin auf seine Umlaufbahn in etwa 4,5 Kilometer Höhe über der Titan-Oberfläche zu befördern, werden mehrere Möglichkeiten erörtert. Am einfachsten erscheint derzeit diese: Ein Titan-Satellit wird mit Hilfe eines Raumflugzeuges Richtung Saturn-Titan gestartet und entläßt dort den zusammengefalteten Zeppelin, der seine Reise um den Saturnmond beginnt, nachdem er automatisch „aufgeblasen“ worden ist. Die Daten, einschließlich der Fernsehbilder, werden vom Luftschiff an den kreisenden Titan-Satelliten und von dort via Nachrichtensatelliten entweder an ein Raumflugzeug oder direkt zur Erde gesendet. Der Titan ist trotz seiner ersten Erforschung 1980 durch die Raum-

sonde „Voyager Eins“ für die Wissenschaft rätselhaft und geheimnisvoll geblieben. Bei Tage wird es, wenn die Erde von drei Vollmonden beschienen würde. Die Oberfläche besteht vermutlich aus gefrorenem Methan - einem Sumpfgas - und einer gasförmigen Atmosphäre, die den Titan geradezu einhüllt. Sie läßt sich möglicherweise auf dem Saturn-Mond einen Gewächshaus-Effekt aus. „Voyager“ war im Abstand von weniger Kilometern an Titan vorbeigeflogen als die Entdeckung Berlin-New York ausmacht. Aus seinen Funk-Daten ging hervor, daß auf der Titan-Oberfläche Eisberge herrschen, in der es kaum zu lebenserhaltenden chemischen Reaktionen kommen dürfte. Aber völlig sicher sind sich die Wissenschaftler nicht - deshalb das Zeppelin-Projekt. Ein Luftschiff, so die Nasa-Überlegung, könnte „gemächlich“ forschen und Messungen vornehmen, während „Voyager“ das nur superlativisch könnte.

Unter der Permafrost-Oberfläche könnten sich Hunderte Meter tiefe Sumpfgas-Meerestrecken spekulieren der Cornell-Wissenschaftler Stanley Dermott, und auf die „Voyager“-Erkundungen und die Faszination mit außerirdischen Lebensformen eingehend, meint der Astronom Tobias Owen von der New York State University in Stony Brook: „Die Leute reden oft von der Entdeckung einer vorlangegangenen Welt mit Dinosauriern - in Titan haben wir sicherlich eine Welt aus einem viel früheren Zeitpunkt gefunden.“



Spiegelreflex

FOTO: CAMERA-PRESS

Lieferte der Kranführer die Idee zur Entführung?

Irritation um den Mann, der den Tip zur Befreiung gab

dpa, Dortmund

Der arbeitssame Duisburger Kranführer Horst Hohl (40), der am vergangenen Freitag den Tip zur Befreiung der neunjährigen Dortmunder Schülerin Rachele Dancaz aus den Händen ihrer Kidnapper gegeben hatte, hat sich möglicherweise als „Ideengeber“ strafbar gemacht. Hohl war an der Entführung des Kindes am vergangenen Mittwoch in Dortmund jedoch nicht beteiligt, hat aber wahrscheinlich den Kidnapper Dieter Blechmann (35) und Bernhard Grigat (21) indirekt die Idee geliefert. Der Dortmunder Staatsanwalt Heinzgünter Kniprath sagte, im Rahmen des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens werde auch geprüft, inwieweit Hohl Rolle im Vorfeld der Entführung strafrechtlich zu bewerten sei.

Nach Angaben des Leiters der Sonderkommission der Dortmunder Polizei, Kriminaloberwart Hubert Frenzel, hat Blechmann ausgereicht, Hohl sei ihm für eine Entführung zu unzuverlässig erschienen. Der Kranführer sei nur in einer Phase ganz allgemeiner Überlegungen beteiligt gewesen, in der sich die beiden Männer darüber unterhielten, wie man zu Geld kommen könnte. Dabei seien unter anderem die Möglichkeit eines Banküberfalls, die Entführung und auch einer Entführung diskutiert worden. Bislang ist nach Darstellung der Staatsanwaltschaft das noch nicht abzusehen, ob das rechtlich eine Bedeutung hat. Die Juristen prüfen, ob es sich um ein theoretisches (strafloses) Gedan-

kenispiel handelt oder ob es bereits um konkrete und dann strafbare Planungen geht.

Der Kranführer, der der Polizei den Hinweis auf das Gefängnis Rachele in der Duisburger Wohnung Grigats gab, hatte das Mädchen nach Angaben Knipraths bereits in der Nacht ihrer Entführung in der Wohnung gesehen. Da Rachele mit einem roten T-Shirt bekleidet war, in den Fahndungsmeldungen jedoch von einem blauen T-Shirt gesprochen wurde, regierte er nicht und alarmierte die Polizei erst wesentlich später.

Rachele Dancaz, Tochter eines Busfahrers, war auf offener Straße entführt und knapp drei Tage später in Duisburg von der Polizei befreit worden. Die Täter wollten von dem Eltern ein Lösegeld von einer Million Mark erpressen. Gegenüber der Polizei behaupteten beide, das Mädchen wäre auch dann freigelassen worden, wenn kein Lösegeld gezahlt worden wäre. Inzwischen kristallisierte sich aber heraus, daß es nicht nur finanzielle Gründe für die Entführung der Neunjährigen gegeben hat.

Der Initiator der Entführung, der frühere Bundeswehrsoldat Dieter Blechmann, soll sexuell abartig veranlagt sein. Es gebe eine ganze Reihe von Hinweisen dafür, hieß es bei der Staatsanwaltschaft, daß sich Blechmann an Kindern vergangen und sie sexuell mißbraucht habe. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung seien Kinder-Aktfotos gefunden worden. Zeitweise habe er sich in Zeitungsanzeigen auch als „Freizeitpartner für Mann und Frau“ angeboten.

Verderben „DDR“-Abwässer Berliner Aale?

hkr, Berlin

Haben die Abwässer eines Ostberliner Chemiewerks die Aale in den Berliner Gewässern mit Ameisengift (Lindan) vergiftet? Das befürchtet der Senat. Umweltschutzchef Horst Vetter (FDP) warnte davor, Aale aus Havel, Spree und Teltowkanal in Mengen und auf Dauer zu essen. Lindan ist ein Schädling-Pestizid und enthält den giftigen Wirkstoff Hexachlorcyclon. In Berlin werden jährlich rund 27 000 Kilo Aale gefangen. Der Haveltsch steht als Spezialität auf den Speisekarten vieler Ausflugsrestaurants. Vetter schloß aus, daß die Lindan-Bestandteile in West-Berlin ins Wasser gelangen. Experten fanden heraus, das Rückstand dieses Giftes von einem Werk im Ostberliner Ortsteil Adlershof in den Teltowkanal nach Westen gelangen und im typischen Aal-Fett gespeichert werden. Das Bundesgesundheitsamt ordnet Lindan als „relativ hochgiftig“ ein. Hochkonzentriert kann es bei Menschen Übelkeit und Kopfschmerzen bis hin zu Erbrechen auslösen. Der Senat erwägt notfalls ein Aal-Verkaufsverbot und will sich mit Ostberliner Behörden in Verbindung setzen. Ein Umweltschutzabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ gibt es nicht.

Zwei Rauschgiftopfer

dpa, Den Haag. In Amsterdam sind erneut zwei junge Deutsche an Überdosen von Heroin gestorben. Es handelt sich um die 18-jährige Edith Scheibner aus Donaueschingen und den 31 Jahre alten Karl Krüger aus West-Berlin. Edith Scheibner hatte sich auf dem „Zeedijk“, Amsterdam berüchtigter Rauschgiftstraßen, minderwertiges Heroin beschafft. In diesem Jahr sind in Amsterdam, summiert in Hotels und Absteigen, insgesamt 23 junge Menschen nach Überdosen von Heroin tot aufgefunden worden. Zwölf von ihnen waren Deutsche.

Mordwaffe: Alkohol

SAD, Nottingham. „Mordwaffe: Alkohol.“ Ein 18-jähriger Engländer stößte einem Dreijährigen so viel Alkohol ein, daß der Kleine sich übergeben mußte und an Erbrochenem erstickte. Jetzt kommt der Täter unter Mordanklage vor Gericht. Er war mit dem Opfer verwandt.

Hitze - kein Problem

AP, Bonn. Die Trinkwasserversorgung in der Bundesrepublik Deutschland war im heißesten und trockensten Juli dieses Jahrhunderts voll gesichert und ist auch bei anhaltender Trockenheit nicht gefährdet. Wie der Bonner Bundesverband der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e. V. (BGW) am Donnerstag mitteilte, hatten die 1000 Mitgliedsunternehmen bei der Bereitstellung von Trinkwasser keine Schwierigkeiten.

Tödlicher Leichtsin

dpa, Wuppertal. Seinen Leichtsin hat ein 29-jähriger Mann in der Nacht zum Donnerstag in Wuppertal mit dem Leben bezahlt. Nach einer ausgedehnten Zecherei mit ein paar Freunden kletterte er auf dem Heimweg in den dritten Stock eines alten Hauses, das gerade renoviert wird, bestieg einen Bauaufzug und stürzte in die Tiefe - das Seil war gerissen.

Riß im Krater

dpa, Madrid. Spaniens höchster Berg, der 3717 Meter hohe Vulkan Teide auf der Insel Teneriffa, zerbrach buchstäblich unter den Tritten von täglich Hunderten von Touristen. Seit dem seit einigen Jahren eine Seilbahn zum Krater des eindrucksvollen, zur Zeit untätigen Vulkans emporführt, ergeben sich täglich nicht Lava-, sondern Menschenmassen über den Krater des Teide. Die spanische Naturschutzbehörde „Icona“ hat jetzt die Sperrung des Aufstiegs zum Teide-Krater beantragt, nachdem weitere Teile des Aschegipfels bereits zertrümpelt sind und der Krater einen Riß bekommen hat.

Busfahrer verhaftet

dpa, Moskau. Der Fahrer des deutschen Busses, der bei Orel in der UdSSR verunglückte, ist in Moskau verhaftet worden. Bei dem Unglück waren zehn deutsche Touristen und ein Österreicher ums Leben gekommen. Klaus Klanderhof, der den Bus gesteuert hatte, ist nach Angaben des zweiten Fahrers, Raimund Nistius, in ein Moskauer Gefängnis gebracht worden.

100-Millionen-Mark-Schaden

dpa, Hamburg. Das Großfeuer, das am Mittwoch im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg eine riesige Kühlturalfabrik auf einer Fläche von rund 100 000 Quadratmetern fast völlig vernichtete, hat nach Schätzungen allein auf dem Firmengelände einen Schaden von rund 100 Millionen Mark angerichtet. Noch nicht abzusehen sind die Schäden durch Ströme eines Gemisches von Butter, anderen Fetten, Speiseeis und Wasser, die über die angrenzenden Straßen und in die Kanalisation flossen.

Einen Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der First Creative Concept, Essen, bei.

ZU GUTER LETZT

„Ihre Kuh hat Sonnenbrand.“ hörte ein überraschter Landwirt in der lothringischen Gemeinde Roussy-le-Village bei Givet von seinem Tierarzt. Bei der Kuh begann sich die Haut zu schälen. Dies meldete dpa.

LEUTE HEUTE

Gericht

Jihan Sadat, die Witwe des ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat, hält sich seit fünf Tagen zu einer dringenden ärztlichen Untersuchung in den USA auf. Die ägyptische Wochenzeitung „Mussawar“ berichtete, der Präsidentenwitwe sei von ihren Ärzten dringend nahegelegt worden, sich im Ausland behandeln zu lassen, um die Gefahren des Übels zu verringern. Um welche Krankheit es sich handelt, war nicht zu erfahren. Gerichte wollen wissen, daß Frau Sadat an Krebs leidet.

Übergewichtig

Hollywood-Star Marion Brande (59) wiegt inzwischen 156 Kilo, und seine Freunde machen sich

große Sorgen um ihn. Besucher auf Brandos Südssee-Insel, wo der Schauspieler von Hummer, Fisch, Kokosnüssen und Bier lebt: „Er sieht aus wie ein gewaltiger



Strandball.“ Aus Filmkreisen ist zu erfahren: Wegen seiner Leibesfülle mußte das Drehbuch von „Apocalypse Now“ umgeschrieben werden. Die vorgesehenen Action-Szenen hätte er nie geschafft.

Fiumicino testet die Nerven seiner Fluggäste

KLAUS RÜHLE, Rom

Wer häufiger nach Rom fliegt, weiß aus eigener, oft betrüblicher Erfahrung, daß der sogenannte „Weltflughafen“ Leonardo da Vinci in Fiumicino viele Mängel aufweist. Daß man bei der Ankunft auf sein Gepäck übermäßig lange warten muß, daß die Busverbindungen zur Stadt unbequem und zeitraubend sind, daß redigierbare, „wilde“ Taxifahrer den gutgläubigen Ankömmling mit Beschlag belegen und ihm am Zielort eine unverschämte Summe abfordern und anderes mehr. Bei der Ankunft ausländischer Fluginnen haben sich Unzulänglichkeiten von Rom-Fiumicino haben aber jetzt in der Urlaubszeit ein solches Ausmaß angenommen, daß die ausländischen Fluggesellschaften bei der Leitung des Flughafens Leonardo da Vinci vorstellig geworden sind

und mit der 50prozentigen Reduzierung der Abgaben für die so unvollkommene Fluggastensistenz drohen. Den Anfang hat die „Canadian Pacific Air“ gemacht. Sie erhielt schwere Vorwürfe gegen die Flughafenleitung, die schuld daran sei, daß Abflug und Ankunft der CPA unter unmöglichen Bedingungen erfolgten: daß Verspätungen an der Tagesordnung seien; daß die Fluggäste lange Wartezeiten bei der Abfertigung zugemutet würden und anderen mehr. Die anderen ausländischen Fluginnen haben sich solidarisch erklärt. Sie sind nicht länger gewillt, ihren guten Ruf aufs Spiel zu setzen, weil der römische Boden-Service chaotisch ist.

Er ist aber nicht nur chaotisch und nervenaufreibend, sondern auch voller Risiken materieller Art.

Wenn die ausländischen Touristen nach zwei, drei und vier Stunden Wartezeit ihr Gepäck auf keinem der Rollbänder entdecken (wobei man nie weiß, auf welchem), wenden sie sich je nach Temperament wutschnaubend oder erschöpft an den Schalter „Lost and Found“, um dort festzustellen, daß ihre Sachen zwar abhandelt gekommen sind, aber nicht wiedergefunden wurden. Wenn man Glück hat, tauchen sie nach fünf Stunden Wartezeit doch noch auf. Freilich meist in desolater Zustände: aufgebrochen und ausgeräumt.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind 600 Fluggäste bestohlen worden. Einer von ihnen: Marika Kilius, die Schmutz im Wert von 650 000 Mark verlor. In einigen Fällen ist es der Polizei gelungen, die Diebe auf fri-

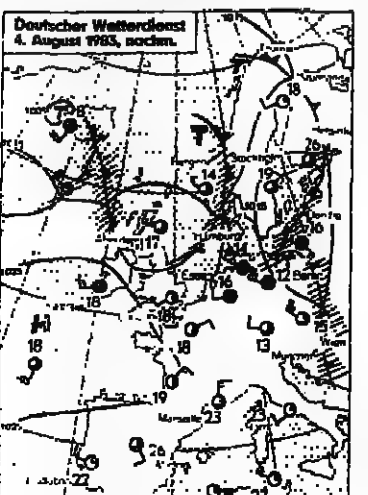
scher Tat zu ertappen. In der Regel wird der Raubzug noch im Flugzeug-Frachtraum vom Personal eigenhändig durchgeführt. Dort ist die Überwachung schwierig.

Es gibt noch andere, nicht kriminelle Gründe für das endlose Warten: Zum Beispiel stellt das Anmeldepersonal seine Arbeit in der Mittagspause von 13-14.30 Uhr ein. Just zur Ankunftszeit vieler Überseeflüge. Da heißt es dann warten, bis die lange Spaghetti-Pause zu Ende ist. Schuld an dem Chaos sind oft auch improvisierte Streiks, die ja zum Ritual des italienischen Alltags gehören, und sich beim Flughafenpersonal von Fiumicino besonderer Beliebtheit erfreuen.

Routinierte Fluggäste wissen, daß Roms „Weltflughafen“, wenn überhaupt, dann mit kleinem Gepäck zu ertragen ist.

WETTER: Zeitweise Regen, kühl

Wetterlage: Im Grenzbereich zwischen einer Tiefdruckrinne über dem südlichen Mittelmeer und hohem Druck über dem Ostatlantik bestimmt noch hochreichende feuchte Luft das Wetter in Deutschland.



Stationen: 1. 12 Grad, 2. 10 Grad, 3. 8 Grad, 4. 6 Grad, 5. 4 Grad, 6. 2 Grad, 7. 0 Grad, 8. -2 Grad, 9. -4 Grad, 10. -6 Grad, 11. -8 Grad, 12. -10 Grad, 13. -12 Grad, 14. -14 Grad, 15. -16 Grad, 16. -18 Grad, 17. -20 Grad, 18. -22 Grad, 19. -24 Grad, 20. -26 Grad, 21. -28 Grad, 22. -30 Grad, 23. -32 Grad, 24. -34 Grad, 25. -36 Grad, 26. -38 Grad, 27. -40 Grad, 28. -42 Grad, 29. -44 Grad, 30. -46 Grad, 31. -48 Grad, 32. -50 Grad, 33. -52 Grad, 34. -54 Grad, 35. -56 Grad, 36. -58 Grad, 37. -60 Grad, 38. -62 Grad, 39. -64 Grad, 40. -66 Grad, 41. -68 Grad, 42. -70 Grad, 43. -72 Grad, 44. -74 Grad, 45. -76 Grad, 46. -78 Grad, 47. -80 Grad, 48. -82 Grad, 49. -84 Grad, 50. -86 Grad, 51. -88 Grad, 52. -90 Grad, 53. -92 Grad, 54. -94 Grad, 55. -96 Grad, 56. -98 Grad, 57. -100 Grad, 58. -102 Grad, 59. -104 Grad, 60. -106 Grad, 61. -108 Grad, 62. -110 Grad, 63. -112 Grad, 64. -114 Grad, 65. -116 Grad, 66. -118 Grad, 67. -120 Grad, 68. -122 Grad, 69. -124 Grad, 70. -126 Grad, 71. -128 Grad, 72. -130 Grad, 73. -132 Grad, 74. -134 Grad, 75. -136 Grad, 76. -138 Grad, 77. -140 Grad, 78. -142 Grad, 79. -144 Grad, 80. -146 Grad, 81. -148 Grad, 82. -150 Grad, 83. -152 Grad, 84. -154 Grad, 85. -156 Grad, 86. -158 Grad, 87. -160 Grad, 88. -162 Grad, 89. -164 Grad, 90. -166 Grad, 91. -168 Grad, 92. -170 Grad, 93. -172 Grad, 94. -174 Grad, 95. -176 Grad, 96. -178 Grad, 97. -180 Grad, 98. -182 Grad, 99. -184 Grad, 100. -186 Grad, 101. -188 Grad, 102. -190 Grad, 103. -192 Grad, 104. -194 Grad, 105. -196 Grad, 106. -198 Grad, 107. -200 Grad, 108. -202 Grad, 109. -204 Grad, 110. -206 Grad, 111. -208 Grad, 112. -210 Grad, 113. -212 Grad, 114. -214 Grad, 115. -216 Grad, 116. -218 Grad, 117. -220 Grad, 118. -222 Grad, 119. -224 Grad, 120. -226 Grad, 121. -228 Grad, 122. -230 Grad, 123. -232 Grad, 124. -234 Grad, 125. -236 Grad, 126. -238 Grad, 127. -240 Grad, 128. -242 Grad, 129. -244 Grad, 130. -246 Grad, 131. -248 Grad, 132. -250 Grad, 133. -252 Grad, 134. -254 Grad, 135. -256 Grad, 136. -258 Grad, 137. -260 Grad, 138. -262 Grad, 139. -264 Grad, 140. -266 Grad, 141. -268 Grad, 142. -270 Grad, 143. -272 Grad, 144. -274 Grad, 145. -276 Grad, 146. -278 Grad, 147. -280 Grad, 148. -282 Grad, 149. -284 Grad, 150. -286 Grad, 151. -288 Grad, 152. -290 Grad, 153. -292 Grad, 154. -294 Grad, 155. -296 Grad, 156. -298 Grad, 157. -300 Grad, 158. -302 Grad, 159. -304 Grad, 160. -306 Grad, 161. -308 Grad, 162. -310 Grad, 163. -312 Grad, 164. -314 Grad, 165. -316 Grad, 166. -318 Grad, 167. -320 Grad, 168. -322 Grad, 169. -324 Grad, 170. -326 Grad, 171. -328 Grad, 172. -330 Grad, 173. -332 Grad, 174. -334 Grad, 175. -336 Grad, 176. -338 Grad, 177. -340 Grad, 178. -342 Grad, 179. -344 Grad, 180. -346 Grad, 181. -348 Grad, 182. -350 Grad, 183. -352 Grad, 184. -354 Grad, 185. -356 Grad, 186. -358 Grad, 187. -360 Grad, 188. -362 Grad, 189. -364 Grad, 190. -366 Grad, 191. -368 Grad, 192. -370 Grad, 193. -372 Grad, 194. -374 Grad, 195. -376 Grad, 196. -378 Grad, 197. -380 Grad, 198. -382 Grad, 199. -384 Grad, 200. -386 Grad, 201. -388 Grad, 202. -390 Grad, 203. -392 Grad, 204. -394 Grad, 205. -396 Grad, 206. -398 Grad, 207. -400 Grad, 208. -402 Grad, 209. -404 Grad, 210. -406 Grad, 211. -408 Grad, 212. -410 Grad, 213. -412 Grad, 214. -414 Grad, 215. -416 Grad, 216. -418 Grad, 217. -420 Grad, 218. -422 Grad, 219. -424 Grad, 220. -426 Grad, 221. -428 Grad, 222. -430 Grad, 223. -432 Grad, 224. -434 Grad, 225. -436 Grad, 226. -438 Grad, 227. -440 Grad, 228. -442 Grad, 229. -444 Grad, 230. -446 Grad, 231. -448 Grad, 232. -450 Grad, 233. -452 Grad, 234. -454 Grad, 235. -456 Grad, 236. -458 Grad, 237. -460 Grad, 238. -462 Grad, 239. -464 Grad, 240. -466 Grad, 241. -468 Grad, 242. -470 Grad, 243. -472 Grad, 244. -474 Grad, 245. -476 Grad, 246. -478 Grad, 247. -480 Grad, 248. -482 Grad, 249. -484 Grad, 250. -486 Grad, 251. -488 Grad, 252. -490 Grad, 253. -492 Grad, 254. -494 Grad, 255. -496 Grad, 256. -498 Grad, 257. -500 Grad, 258. -502 Grad, 259. -504 Grad, 260. -506 Grad, 261. -508 Grad, 262. -510 Grad, 263. -512 Grad, 264. -514 Grad, 265. -516 Grad, 266. -518 Grad, 267. -520 Grad, 268. -522 Grad, 269. -524 Grad, 270. -526 Grad, 271. -528 Grad, 272. -530 Grad, 273. -532 Grad, 274. -534 Grad, 275. -536 Grad, 276. -538 Grad, 277. -540 Grad, 278. -542 Grad, 279. -544 Grad, 280. -546 Grad, 281. -548 Grad, 282. -550 Grad, 283. -552 Grad, 284. -554 Grad, 285. -556 Grad, 286. -558 Grad, 287. -560 Grad, 288. -562 Grad, 289. -564 Grad, 290. -566 Grad, 291. -568 Grad, 292. -570 Grad, 293. -572 Grad, 294. -574 Grad, 295. -576 Grad, 296. -578 Grad, 297. -580 Grad, 298. -582 Grad, 299. -584 Grad, 300. -586 Grad, 301. -588 Grad, 302. -590 Grad, 303. -592 Grad, 304. -594 Grad, 305. -596 Grad, 306. -598 Grad, 307. -600 Grad, 308. -602 Grad, 309. -604 Grad, 310. -606 Grad, 311. -608 Grad, 312

ANGEBOTE

Eine gute Kondition sollten Urlauber mitbringen, die am „Kulturtrekking“ durch Zentral-Bhutan in der Zeit vom 8. bis 28. Oktober teilnehmen wollen. Die Asienexkursion zu einem Preis von 8330 Mark führt unter anderem nach Tongsa und Bumthang, wo einst die großen Gurus wirkten und heute das Stammhaus der bhutanesischen Könige liegt. (Auskunft: Hauser-Exkursionen, Neuhäuser Straße 1, 8000 München 2).

<p>Grosz Cornelia, Marcelomans, Villa Eden, 2 u. 5-Raum-KZ-Wohn., ab 36 - DM 12. P. Pers. ab 17,- zu verm. Preiswerte Flüge, Tel. 02554/2253</p>	<p>Parlaga-Wing, B. St. Tropez No.-Fr. 8.15-13, 14-16.55 Uhr Tel. 0221/166 42 82</p>
<p>Österreich St. Wolfgang am See Fwwo, 101. etager., Balk., 150 m z. Meer, ab 12. P. Pers. ab 17,- zu verm. Tel. 0611/332 63</p>	<p>COTE D'AZUR Landhäuser und App. vermietet: IMMOPART GMBH, Staudern 65, 228 Westerland, St. 0465/150 21</p>
<p>GERLOSPASS/ZILBERTAL f. herrl. Herbstwohnungen. Konz.-Ferienh. f. 2-5 Pers., Sauna, Tennis, ab 13. St. T. 089/859 92 92</p>	<p>Côte d'Azur, Perierichs, f. 4 P. m. Meerbl. in Anlage m. Pool u. Tennisplatz, ab 20. St. Pers. ab 10 (18-20 U.), Wochenende ganzjährig</p>
<p>Schweiz</p>	<p>Frankreich ab DM 195,- Wo. Ferienhäuser, Sorensen, Dordt, 36A 3012 Langenhagen B. Tel. 0511/741011</p>
<p>Bei Davos Chateau, Sauna, Tennisanlage. Tel. 0041/91 72 18 91</p>	<p>Zwischen 'Etoile und Eiffelturm' ... Nacht *** NN Victor Hugo 75116 PARIS 19, rue Copernic Téléphone: 053 78,01 Telefax: 030 939 F 78 Zimmer Farbfernsehen</p>
<p>Wallis/St. Luc 3-21. App., frei im Aug./Sept. u. Winter 93/94. T. 0451/63 16 61</p>	
<p>Chalet im Wallis frei ab Okt. - Tel. 0511/34 20 24</p>	<p>Ihr Spezialist für France - Villen, Apartments, Hotels an allen Küsten entschl. Konzepte - ausstehender Bildergal.</p>
<p>Perlenküste/Wallis, 75 m², 2100 m, herrl. Gärten, ideales Wandergebiet, Tennis, Reiten, Sommerhaus, frei ab 19. 8. bis 30. 9. 1993. Tel. 0272/50 70 71</p>	<p>Agence Française Ferienwohnungen 25 7000 Stuttgart 1 Tel. 07 11/25 5 10 10 25 10 19 Aus./Sept. nach jede Woche in alle Hotels</p>
<p>AROSA "Rothornblick" Die Top-Apartments bis 6 Personen. Großes Hallenbad, Tennis- und Squashhallen. Tel. 0041/81/31 02 11</p>	<p>Verschiedene</p>
<p>Leserhefte - Transurferskloß für Kurzentscheidungs Gift, Tennis, Schwimmen, Surfen, Reiten, Wandern. Komfort-Ferienwohnung direkt am See bis 6 Pers. Tel. 030/452 20 09 od. 030/401 62 90</p>	<p>KRETA Sandstrand Ferienwohnungen. Roswitha Jöller, Scheiblerstr. 3, 4023 Kirchschleichbroich 2, 02161/67 36 40, f. Sa. u. So.</p>
<p>Frankreich</p>	<p>Ferienburggaw Sri Lanka, 4 Pers. ab Febr. frei. Tel. 089/63 17 71</p>
<p>COTE D'AZUR & PROVENCE Von Aug. bis Oktober nach Ferie Häuser, Markt für Immobilien in Cote d'Azur, Katalonien und COTE D'AZUR. BESCHREIBUNG GMBH, Gipsbergstr. 18, 02110 Pritz. - ☎ 030 57 27 31 06 - 19 08</p>	<p>KORFU - Reisen, Horeburg 13, Johannesstr. 8, 80434 Hamburg, 13, Villen, Ferienh., Hotels m. od. o. Aveste</p>
<p>NORMANDIE-Küste Granville Neue, sehr komfort. Ferienwfh. für 2 Pers. in Privatsitz mit großer Sommerterasse direkt am Meer, Golfplatz zu vermieten. Deutschsprachig. Tel. 0330-33 50 19 24</p>	<p>Korfu Ferienhäuser ab DM 250,-/Wo. Tel. 07254/72220</p>
<p>Côte d'Azur B. Cannes, Ver wohnen u. Privat zu vermieten. Tennis + Schwimmbad. Tel. 06830 06830 Grasse/Cabris, Tel. 00333/30 50 82</p>	<p>Schottland Ferienwohnung in einer Burg, 2 Schlz., 2 Bagen, 2-2 Pers., Ökologische, T. 02825/0571 (abds.)</p>

Hamburg
Tel. 04154/62 11

